

Politische Berichte



14. April 1989
Jg. 10 Nr. 8

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Kommunalwahlen Stuttgart

**Linkes
Wahlbündnis
will
kandidieren**

Seite 8

Guatemala

**Große Streiks
der Plantagen-
arbeiter**

Seite 16

Schichtarbeit

**BRD „führend“
bei Schichtarbeit.
Anfrage der GRÜNEN
beantwortet**

Seite 21

Namibia

**NNF: Südafrika
will eine
Savimbi-
Situation**

Seite 36



Tariffkampf im Krankenpflegebereich: Der Widerstand der Lohnabhängigen gegen Lohnsenkung und Rationalisierung durch den Dienstherrn wächst.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

Inhalt 8/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
Pflegepersonal: Die Kampfbereitschaft wächst. Kann der Streik organisiert werden?.....	5
Insolvenzrecht: BDI & BDA gegen Sozialpläne.....	7
DFG/VK und IGM: Aufruf zur Verweigerung.....	7
Dienstleistungsabend: Haussmann schiebt ihn hinaus....	7
Kommunalwahlen Stuttgart: Ein Linkes Wahlbündnis will kandidieren.....	8
Friedensliste Freiburg: Initiative für Wahlbündnis.....	9
Hungerstreik: Die Verweigerung lebensnotwendiger Rechte tötet! Mit der Zusammenlegung sofort beginnen!...	10

Auslandsberichterstattung

Kosovo: Nach der Verfassungsänderung anhaltender Belagerungszustand.....	14
Hintergründe des Kosova-Konflikts.....	15
Zürich: Proteste gegen Wohnungspolitik.....	15
Guatemala: Große Streiks der Plantagenarbeiter.....	16
Türkei: ANAP verliert Kommunalwahlen.....	16
USA: Cherokee gedenken ihrer Vertreibung.....	17
Südafrika: Internationale Kampagne und Boykott gegen die Shell-Gruppe.....	17
Internationale Meldungen.....	18

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
iwd begrüßt die Änderungen in der VR China.....	20
„Eingruppierung unter der Lupe“.....	20
Wenig Mitbestimmung bei neuen Technologien.....	20
„Aussiedler“: Bundeszentrale bringt Lehrer auf Kurs.....	21
Schichtarbeit: BRD „führend“. Bundesregierung beantwortet Anfrage der GRÜNEN.....	21

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	23
Einzelhandel Baden-Württemberg: Kapitalisten bieten 3%, 18.30-Uhr-Tarif gescheitert.....	24
Pflegenotstand: Landesregierung stört er nicht.....	24
Stahlindustrie: Angriffe auf Manteltarif.....	25
Autobahn-Baustellen: In Bayern Arbeit rund um die Uhr... ..	25
Hormanns Ganztagsbetreuung: Bildungspolitik im Sinne der Reaktion.....	26
NRW: 10. Antifa-Landeskonferenz.....	27
Wohnungsmarkt: Diskussion um Fehlbelegungsabgabe... ..	27
Druckerstreik: „Wir wollen arbeiten, um zu leben, nicht umgekehrt“.....	28
Resolution der Streikversammlung vom 2.3.1989.....	29
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	30
Gegen „Führerkult“-Feiern: Demonstration gegen Faschismus.....	31

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Fotografie im Münchner Stadtmuseum: Revolution München 1918/19.....	32
Kleinkinderversorgung: Was will Frau Ministerin Lehr? ...	32
Dokumentiert: Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung.....	34

Spezialberichte

Namibia: NNF: Gebt das Land zurück an das Volk. Südafrika will eine Savimbi-Situation.....	36
Grundsätze der Namibia National Front (NNF).....	38

Nur breite Solidarität kann ihr Leben retten!

Trotz zunehmender Solidaritätsbekundungen mit den Gefangenen im Hungerstreik weichen die verantwortlichen Behörden und Justizminister nicht ernsthaft von ihrem harten Kurs ab. Nur eine starke Ausdehnung der Solidarität kann den Tod von Gefangenen verhindern. Im folgenden ein Ausschnitt der verschiedenen Solidaritätsaktionen.

— (mal, stb)

*

Über 150 nahmen am 30.3. in Hannover an der Kundgebung am H-Block-Denkmal teil. An den Demonstrationen am 1.4. beteiligten sich: in Münster ca. 200; in Frankfurt 1000; in Bielefeld ca. 500.

gen war das Ziel, den Kampf um die öffentliche Meinung für die Unterstützung des Hungerstreiks zu führen, erkennbar. Einige der Kungebungsreden wurden als Flugblätter verteilt. Ein gemeinsamer Beitrag aller Gruppen beendete die Demonstration. TKP/B und der Kreisverband der VVN/BdA richteten Grußadressen an die Demonstration, in denen sie die Forderungen der politischen Gefangenen unterstützen. Die Grünen, darunter Mitglieder der Ratsfraktion, trugen ein Transparent „Zusammenlegung-jetzt“.

Die „Neue Westfälische Zeitung“ erschien mit einem Kommentar: „Die wahren Drahtzieher des Hungerstreiks sind die Angehörigen,



Angehörige der politischen Gefangenen demonstrieren vor dem nordrhein-westfälischen Justizministerium.

17 Organisationen und Bündnisse hatten aufgerufen, darunter Antifaschistische Koordination, Asta Westfalenkolleg, die Grünen (Kreisverband), autonomes und antiimperialistisches Hungerstreikplenum, Frauen- und Lesbenplenum, BWK, VSP, KB, Rote Hilfe und Volksfront. Kundgebungsbeiträge hielten das Frauen- und Lesbenplenum, das antiimperialistische Hungerstreikplenum, der Aktionskreis für die Freilassung der kurdischen Gefangenen in der BRD und die Volksfront. Der Beitrag des antiimperialistischen Hungerstreikplenums wahr mehr eine Selbstdarstellung als ein Agitationsbeitrag für die Forderungen der politischen Gefangenen. In anderen Beiträ-

die Rechtsanwälte und die Unterstützer. Ihnen sollte man das Handwerk legen.“ Der Polizeipräsident Kruse erklärte am 3.4., daß die Polizei deshalb nicht gegen die vermuteten Demonstrationsteilnehmer vorgegangen sei, weil er den 50 Vermummten dann „zuviel Ehre angetan hätte.“ Für den 8.4. rief das Bielefelder Bündnis zu einer Kungebung vor der JVA, wo sich Sieglinde Hoffmann und Ingrid Jakobsmeier dem Hungerstreik angeschlossen haben, auf. 60 nahmen daran teil. U.a. sprach eine Angehörige der politischen Gefangenen.

*

Am 1. bzw. 2.4. beteiligten sich an Kundgebungen: in Fröndenberg 60; in Bruchsal

über 200; in *Freiburg* über 150; in *Aichach* ca. 200; in *Nürnberg* ca. 300; in *Westberlin* ca. 300; in *Wuppertal* am 3.4. ca. 100. An Veranstaltungen nahmen am 31.3. 130 in *Duisburg*, 400 in *Dortmund* und über 100 am 3.4. in *Hildesheim* teil. An einer Demonstration am 8.4. in *Kiel* beteiligten sich 400 Leute. Aufgerufen hatten über 20 Gruppen und Organisationen, u.a. die Evangelische Studentengemeinde *Kiel*. Neben den aufrufenden Organisationen beteiligten sich die Grünen mit einem Transparent. Eine von vier Kundgebungen, die während der Demonstration stattfanden, wurde vor dem Justizministerium abgehalten.

Vorbereitet werden Kundgebungen und Demonstrationen: am 14.4. in *Bremen*, am 15.4. in *Hildesheim* und eine bundesweite Demonstration in *Bonn*, die am 29.4. stattfindet.

Veranstaltung in München gegen § 218

Etwa 3500 Menschen besuchten am 5. April in München eine Veranstaltung der Initiative bayerischer Strafverteidiger, des Vereins demokratischer Juristinnen und Juristen und der Landtagsfraktion der Grünen. In keinem anderen Land der Welt — so eine Rednerin — werden Frauen wegen Schwangerschaftsabbruchs dermaßen rigoros abgeurteilt. Dr. Kreutzer, einer der Anwälte

des Arztes Theissen, stellte in einem Überblick über den seit November laufenden Prozeß dar, wie die Justiz ihr Ziel der Verurteilung von Dr. Theissen wegen Verstoß gegen den § 218 verfolgt.

So beharrt das Gericht jetzt auf der Weiterführung des Prozesses, obwohl der beisitzende Richter Ott inzwischen ausgetauscht werden mußte. Er hatte sich in dem Prozeß durch besonders intensives Befragen der als Zeugen geladenen Frauen hervorgetan.

Durch Presseberichte kam heraus, daß Ott 1980 seine Freundin zu einem Abbruch wesentlich beeinflusst hat. Die Verteidiger lehnten den Richter ab, nicht weil er selbst an einem Abbruch beteiligt war, sondern weil seine Person den Prozeß ganz wesentlich geprägt hat. Das Gericht mußte diesem Antrag zustimmen.

Die sich daraus logisch ergebende Einstellung des Verfahrens lehnte es jedoch ab.

Die Befürworter der Verschärfung des § 218 mobilisieren verstärkt: Am 9. April beteiligten sich etwa 3000 in Memmingen an einer Demonstration von Junger Union und Frauenunion Bayern gegen die Abtreibung. Die Lage ist nicht einfach günstig für die Gegner des § 218, sie haben nicht ausreichend Boden gewonnen. Mit einer Verurteilung von Theissen muß gerechnet werden, das Urteil soll am 5. Mai erfolgen. — (elf)

Rundreise eines PAC-Vertreters

Im April führt der Panafrikanist Congress of Azania (PAC), eine der beiden großen, von der OAU und UNO anerkannten Befreiungsorganisationen in Südafrika/Azania, eine Rundreise in der BRD und Westberlin durch. Der Vertreter des PAC-ZK, Martin Roymond, wird dabei über die aktuelle Situation und die Entwicklung und Probleme des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania informieren und dabei insbesondere auf den bewaffneten Befreiungskampf eingehen, über den Informationen hierzulande sonst nicht zu erhalten sind.

Zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes sind im letzten Jahr ca. 30000 DM gesammelt worden. Der BWK ruft dazu auf, die Sammlung fortzusetzen und den Spendenbetrag zu verdoppeln. Das azanische Volk steht einem hochgerüsteten und vom Imperialismus, in vorderster Front der BRD, politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützten Gegner gegenüber. Es kann mit bloßen Händen seine Befreiung nicht erkämpfen. Spenden auf das Konto: Christiane Schneider, Hamburger Sparkasse, Kt.-Nr. 1318470448, BLZ 20050550

Die Veranstaltungen, die von örtlichen Aktionseinheiten durchgeführt werden, finden statt in:

Paderborn, 17.04., 19.30, Haus der offenen Tür (HoT)
Frankfurt, 18.04., 20.00, Dritte-Welt-Haus, Fresengasse 13, Bockenheim
Würzburg, 19.04., 20.00, Autonomes Kulturzentrum, Martin-Luther-Str. 4
Stuttgart, 20.04., 20.00, Altes Feuerwehrhaus Süd, Möhringer Str. 56
Nürnberg, 21.04., 19.30, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Kraft-Str.
Hannover, 24.04., 20.00, Pavillon
Lüneburg, 25.04., Kleiner Vortragssaal, An der Münze
Kiel, 27.04., 19.30, Pumpe
Braunschweig, 28.04., 20.00, Saal der Neustadtmühle
Westberlin, 30.04., 16.30, Halkevi, Cottbusser Damm 74

Desweiteren wird der PAC-Vertreter am 26.04. auf einer Veranstaltung in *Elmsborn* zum Thema „Nützen Sanktionen dem azanischen Volk?“ sprechen. — (scc)

Ali Haydar Kaytan im Hungerstreik

Am 20. März ist Ali Haydar Kaytan, kurdischer Gefangener in der JVA Stammheim, in einen erneuten Hungerstreik gegen seine skandalösen Haftbedingungen getreten. Seit über einem Jahr ist Kaytan wegen angeblichem Verstoß gegen § 129a StGB in Haft. Er wird nach jedem Hofgang nackt ausgezogen und auf erniedrigende Weise durchsucht. Bei jedem Transport werden ihm Hände und Beine gefesselt. Er darf, obwohl er kaum deutsch spricht, keine kurdischen Zeitungen und Zeitschriften beziehen. Seine Forderungen sind:

- Der freie Bezug von Publikationen des Agri-Verlags.
- Schluß mit der Fesselung an den Beinen,
- Schluß mit der Kriminalisierung der Besucher.
- Freier Bezug von wissenschaftlichen Büchern der politischen Theorie.

Zur Unterstützung des Hungerstreiks fanden in mehreren Städten Protestaktionen statt. Vertreter von amnesty international sagten dem Kölner Kurdistan-Komitee zu, sie würden „etwas unternehmen“. — (rüf)

GNN: Neuerscheinungen antifaschistischer Literatur

Ideologie und Programm der ÖDP. Menschenverachtend, frauenfeindlich, gegen Arbeiterinteressen. Beiträge zur Kritik des Ökologismus

Herausgeber: Antifa-Gruppe Freiburg und Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Freiburg. 100 Seiten, Preis 12 DM.

Argumente für das allgemeine Ausländerwahlrecht

Herausgeber: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Landesarbeitsgruppe „Ausländerpolitik“ Baden-Württemberg. 36 Seiten, Preis 3,50 DM.

Europäische Großbrauwirtschaft — Menschenverachtende Konzernstrategien

Herausgeber: Volksfront, Arbeitsgemeinschaften Medien, Stahl- und Metallindustrie u.a. 36 Seiten, Preis: 3,50 DM

Hohe Lohnforderungen! — Beiträge zur Lohndiskussion —

Herausgeber: von der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. 16 Seiten, Preis: 1,50 DM.

Bericht über die Lage in Kurdistan

Herausgegeben von den Kurdistan-Komitees in Europa. 72 Seiten. Preis 6,00 DM.

Vorsicht: Republikaner

Die 3. Auflage ist ab Ende April lieferbar. Die 2. Auflage ist vergriffen. Herausgegeben von Volksfront und VVN Westberlin. 36 Seiten, 2,50 DM.

Alle Broschüren sind zu beziehen über: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1

Aktuell in Bonn

Blüm: Kein Pflegenotstand

Am 5. April billigte das Bundeskabinett einen Bericht von Arbeitsminister Blüm über die „Auswirkungen der Krankenhausneuordnung 1984“. Darin bestreitet Blüm einen Pflegenotstand an den Krankenhäusern. Die Krankenhäuser sollten „offensiver und phantasievoller“ Teilleistungen einstellen und sich dadurch „entlasten“, empfiehlt er. 1988 sei es erstmals gelungen, den Anstieg der Krankenhauskosten unter den Anstieg der Grundlohnsomme zu drücken. Blüm kündigte die schrittweise Einführung eines neuen Preissystems in den Krankenhäusern an, um die „Anreize zur Wirtschaftlichkeit“ weiter zu stärken. Dazu sollen u.a. Abteilungspflegesätze statt pauschale Pflegesätze gehören, womit wahrscheinlich solche „Einsparungen“ wie das Billigbett in der Wäschekammer gemeint sind.

WEU-Weltraumrüstung

Regierungsparteien und SPD sind unzufrieden mit den Fortschritten der WEU. In einer gemeinsamen Anfrage „Reaktivierung und Erweiterung der WEU“ (Bt.-Ds. 11/4255) drängen sie die Bundesregierung u.a., Deutsch als WEU-Amtssprache durchzusetzen, fragen, wann die Bundesregierung ihre Vorstellungen zur Änderung der WEU-Verträge vorlegen wolle, und verlangen „die Errichtung einer europäischen Satellitenagentur im Rahmen der WEU“. Angeblich soll diese der „Rüstungskontrolle“ dienen. Die „Kontrolle“ soll über WEU-Satelliten geschehen, die Agentur

also deren Bau und militärischen Einsatz lenken.

BRD-Frankreich: EG-FBI

Der französische Staatspräsident Mitterrand soll bei seinem Treffen mit Kohl am 4. April diesem französische Unterstützung für den Plan eines „innereuropäischen FBI“ zugesagt haben. Das berichtet die Zeitung „Die Welt“ (5.4.). Vor einigen Wochen hatte der frühere BKA-Chef Herold, offenbar in Abstimmung mit der Bundesregierung, baldige Schritte zu EG-weiten Polizei-Fahndungsmöglichkeiten gefordert. Innenminister Zimmermann will schon lange uneingeschränkten Datenaustausch und Rechtshilfe und „grenzüberschreitende Beobachtung“, also EG-weit tätige Polizeispieler.

Luftwaffe in Sudan?

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht wünscht den Einsatz der Bundeswehr im Sudan. In einem Schreiben an Verteidigungsminister Scholz forderte er, Maschinen der Luftwaffe zur „Hungerhilfe“ in den Sudan abzukommandieren. Im Süden des Sudan herrsche eine schwere Hungersnot, der die Bundesluftwaffe durch Hilfsflüge abhelfen müsse. Die BRD, einer der größten „Handelspartner“ des Sudan, importiert von dort u.a. Schnittblumen von riesigen Blumenfeldern.

Bundeswehr: UNO-Einsatz

Das von der Bundesregierung gewünschte Ersuchen um Beteiligung an einer UNO-„Friedenstruppe“ liegt vor. Am 6. April teilte UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar dem SPD-Vorsitzenden Vogel die UNO-Anfrage mit. Angeblich

sollen UNO-Einheiten an den Grenzen zwischen El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Honduras und Costa Rica „illegale und subversive Aktivitäten“ überwachen. In intensiven Kontakten mit den Contadora-Staaten hatte sich die Bundesregierung um einen solchen Auftrag bemüht. Über die Truppenentsendung soll nun der Bundessicherheitsrat entscheiden. Die „Welt“ frohlockt über die Aussichten, den Kampfgeist der Truppe zu heben: „Hier eröffnen sich neue Möglichkeiten der Motivierung.“

Teuerungsrate steigt weiter

Einen weiteren Anstieg der Teuerungsrate meldet das Statistische Bundesamt. Im März sei die Teuerungsrate auf 2,7% gestiegen. Heizöl (+30%), Benzin (+18%), Wohnungsmieten (+3,4%), der sogenannte „Kraftfahrer-Index“ (Kosten für den Kauf und Unterhalt eines Fahrzeugs, +6,2%) und einige Nahrungsmittel wie Kartoffeln (+45%), Trinkmilch (+4,4%) und Kaffee (+4,1%) waren überdurchschnittlich verteuert. Die Anfang April in Kraft getretenen Steigerungen bei den Postgebühren und die neuen Benzinpreisanhebungen sind in dieser Steigerungsrate noch nicht erfasst.

Bundesbank: Rekordgewinn

Die Bundesbank wird in diesem Jahr 10 Mrd. DM Gewinn an die Bundesregierung überweisen. Das teilte der Zentralbankrat nach seiner Sitzung am 6.4. mit. Wegen einer einmaligen Abwertung ihrer Dollarreserven hatte die Bundesbank im Geschäftsjahr 1987 nur einen geringen Gewinn ausgewiesen. 1988 erzielte die Bank dann wieder Zinsgewinne von über 11 Mrd. DM. Im Februar hatte die Bundesbank ihren Bestand an ausländischen Schuldverschreibungen mit über 77 Mrd. DM beziffert. Durch die enormen Exportüberschüsse der letzten Monate dürfte dieser Bestand weiter ansteigen und mit ihm die Zinserträge der Bank.

Was kommt demnächst?

Am 16. April beginnt in Bonn eine Tagung des Bundesvorstands der CDU über die Strategie zu den nächsten Wahlen. Am gleichen Tag trifft der sowjetische Außenminister Shewardnadse in Bonn zur Vorbereitung des Gorbatschow-Besuchs im Sommer ein. Am 17. April endet die Osterpause des Bundestags. Am 18. April will Kohl mit Vertretern der Regierungsparteien seine Beratungen über Umbesetzungen im Kabinett und die weiteren Gesetzgebungsvorhaben abschließen. Am 19. April soll eine Koalitionsrunde abschließend über die geplante Vorlage eines neuen Ausländergesetzes beraten. Am gleichen Tag beginnt in Paris ein zweitägiger „deutsch-französischer Gipfel“. Dort soll u.a. die gemeinsame Erklärung beraten werden, die die NATO auf ihrer 40-Jahr-Feier am 29./30. Mai in Brüssel vorlegen will.



219 neue Stellen soll Bundesinnenminister Zimmermann erhalten, um eintreffende Asylbewerber schneller abschieben zu können. Das beschloß das Bundeskabinett letzte Woche, um noch vor der geplanten Vorlage der neuen Ausländergesetze die Verfolgung von Asylbewerbern verschärfen zu können. Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sollen nur noch mit Visa einreisen können. Ausgenommen sind davon Kinder und Jugendliche aus der EG, der Türkei, Jugoslawien, Tunesien und Marokko. Der Beschluß soll die Flucht von Kindern und Jugendlichen aus z.B. Iran und Irak in die BRD unterbinden.

Pflegepersonal

Die Kampfbereitschaft wächst Kann der Streik organisiert werden?

Inzwischen gibt es kaum eine Fernsehstation, kaum einen Rundfunksender oder eine Zeitung, die nicht das Thema „Pflegenotstand“ thematisiert hätte. Verantwortliche Politiker versuchen in diesen Medien den Protest des Pflegepersonals auf die Frage einzugrenzen, ob der „Pflegenotstand“ bereits heute eingetreten ist oder erst für Mitte der neunziger Jahre zu erwarten sei. Vor allen Dingen versuchen sie aber den Eindruck zu erwecken, auch ihr Ziel sei die Verbesserung der Pflegesituation und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals, um die Illusion zu schüren, es gäbe einen klassenübergreifenden gesellschaftlichen Konsenz für eine Verbesserung der Lage in den Krankenhäusern; Verbesserung würde eintreten, ohne daß das Pflegepersonal diese Angelegenheit in die eigenen Hände nimmt. Es soll verhindert werden, daß das Pflegepersonal illusionslos den Streik vorbereitet.

Den vorgetäuschten klassenübergreifenden Konsenz gibt es nicht. Für die Kapitalistenklasse gibt es nicht zu wenig Pflegepersonal in den Krankenhäusern, sondern zu viele Betten bzw. Patienten! Im Entwurf zum „Erfahrungsbericht über die Auswirkung der Krankenhausneuordnung von 1984 und 1985“ kommt das Blüm-Ministerium zu der Erkenntnis, daß allein durch die Verhinderung von „Fehlbelegungen“ 35000 Krankenhausbetten abgebaut werden könnten. Es fehlt auch nicht der Hinweis, daß die „Fehlbelegungsquote“ mit zunehmendem Alter steige. Wer nicht mehr für den Profit schaffen kann, soll auch nicht mehr im Krankenhaus gepflegt werden! Das ist die Reformrichtung der Reaktion und deshalb konnte es auch nicht überraschen, daß die Forderungen der Gewerkschaft ÖTV nach besserer Eingruppierung des Pflegepersonals von den Dienstherren schroff abgelehnt wurden. „„Dienstleistung“ kommt von dienen — nicht von verdienen“, der „Pflegenotstand“ sei eine journalistische Erfindung zur Überbrückung des Sommerlochs, waren ihre Kommentare während der ersten Verhandlungsrunde.

Die Gewerkschaft ÖTV fordert u.a. die Streichung der untersten Vergütungsgruppe im Krankenpflegebereich, die Anhebung der Anfangs-Eingruppierung und die Einführung eines Zeitaufstiegs. Konkret heißt das z.B.: Gegenwärtig verdient eine 25-jährige Kranken-

schwester nach sechsmonatiger Berufstätigkeit ca. 2640DM brutto; nach Forderung der ÖTV wäre bereits die Anfangsvergütung höher und nach zwei Jahren erhielte sie ca. 2925 DM, also ca. 285 DM mehr. Die Höhe dieser Forderung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit gerade die gravierend-

ste Unterbezahlung gemildert würde. Die Dienstherren hielten allerdings eine derartige Forderung für 175000 Kranken- und 25000 Altenpflegekräfte in öffentlichen Einrichtungen für nicht finanzierbar. In der zweiten Verhandlungsrunde forderten sie gar als Voraussetzung für Einkommenserhöhungen, daß



Die berufsständische Organisation „Deutscher Berufsverband für Krankenpflege“ (DBfK) mobilisiert 20000 zum Auftakt der Tarifverhandlungen. Die Teilnehmer fordern gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen.



Protestkundgebung von Krankenpflegern

zukünftig die Umkleide- und Wegezeiten (im Krankenhaus) zu Dienstbeginn und -ende nicht mehr bezahlt werden. Das käme einer wöchentlichen Arbeitszeitverlängerung von mindestens einer Stunde gleich. Unter dieser Voraussetzung sollten Berufsanfänger ca. 70 DM und nach 8-jähriger „Bewährungszeit“ ca. 170 DM mehr verdienen. Da die durchschnittliche Dauer der Berufsausübung von Krankenpflegepersonal bei vier bis fünf Jahren liegt, läuft dieses Angebot darauf hinaus, daß die überwiegende Mehrheit mit 70 DM mehr abgespeist werden soll und die Einkommenserhöhung rechnerisch nicht einmal die verlangte Arbeitszeitverlängerung ausgleichen würde.

Die Überarbeit wurde unerträglich

Wenn die Dienstherrn behaupten, der „Pflegenotstand“ sei eine journalistische Erfindung zur Überbrückung des Sommerlochs, so ist daran nur soviel wahr: Ab Sommer 1988 konnten die Medien die bereits seit Jahren andauernde und sich immer mehr zuspitzende Überarbeit des Pflegepersonals nicht mehr verschweigen. Die Krankenhausversorgung konnte durch Überarbeit nicht mehr kompensiert werden, sondern brach punktuell zusammen. Betten, z.T. ganze Stationen mußten wegen Personal mangels geschlossen werden, OP's standen still. Ständig sind etwa zwanzig Prozent des Krankenhauspersonals krankgeschrieben — mehr als in der Schwerindustrie. Sechs von zehn Krankenschwestern leiden unter Rückenschmerzen, vier unter Nackenschmerzen, drei haben Menstruationsbeschwerden war das Ergebnis einer Befragung von 372 Krankenschwestern. (1) Eine Personalratsumfrage an einem hannoverschen Krankenhaus kam zu folgendem Ergebnis: —Nicht einmal ein Viertel der Stationen

konnte die Verantwortung für die derzeit mögliche Krankenpflege übernehmen.

—Auch die Krankenpflegeausbildung konnten nicht einmal mehr ein Viertel der Stationen uneingeschränkt gewährleisten.

—Der Gesundheitszustand mußte aufgrund der umfangreichen Darstellung in den Fragebögen als völlig darniederliegend bezeichnet werden oder — wie in einer Antwort geschrieben — „am Rande der Erschöpfung“.

Vielfach kommt es zu Situationen von „Gefährlicher Pflege“. Zum Beispiel,

—daß z.T. eine einzige ausgebildete Pflegekraft mit Schülerin und Aushilfe eine ganze Station mit 38 Patienten versorgen müsse — auf Notfälle könne nicht mehr reagiert werden;

—daß auf einer Intensivstation teilweise eine ausgebildete Pflegekraft für bis zu vier schwerstkranke Beatmungspatienten zuständig sei. (2)

70 Prozent der Pflegenden leisten regelmäßig Überstunden, oft sogar im Anschluß an den Nachtdienst. Mit Bereitschaftsdiensten kommen sie leicht auf eine 60-Stunden-Woche. Und dabei erhalten die 385000 Krankenpflegekräfte eine Gehaltssumme, die gerade doppelt so hoch ist, wie die Gehaltssumme der 8000 Chefarzte. (3)

Das gewerkschaftliche Bewußtsein wächst

Zweistellige Zuwachsraten bei der gewerkschaftlichen Organisierung der Pflegekräfte machen deutlich, daß die Bereitschaft, die Unerträglichkeiten durch gewerkschaftlichen Kampf zu beseitigen, schwunghaft wächst. Allerdings liegt der absolute Organisationsgrad in Krankenhäusern trotz dieser Eintrittswelle nach wie vor zwischen zwanzig und vierzig Prozent. Anlaß für die Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deut-

scher Länder, Birgit Breuel, zu triumphieren: „Immer wieder erweckt die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr den Eindruck, als verfüge sie über die Führungsrolle im öffentlichen Dienst. Ihrem Organisationsgrad, der bei Bundesbehörden mit 16,8%, in Landesverwaltungen mit 8,4%, bei den Gemeinden mit 43,8% angegeben wird, entspricht dies nicht.“

(4) Es zeichnet sich ab, daß die Dienstherrn die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation an den Krankenhäusern schonungslos auszunutzen versuchen werden. Denn die Auseinandersetzung um die bessere Eingruppierung des Pflegepersonals geht über Tariffragen weit hinaus und hat allgemeine gesundheitspolitische Bedeutung. Wird das Selbstvertrauen des Pflegepersonals durch einen Erfolg in dieser Tarifaufeinanderersetzung gestärkt, werden die Absichten der Reaktion bezüglich der Einschränkungen in der Krankenhausversorgung auf erheblichen Widerstand stoßen. Gelingt es der Reaktion aber, dem Pflegepersonal in dieser Tarifaufeinanderersetzung eine Niederlage beizubringen und wird dadurch die Kampfkraft der Krankenhausbelegschaften nachhaltig geschwächt, ist nicht absehbar, wie die geplante Krankenhauspolitik aufgehalten werden kann. Deshalb liegt die Unterstützung dieser Tarifaufeinanderersetzung im Interesse aller Lohnabhängigen und diese Unterstützung braucht das Pflegepersonal auch, um in der jetzigen Phase des gewerkschaftlichen Aufbaus eine derartige Konfrontation erfolgreich auszufechten.

Quellenhinweis: (1) Arbeitsbedingungen in der Krankenpflege, WSI, April 1987, S. 33 ff; (2) Informationsdienst Gesundheitspolitik Ausgabe 26/1988 v. 22.12.1988, Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, S. 1; (3) Die Quelle, Ausgabe 3/1989, DGB, S. 169; (4) Handelsblatt v. 25.07.1988 — (kar)

Insolvenzrecht

BDI & BDA gegen Sozialpläne

Seit August letzten Jahres liegt ein Diskussionsentwurf des Bundesjustizministeriums zu einer grundlegenden Änderung des Insolvenzrechts vor. Sieht der Entwurf schon weitgehende Verschlechterungen für die Lohnabhängigen gegenüber dem bisher geltenden Recht vor, so sind den Kapitalisten die vorgesehenen Regelungen nicht weitgehend genug. BDI und BDA haben in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre Anforderungen an das Gesetz dargelegt. Sie greifen insbesondere die ihnen unzureichend erscheinende „Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ an.

Bereits nach dem vorliegenden Entwurf sollen Kündigungsschutz und Mitbestimmungsrechte gegenüber dem Insolvenzverfahren zweitrangig werden. Außertarifliche Leistungen sollen beseitigt werden können. Sozialansprüche aus Sozialplänen sollen das 1,5fache eines Monatsverdienstes nicht überschreiten. (1)

BDI und BDA erklären demgegenüber: Der Entwurf halte weitgehend an der Geltung der Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes über den Interessenausgleich fest, weil er überhaupt noch einen Sozialplan zulasse. Die Kapitalisten verlangen aber: „Der Sozialplan in der Insolvenz sei angesichts der umfassenden sozialgesetzlichen Absicherung der Arbeitnehmer nicht gerechtfertigt. Arbeitnehmer, die im Rahmen eines Konkurses entlassen würden, erhielten u.a. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Konkursausfallgeld, Umschulungsbeihilfen, Betriebsrenten-Übernahme durch den Pensions-Sicherungs-Verein. Dem Sozialplan werden also eine völlig ungerechtfertigte existentielle Bedeutung für die Arbeitnehmer zugemessen.“ (2)

Damit fordern BDI und BDA direkt die Abschaffung und nicht mehr die „Eindämmung“ von Sozialplänen zugunsten der Finanzierung von Lohn- und Rentenansprüchen an Kapitalisten aus den Kassen der Versicherten. Ansprüche anderer Kapitalisten an die Konkursmasse sollen abgesichert werden, vor allem aber soll die Möglichkeit geschaffen werden, über billige Massenentlassungen Aufkaufgeschäfte und Rationalisierungen durchzusetzen. Ein weiteres Hauptanliegen der Kapitalistenverbände ist die Beseitigung des Kündigungsschutzes in Insolvenzverfahren:

„Der Entwurf läßt sämtliche gesetzlichen, tariflichen und arbeitsvertraglichen Sonderkündigungsvorschriften unangetastet. Dies führt bei erforderlichen Stilllegungen von Betrieben oder Betriebsteilen zu großen Schwierigkeiten, da der Sonderkündigungsschutz fast immer eine ordentliche Kündigung ausschließt und/oder jede Kündigung an die

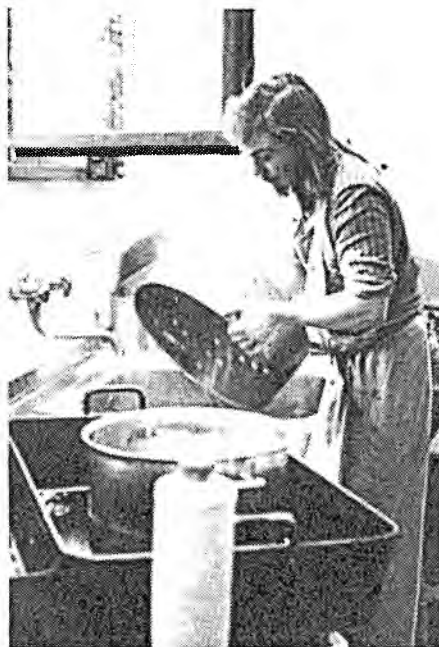
Zustimmung einer Behörde bzw. des Betriebsrates bindet.“ (3) Beim gesetzlichen Kündigungsschutz sollten im Insolvenzrecht nur die Regelfristen gelten, nicht die verlängerten Fristen bei längerer Betriebszugehörigkeit. Außerdem verlangen sie eine Verlagerung der Gerichtszuständigkeit für Kündigungen bei Insolvenzen: Zuständig soll nicht mehr wie bisher das Arbeitsgericht sein, sondern das Insolvenzgericht, eine Abteilung der Zivilgerichtsbarkeit, die mit Berufsrichtern des Wirtschaftsrechts besetzt ist, in der also im Gegensatz zu den Arbeitsgerichten auch jeder gewerkschaftliche Einfluß ausgeschlossen ist.

(1) Diskussionsentwurf des Bundesjustizministeriums v. 15.8.89, s. auch Politische Berichte Nr. 19/88; (2) Handelsblatt v. 28.3.89; (3) Gemeinsame Stellungnahme von BDA und BDI v. 27.3.89 — (uld)

DFG/VK und IG Metall

Aufruf zur Verweigerung

Das Verhältnis zwischen dem DGB und der Bundeswehr schien lange ohne größere Probleme zu sein. Eine Erklärung der DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner) und der Abteilung Jugend der IG Metall



Zivildienstleistende: oft als billige Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst eingesetzt.

drohte diesen Frieden zu belasten. Die Erklärung, unterzeichnet u.a. von Karin Benz-Overhage, Mitglied des Vorstandes der IG Metall, sprach sich für die Kriegsdienstverweigerung als politisches Mittel gegen die Militär- und Rüstungspolitik des Verteidigungsministeriums aus:

„Kriegsdienstverweigerer ziehen mit ihrem persönlichen Bekenntnis zum Gewaltverzicht und ihrer Bereitschaft, statt

des Militärdienstes einen sozialen Dienst zu leisten, jene politische Konsequenz, zu der die herrschende Politik nach wie vor nicht in der Lage ist. Unabhängig von der Motivation eines jeden einzelnen stellen Kriegsdienstverweigerer mit ihrer Entscheidung Militär und militärisches Sicherheitsdenken in Frage.“ „IG Metall und DFG/VK wollen mit ihrer gemeinsamen Initiative dazu beitragen, daß im 50. Jahr des Überfalls auf Polen, dem Beginn des zweiten Weltkrieges, ein Zeichen im Sinne eines wirklichen Friedensdienstes gesetzt wird. Massenhafte, hunderttausendfache Kriegsdienstverweigerung kann zu einem unüberschaubaren Druckfaktor auf die Regierenden werden, Abrüstung voranzutreiben.“

Die Schwächen dieser Erklärung liegen darin, daß erstens der Zivildienst grundsätzlich positiv beurteilt, also die Militarisierung auch für Zivildienst leistende Wehrpflichtige nicht gesehen wird, und zweitens, daß die Wehrpflichtigen beim Bund in Überlegungen, die Kriegsgefahr zu bekämpfen, gar nicht einbezogen werden. Das hat Folgen. Die Erklärung stellt die Bundeswehr in Frage; leider nicht offen, obwohl es gegen die Bundeswehr Gründe genug gibt: Die expansionistische Zielbestimmung und die damit einhergehende Aufrüstung ebenso wie die Unterdrückung der einfachen Soldaten. Diese Halbherzigkeit ermöglicht es nicht nur den offenen Reaktionen draufzuschlagen, sondern auch liberalen Hütern der Verfassung, die Notwendigkeit demokratischer Streitkräfte zu betonen gegenüber einer Armee als „Staat im Staate“. Hätten DFG/VK und die IG Metall die Interessen aller Wehrpflichtigen gegen die Kriegsvorbereitungen in den Appell aufgenommen, wäre ihre Stand in der folgenden Auseinandersetzung günstiger. Der Vorstand der IG Metall hat inzwischen die Erklärung praktisch verworfen und für „ungeeignet“ erklärt.

Die Erklärung von DFG/VK und Abteilung Jugend der IG Metall ist abgedruckt in der Frankfurter Rundschau v. 29.3.89 — (jok)

Dienstleistungsabend

Haussmann schiebt ihn hinaus

Bundeswirtschaftsminister Haussmann verkündete auf einer Pressekonferenz am 22.3. in Bonn: „Die Verbraucher werden noch einige Monate auf den Dienstleistungsabend warten müssen.“ Der FDP-Mann kündigte die Abendöffnung nun für den 1. September an. Damit verschob er seine „Terminvorstellungen“ erneut. Im Januar hatte er erst von Anfang April, dann vom 1. Mai geredet, später dann von der Sommerferienzeit. Die Gewerkschaft HBV und die DAG wollen den Konflikt um den Dienstleistungsabend beenden. Sie ha-

ben der Bundesregierung, den Bundestagsfraktionen und den Einzel- und Großhandelsverbänden darüber ein „Sondierungsgespräch“ angeboten. Darin soll es um „bessere Einkaufsmöglichkeiten und die schlechten Arbeitsbedingungen im Einzelhandel“ gehen. Als Vorbedingung für die Aufnahme von Gesprächen wird die Zurücknahme des Gesetzesentwurfs über den Dienstleistungsabend verlangt. Zudem erklärten sie, eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten und zusätzliche Nacht- oder Abendöffnung komme nicht in Frage. „Am besten sei den Kunden mit freundlichem Service, qualifizierter Beratung sowie mehr Verkaufs- und Kassenpersonal gedient.“ Dazu sei aber eine Veränderung der bestehenden Arbeitsverhältnisse und der Bezahlung im Handel notwendig.

Auf einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales am 8.3. sprachen mehrere Verbände zu Haussmanns Plänen, darunter:

Deutscher Industrie- und Handels-

tag (DIHT): Für einen Dienstleistungsabend, an dem sowohl private als auch öffentliche Dienstleistungen angeboten werden. Für Abendöffnung donnerstags bis 21 Uhr und Beibehaltung der langen Samstage. Für gesetzliche Festlegung der zulässigen Gesamtöffnungszeiten, damit die Händler flexibel die Öffnungszeiten an die örtlichen Gegebenheiten anpassen können.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Wirtschaftsverbände Deutschlands: Für den Dienstleistungsabend, die Liberalisierung der Ladenschlußzeiten sei im Gesetzesentwurf noch zu eng. Befürwortet wird eine stärkere Entkoppelung von Arbeitszeit und Ladenöffnungszeiten.

Bundesverband der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband und Europaverband der Selbständigen sowie Bundesverband der Filialbetriebe und Selbstbedienungswarenhäuser (BFS):

Keine Einführung des Dienstleistungsabends, keine Änderung des Ladenschlußgesetzes.

Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) und Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels: Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes § 87, Absatz 1 und 2, wo das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Festlegung von Beginn und Ende der Arbeitszeit geregelt ist, damit die „unternehmerische Entscheidung über die Ladenöffnungszeiten“ Vorrang vor der mittelbaren Festlegung der Betriebsnutzungszeit durch den Betriebsrat erhält. Die HDE will eine eindeutige Verpflichtung für den Dienstleistungsabend.

Kreditwirtschaft: Es müsse freigestellt bleiben, ob und wo die Geschäftsräume länger offen bleiben.

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke: Für den Dienstleistungsabend, da er den Bürgern die Inanspruchnahme von Dienstleistungen erleichtere. Auf eine starre Dienstbereitschaft bis 21 Uhr zu sei verzichten. Den Arbeitsmarkteffekt beurteilt er skeptisch. — (rst, rub)

Kommunalwahlen Stuttgart

Linkes Wahlbündnis will kandidieren

Bei den baden-württembergischen Kommunalwahlen 1984 gab es Wahlbündnisse von DKP und Organisationen links von den Grünen nur in wenigen mittelgroßen Orten, unseres Wissens in Heilbronn und Konstanz. Zu den Kommunalwahlen am 22. Oktober 1989 zeichnen sich jetzt solche Wahlbündnisse darüber hinaus auch für Stuttgart und Freiburg

ab; von einigen weiteren Orten ist bekannt, daß die DKP auf ihren offenen Listen Kandidaten aus dem linken Spektrum sucht. Gemeinsame Kandidaturen von DKP und Grünen, die es bei den Kommunalwahlen 1984 ebenfalls in einigen Orten gab, sind eher unwahrscheinlich geworden, nachdem die Grünen auf ihrem kommunalpolitischen Kongreß

Anfang des Jahres gemeinsame Kandidaturen mit der DKP als unerwünscht bezeichnet haben und inzwischen auch viele Kreisverbände der Grünen Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber Kommunisten gefaßt haben.

Seit etwa Mitte letzten Jahres bereiteten verschiedene linke Organisationen in Stuttgart die Gemeinderatswahlen vor. Die DKP diskutierte auf Mitgliederversammlungen über Beteiligung und mögliche Formen. BWK und VSP sprachen im Oktober auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung über mögliche Schwerpunktthemen. Der BWK hat sich an die DKP gewandt mit dem Angebot, für eine Kandidatur zusammenzuarbeiten. Die MLPD hatte schon vor über einem Jahr beschlossen, mit einer eigenen Liste zu kandidieren, hat aber zwischenzeitlich in der „Roten Fahne“ auch wieder Möglichkeiten einer Bündniskandidatur angedeutet. Auf Initiative der VSP trafen sich verschiedene Gruppen und Personen seit November in einer Initiative Gemeinderatswahlen '89, an der auch BWK und Volksfront teilnahmen. Mitte Februar beschloß dann die Kreismitgliederversammlung der DKP Stuttgart, für eine Bündniskandidatur einzutreten und zu diesem Zweck in der Initiative Gemeinderatswahlen '89 mitzuarbeiten (bis dahin war die DKP in dieser Initiative mit einem Beobachter vertreten). Ende Februar schließlich verabschiedete diese Initiative mit etwa 40 Teilnehmern eine Absichtserklärung zur Bildung einer Alternativen Linken Liste (ALL) Stuttgart, die über die Wahlen hinaus als „ständiges alternatives linkes Kommunalpolitisches Forum in Stuttgart“ weiterwirken soll.

In der Absichtserklärung heißt es ferner: „Wir sind überzeugt, daß das beste Programm, das demokratischste, sozial-



Die ALL tritt ein für das Verbot faschistischer Organisationen ein. Protestaktion gegen den Landesparteitag der NPD am 9. April (s.a. Seite 21).

Friedensliste Freiburg Initiative für Wahlbündnis

Die Friedensliste, derzeit mit einer Stadträtin im Gemeinderat vertreten, hatte bereits Ende 1988 eine Diskussion mit allen Kräften des Freiburger Widerstands über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Kandidatur vorgeschlagen. Jetzt haben über 50 Einzelpersonen einen Aufruf „An die Linken in Freiburg“ unterzeichnet, der auch von Friedensliste, DKP, BWK, Volksfront, der Redaktion der Stadtzeitung und einem linken Buchladen unterstützt wird.

Für den 19.4. wird zu einer Beratung aller Interessierten aufgerufen. Wir dokumentieren nachstehend den leicht gekürzten Text des Aufrufs.

Am 22.10. finden in Freiburg Kommunalwahlen statt. Diese Wahlen und bereits der Wahlkampf dazu werden die politische Landschaft in Freiburg verändern: Rechtsradikale und offen faschistische Gruppen und Parteien treten an, um ins Rathaus einzuziehen. Die Regierungspolitik hat mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Wohnungsnot Ausländerhaß, großdeutschem Chauvinismus und polizeistaatlichem Ordnungsdenken einen fruchtbaren Boden bereitet. Das Beispiel der Wahlen in Westberlin zeigt: Jede Stimme für die Faschisten ist für

die Regierungsparteien ein zusätzlicher Vorwand zur Verschärfung ihrer konservativen Politik und verschiebt die politischen Gewichte in der Öffentlichkeit weiter nach rechts.

Dagegen halten es die Unterzeichner dieses Appells, die sich auf Initiative der Friedensliste zusammengefunden haben, für erforderlich, über die Möglichkeiten eines linken Bündnisses zu diskutieren, das eine breitere politische Basis hat. Wir rufen Euch dazu auf, über die politischen Aufgaben eines solchen Bündnisses zu beraten und ein gemeinsames Vorgehen mitzutragen. Unser Ziel ist dabei auch die Aufstellung einer Liste, die die Unterstützung der verschiedensten politischen Gruppen, alternativen Projekte und fortschrittlichen Einzelpersonen finden kann.

Die gegenwärtige Situation in Freiburg ist durch zunehmende Armut und eine Verschlechterung der sozialen Lage immer größer werdender Bevölkerungsteile gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin überdurchschnittlich hoch. In verschiedenen Bereichen wurden massive Gebührenerhöhungen beschlossen. Die Diskriminierung von Frauen und die Gewalt gegen Frauen dauern an. Viele Freiburgerinnen und Freiburger ausländischer Nationalität, besonders Asylbewerber, leben unter entwürdigenden Bedingungen. Es fehlen bezahlbare Wohnungen, vor allem für die in unserer Gesellschaft ohnehin Be-

nachteiligten (u.a. durch die systematische Zerstörung von billigem Wohnraum).

Angeichts dieser unerträglichen Lage fällt der Stadtverwaltung unter OB Böhme und der Mehrheit im Gemeinderat nichts Besseres ein, als auf Industrieansiedlung, Investitionshilfen, einen niedrigen Gewerbesteuersatz und vor allem auf den Bau der KTS zu setzen. Die Arroganz, mit der über den im Bürgerentscheid manifestierten Bürgerwillen hinweggegangen wurde, machte unübersehbar deutlich, was wir von dieser Gemeinderatsmehrheit zu erwarten haben.

Wir halten die Opposition von SPD und Grünen im Gemeinderat nicht für ausreichend. In vielen Fällen haben sie eine verfehlte Politik der Verwaltung mitgetragen, z.B. bei den Gebührenerhöhungen der VAG, der Müllabfuhr und der Abwasserentsorgung. Die SPD befürwortete mehrheitlich die KTS, die Grünen stimmten für die Mieterhöhungen bei der Siedlungsgesellschaft.

Zweifellos gibt es in Freiburg vielfältigen Widerstand ... Wir wollen einen Beitrag zu seiner stärkeren Vernetzung leisten, einer unnötigen Zersplitterung entgegenwirken und uns auch um eine gemeinsame Einflußnahme im Gemeinderat bemühen: gegen Rechte und Rechtsradikale und für eine sozialere und demokratischere Politik.

ste, ökologischste, frauenfreundlichste Konzept allein nicht in der Lage wäre, die Situation der abhängigen und benachteiligten Menschen zum Besseren zu wenden. Das Entscheidende ist, daß die Betroffenen selbst gemeinsam und solidarisch ihre Sache in die Hand nehmen und sich zur Wehr setzen.“ Als Gegner werden in die Erklärung die großen Konzerne benannt. „Stuttgart befindet sich immer sichtbarer unter der völligen Kontrolle der großen Konzerne, vor allem von Daimler-Benz, dem größten Rüstungskonzern der BRD, von Bosch und Allianz. Im Einklang mit der rechten Rathauspolitik von OB Rommel, von CDU, FWV/UBL und FDP unter Beteiligung von SPD-Bürgermeistern prägen sie die Arbeits- und Lebensbedingungen in unserer Stadt.“ Als Träger der Alternativen Linken Liste werden neben verschiedenen Initiativen und Einzelpersonen an Organisationen benannt: BWK, DKP (die DKP wird auf einer Mitgliederversammlung am 22.4. endgültig über eine Teilnahme an der ALL entscheiden), VSP, Volksfront. Die MLPD, die bis dahin ebenfalls an den Treffen der Initiative teilnahm, erklärte leider, sie sehe sich außerstande wegen inhaltlicher Differenzen zu DKP (Europapolitik) und BWK (Arbeitsplätze), an der Alternativen Linken Liste teilzunehmen, eine getrennte Kandidatur der

MLPD ist nicht auszuschließen.

Programmatische Positionen sind von der ALL erst an wenigen Punkten entwickelt, weitere sollen durch Arbeitsgruppen vorbereitet werden und Mitte Juni auf einem „Ratschlag“ erörtert werden. Zu diesem Termin sollen auch die benötigten 60 Kandidatinnen und Kandidaten feststehen. Daß zu den bereits festgelegten Grundsätzen antifaschistische Forderungen und Aktivitäten gehören, trägt sicher dazu bei, daß sich das Wahlbündnis als tragfähig für die Entwicklung und Unterstützung des Widerstands in Stuttgart erweist und auch die weitere Positionsentwicklung leichter möglich ist. Zum Beispiel:

Die verschiedenen am Wahlbündnis beteiligten politischen Strömungen sind sich darüber einig, daß eine entfesselte Staatsmacht bekämpft werden muß, daß dazu die Stärkung der „kommunalen Demokratie“ gehört, also die Einschränkung der Zentralgewalt. Diese Übereinstimmung ermöglicht die Diskussion, daß es zu den Aufgaben eines kommunalpolitischen Bündnisses gehört, sich um Polizei und Gefängnisse, auch um das Gefängnis in Stuttgart-Stammheim, zu kümmern und sie vielleicht kommunaler Aufsicht zu unterstellen. Da weiter das Einverständnis herrscht, daß Antifaschismus heißen muß, sich gegen jegliche unmenschliche Behandlung von Leu-

ten durch den Staat zu wenden, war es möglich, sich darauf zu einigen, daß die Haftbedingungen der politischen Häftlinge bekämpft werden müssen. Dazu soll am 19.4. eine Veranstaltung unter dem Titel „Die Haftbedingungen der Hungerstreikenden sind unmenschlich! Gegen Isolationshaft! Für Zusammenlegung jetzt!“ stattfinden, an der neben der ALL Grüne, Humanistische Union, ein Stammheimer Anstaltspfarrer sowie Angehörige und Rechtsanwälte von politischen Gefangenen sprechen werden.

Die Entwicklung von Grundsätzen und Forderungen zur Unterstützung der Interessen der Arbeiter und armen lohnabhängigen Bevölkerung in Stuttgart ist von der ALL begonnen worden. In der Wohnungspolitik tritt die ALL ein für kommunalen Mietwohnungsbau, die Konzerne, durch deren Arbeitsmarktpolitik hoher Wohnungsbedarf entsteht, sollen durch höhere Gewerbesteuer und eine Sonderabgabe zur Finanzierung herangezogen werden. Über „kommunale Beschäftigungspolitik/Arbeitsplätze“ soll auf dem nächsten Plenum gesprochen werden.

Zu den Aussichten, einen Sitz im Gemeinderat zu erhalten: Benötigt werden die Stimmen von ca. 2000 Wählern, die DKP hatte bei den Stuttgarter Kommunalwahlen 1984 etwa 1200 Wähler.
— (alk)

Verweigerung lebensnotwendiger Rechte tötet Mit der Zusammenlegung sofort beginnen!

Viele Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft raten, den Hungerstreik im buchstäblichen Sinn sich zu Tode laufen zu lassen. Dieser brutalisierte Standpunkt stützt sich auf Propaganda. Den Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand ginge es gar nicht um die Herstellung von Haftbedingungen, unter denen sie überleben können, sondern um Vergünstigungen. Ohne die Rückendeckung aus den großen Religionsgemeinschaften wäre diese Position nicht haltbar. Aber die beiden Staatskirchen weigern sich, die qualvolle Situation zur Kenntnis zu nehmen, die die Gefangenen durch ihren Hungerstreik offenbaren. Sie tun, als ob das Handeln der Behörden Geboten der Menschlichkeit entspreche.

Sie gebrauchen ihre Macht über das Christengewissen staatsloyal und gewissenlos. Ohne Proteste der christlichen Basis und der christlichen Jugendverbände wird die von den Kirchen erteilte Vorausabsolution Unionspolitiker darin bestärken, durch Verweigerung lebensnotwendiger Rechte zu töten. Die in der Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften einsetzende Meinungsbildung wirkte schnell auf die SPD. Eine schnell einsetzende, breite Bewegung der christlichen Basis könnte die Union von der Vernichtungsstrategie abbringen. Das Gefühl der Ohnmacht, das durch die Weigerung der Union entsteht, die Haftbedingungen auch nur zu prüfen, wird von den Reaktionären gekonnt mit dem

Gedanken an Attentate verbunden. So versucht man, die Empörung auf ein Feld zu lenken, auf dem man gerüstet ist. Wir weisen darauf hin, daß aus der Erklärung der Gefangenen zum Hungerstreik niemand schließen kann, es sei möglich, sich durch Repressalien in eine Front mit den Gefangenen zu stellen. Mit dem Hungerstreik wenden sich die Gefangenen an die Öffentlichkeit, und Kampf um die öffentliche Meinung festigt als einziges die Solidarität. Wenn die Justizminister aus den SPD-regierten Ländern nicht sofort tun, was in ihrer Macht steht, müssen die Hungerstreikenden befürchten, grausam genarrt zu werden. Die Minister können leicht und müssen sofort und ohne Vorbedingungen mit der Zusammenlegung beginnen, damit den Gefangenen eine Überlebenschance bleibt. — (maf, sce)

Der bayerische Innenminister Stoiber im Bayernkurier vom 8.4.1989

Unserem Rechtsstaat droht Erpressung! „Zusammenlegung jetzt“ lautet die Parole der in der Bundesrepublik Deutschland einsitzenden Häftlinge der „Rote-Armee-Fraktion“, einer Terrorbande, die den Staat und unsere freiheitliche Gesellschaft durch gemeine Morde und hinterhältige Gewaltverbrechen in die Knie zwingen will. Wer glaubt, der Kampf eines Terroristen gegen den Staat sei mit seiner Verhaftung zu Ende, wird immer wieder eines Schlimmeren belehrt . . .

Begriffe wie „Isolationsfolter“ oder „Isolationshaft“ sind geschickt verfälschende politische Kampfbegriffe, die Mitleid und damit Sympathie mit den Terroristen erzeugen sollen . . .

Fazit: Wer den Begriff „Isolationshaft“ übernimmt, stellt die Wirklichkeit auf den Kopf und spielt den Terroristen und ihren Zielen in die Hände.

Es ist eine alte Erfahrung: Nachgiebigkeit ermuntert Erpresser zu immer dreisteren Forderungen. Das Motiv, den Hungerstreik irgendwie zu Ende zu bringen und terroristische Anschläge zu verhindern, ist ehrenwert. Aber der vorgeschlagene Weg führt letztendlich nicht zum Ziel. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz, dem ich sonst nicht immer zustimmen kann, hat die Folgen einer großen Zusammenlegung treffend beschrieben. Die Zusammenlegung soll die Geschlossenheit der Terroristengruppe sichern, ihre Mitglieder disziplinieren und Häftlinge, die sich von Mord und Terror lossagen wollen, von diesem Schritt abhalten. Langfristiges Ziel ist die Freilassung. Die großräumige Zusammenlegung von Terroristen ist kein Beitrag zur Umkehr und zur Menschlichkeit . . .

Ein Staat, der sich erpressen läßt, gewinnt nichts für die Menschlichkeit, aber verliert viel von der Achtung seiner rechts-treuen Bürger. Ein Staat, der den Bürgern Schutz bietet und den inneren Frieden sichern will, muß glaubhaften Selbstbehauptungswillen gegenüber den Feinden von Demokratie und Recht zeigen.

Zum Schaden von Demokratie und Rechtsstaat haben einige Politiker, voran Momper und Schmude von der SPD, aber leider auch Frau Süßmuth, falsche und mehr als peinliche Signale gegeben. Sieht die Präsidentin des Deutschen Bundestages nicht, daß sie mit ihrer Vermittlungsbereitschaft die unsinnige These geradezu bestätigt hat, es handele sich nicht um gewöhnliche Schwerverbrecher, sondern um politische Gegner, um politische Gefangene, die einen Sonderstatus beanspruchen könnten?

Ist der Vorsitzende der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland und SPD-Politiker Jürgen Schmude so blind, daß er nicht das wahre Gesicht der erpresserischen Forderungen erkennt?

Vom Regierenden Bürgermeister Walter Momper in Berlin,

dessen Absagen an ein rot-grünes Bündnis am Tage nach der Wahl nichts mehr wert waren, ist wohl kein anderes Motiv zu erwarten als Anbiederung bei seinen grün-alternativen Kumpanen. Wer Wähler um der Macht willen hinters Licht führt und damit die Demokratie mißachtet, bei dem kann es nicht verwundern, wenn er nun die Grundlagen des Rechtsstaates aufs Spiel setzt.

Eine Sonderbehandlung dieser Verbecher hätte auch verheerenden Folgen für die Motivation unserer Polizeibeamten. Sie müssen notfalls unter großen Gefahren für Gesundheit und Leben die innere Sicherheit und Ordnung verteidigen. Viele Polizeibeamte haben im Kampf gegen den Terrorismus ihr Leben eingesetzt. Leider haben viele dabei auch ihr Leben verloren. Wenn Polizisten jetzt erleben, wie demokratische Politiker sich öffentlich für Verhandlungen mit den Mördern ihrer Kameraden anbieten, dann müssen sie doch am Sinn ihres Dienstes zweifeln oder gar verzweifeln!

Wir dürfen nicht zulassen, daß es soweit kommt. Man muß geradezu erleichtert sein, daß die Justizminister der deutschen Bundesländer keine öffentlichen Vermittlungsmandate für Gespräche mit Terroristen erteilen und damit diesen Spuk beendeten. Aber schon die öffentliche Diskussion hat dem Anliegen der Terroristen ungeheure Aufmerksamkeit verschafft. Sie hat aber auch die Bemühungen von Justiz und Strafvollzug bei den notwendigen Gesprächen, die richtigerweise unter Ausschuß der Öffentlichkeit geführt werden, schwer beeinträchtigt . . .

Verfälschende Darstellung der Haftbedingungen — Pressemitteilung der BAW vom 4.4.89 —

Der Generalbundesanwalt teilt mit:

... In zahlreichen sog. „Solidaritätserklärungen zum Hungerstreik“ wird der Vorwurf von Sonderhaftbedingungen, Isolation, sogar von Isolationsfolter erhoben.

Isolationshaft oder sogar -folter und unmenschliche Haftbedingungen gibt es in der Bundesrepublik nicht.

Alle Inhaftierten werden vielmehr nach den gesetzlichen Vorschriften behandelt.

Zuständig für die Strafvollstreckung sind der Generalbundesanwalt, bei drei Strafgefangenen die Staatsanwaltschaften der Bundesländer, für den Vollzug von Freiheitsstrafen und den Vollzug der Untersuchungshaft die Justizbehörden der Bundesländer. Für die Anordnung von Maßnahmen im Vollzug der Untersuchungshaft ist der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes zuständig. Die jeweiligen Haftbedingungen der Gefangenen aus dem terroristischen Bereich sind entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und den Notwendigkeiten des Einzelfalles ausgerichtet. Bei den Gefangenen aus dem terroristischen Bereich besteht ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit.

16 Strafgefangene sind in Einzelhafräumen untergebracht, wie

es das Strafvollzugsgesetz grundsätzlich vorsieht. Acht Strafgefängnisse sind in Wohngruppen untergebracht; drei in Celle, drei in Lüneburg, zwei in Berlin. Diese Gefangenen haben oder hatten zumindest bis zum Beginn des Hungerstreiks die Möglichkeit des Kontakts zu Mitgefangenen, die nicht dem Terrorismusbereich zuzurechnen sind.

Von diesen Kontaktmöglichkeiten wird durchaus Gebrauch gemacht. Allerdings lehnen Gefangene aus dem terroristischen Bereich solche Kontakte auch ab und isolieren sich innerhalb der Haftanstalten selbst, indem sie jeden Umgang mit anderen Gefangenen verweigern und statt dessen auf einer Zusammenlegung mit ihren Gesinnungsgenossen bestehen. Auch eine Teilnahme am gemeinschaftlichen Aufenthalt im Freien bei Trennung von Gefangenen aus dem Terrorismusbereich wird von manchen Gefangenen nicht akzeptiert.

Die terroristischen Strafgefangenen nutzen aber die bestehenden Möglichkeiten des Kontakts mit Personen außerhalb der Anstalt in intensiver Form, sowohl durch regen Briefverkehr, durch Besuche von Angehörigen und Freunden und häufige Anwaltsbesuche . . .

Für alle Häftlinge, die dem Terrorismusbereich zuzurechnen sind — Strafgefangene wie Untersuchungsgefangene — gibt es darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten, sich über das Geschehen außerhalb der Anstalt zu unterrichten. Fast alle haben eigene Radios, manche auch Fernsehgeräte, und alle beziehen regelmäßig eine Vielzahl von Zeitschriften und Zeitungen.

Kranken Häftlingen aus dem terroristischen Bereich wird die erforderliche medizinische Betreuung zuteil. Wer ärztlicher Hilfe bedarf, wird sowohl von Medizinern innerhalb wie — wenn erforderlich — außerhalb der Anstalt den Bedürfnissen des Einzelfalles entsprechend betreut. Die Haftfähigkeit von Günter Sonnenberg, Angelika Goder, Claudia Wannersdorfer und Bernd Röbner ist — wie das Gesetz es vorschreibt — durch Ärzte festgestellt worden. Bei A. Goder und B. Röbner wird die Haftfähigkeit zur Zeit erneut überprüft.

Zusammenfassend: Der Vorwurf der Isolationshaft ist unrichtig. Solange und soweit einzelne Gefangene aus dem Terrorismusbereich grundsätzlich mögliche Kommunikationskontakte der geschilderten Art nicht wahrnehmen, beruht dies auf ihrer freien Entscheidung. Soweit die Vollstreckungs- und Vollzugsbehörden das Zusammenkommen bzw. -legen von Inhaftierten aus dem Terrorismusbereich nicht zulassen, liegt das daran, daß Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß ein solches Zusammenkommen bzw. -legen dazu benutzt würde, den Kampf aus der Zelle heraus fortzusetzen. Richtig kann nur sein, den Gefangenen zu helfen, sich aus dem Verbund ihrer terroristischen Mitgefangenen zu lösen und im Normalvollzug zusammen mit anderen Gefangenen den Weg zurück zu suchen.

Die persönlichen Verhältnisse und Haftbedingungen der Gefangenen aus dem Terrorismusbereich, um die es bei dem derzeitigen Hungerstreik geht, gestalten sich im einzelnen wie folgt: . . .

2. Karl-Heinz Dellwo (Strafhaft, Celle) . . .

1. Dellwo verfügt in seinem Haftraum u.a. über ein Radiogerät, einen Schallplattenspieler, zahlreiche Bücher und eine Schreibmaschine. Er bezieht neun Zeitungen und Zeitschriften. Ein Austausch mit den von Knut Folkerts und Lutz Tauber bezogenen Zeitungen und Zeitschriften ist gestattet. Dellwo hat täglich Bade- und Duschmöglichkeiten. Es ist ihm gestattet, eigene Kleidung zu tragen.

2. Dellwo hat täglich vier Stunden 45 Minuten, an Wochenenden und Feiertagen täglich sieben Stunden Aufschluß mit Knut Folkerts und Lutz Tauber. Während der Aufschlußzeiten kann er Folkerts und Tauber in ihren Hafträumen besuchen oder einen gemeinsamen Freizeitraum benutzen. Dieser Raum ist u.a. mit Fernsehapparat, Kühlschrank, Kochherd, Gymnastikmatte sowie ca. 200 Büchern ausgestattet. Außerdem kann Dellwo die Anstaltsbibliothek benutzen. Eine Tischtennisplatte steht ebenfalls zur Verfügung. Dellwo hat täglich eine Stunde Hofgang zusammen mit Folkerts und Tauber und eine weitere mit diesen beiden und anderen Gefangenen.

3. Dellwo hatte im Jahr 1988 folgende Außenkontakte: 94 Besuche, davon zehn Verteidigerbesuche. Er erhielt 307 und verschickte 332 Briefe.

4. Dellwo lehnte das Angebot, mit anderen Gefangenen zusam-

menzukommen, ab.

...

Bericht von Karl-Heinz Dellwo

Vor 4 Jahren war unser letzter kollektiver Hungerstreik. Er hat über 70 Tage gedauert. Am Ende wären hier in Celle beinahe zwei von 4 Gefangenen gestorben. In den anderen Bundesländern standen Rolf Heißler und Christian Klar stündlich vor dem Tod. Wir haben ihn abgebrochen, weil klar war, daß die Bundesregierung die Gelegenheit nutzen wollte, durch viele Tote die Gefangenen zu dezimieren. Seitdem hat sich überall die Situation verschärft. Wir in Celle, zwischen 11 1/2 und 14 Jahren in Isolation, sind inzwischen nur noch zu dritt. Christa Eckes hat in diesen Jahren die Isolationsmühle von Aichach, München-Stadelheim, Stammheim und die besonderen Brutalitäten in Köln-Ossendorf durchlaufen. Christian Klar ist seit 6 Jahren in Einzelisolation. Zuletzt kam der Stammheimer Knast auf den Schlich, auch noch die millimetergroßen Luftritzen an seiner Zellentür durch gummierte Stahlplatten zuzuschweißen. So ist es überall. Und alles ist bekannt. Seit 18 Jahren gibt es Isolation und Perfektionierung der Methode, und seit 18 Jahren gibt es die ständige Lüge von Bundesanwaltschaft und Justizministern, es gäbe keine Isolation. Dabei hat schon der Menschenrechtsausschuß der UNO die Bundesregierung wegen der Isolation angegriffen. Amnesty International definiert die gegen uns eingesetzte Isolation eindeutig als Folter. Wir haben sie jahrelang am eigenen Leib erfahren, wir wissen, was sie ist. Und wir haben immer dagegen gekämpft. Sonst hätten wir sie nicht überlebt.

Jetzt geht Remmers hin und redet von „Unmenschlichkeit“. Remmers aber meint nicht die Isolation, Remmers redet von unserem Hungerstreik gegen ihren Gewaltangriff. Als einer der Verantwortlichen für den weißen Terror gegen uns regt Remmers sich jetzt über unseren Hungerstreik auf und versucht, ihn öffentlich zu denunzieren. Damit sie sie weiter exekutieren können. Sie haben Zeit genug gehabt, jahrelange Zeit, um unsere Forderungen zu erfüllen, Forderungen, die außerhalb des Staatsapparats breit als legitim und notwendig erkannt sind. Sie haben die Schraube noch enger gedreht. Und dazu haben wir jetzt gesagt: Es ist Schluß, wir wollen nicht mehr, wir können nicht mehr, mit diesen brutalen Menschenrechtsverletzungen wird jetzt grundsätzlich Schluß gemacht. Und so werden wir den Streik führen. Die Angst vor ihren Repressionen haben wir schon lange verloren.

Ich bin 1978 nach Celle in den Trakt gekommen. Zuvor hatte ich in Köln gerade wieder einen Hungerstreik hinter mir, 47 Tage mit allen Brutalitäten gewaltsamer Brechungsversuche. Mir waren dort grundsätzlich andere Haftbedingungen zugesagt worden. Zuvor war ich in Normalvollzugsgebäuden 3 Jahre lang in Einzel- oder Zweierisolation. Zum Schluß 3-4 Monate in ihrem Schein-NVZ, d.h. ich kam aus meiner Isolationszelle für eine Stunde täglich mit anderen Gefangenen zum Hofgang zusammen, vorher und nachher Totalumkleidung. Während des Hofgangs liefen die Knastwärter herum und gaben per Funk für alle anwesenden Gefangenen deutlich hörbar an die Zentrale die Namen derer durch, die mit mir sprachen. Ließen sie sich davon nicht abschrecken, wurden sie selber erhöhten Repressalien unterworfen. Innerhalb dieser Zeit wurde ich drei Mal in andere Häuser verlegt. Es war eine Strategie der sozialen Aushungern, in der die sozialen Gefangenen die Staffage für die Lüge nach außen bilden sollten, es gäbe keine Isolation mehr.

Dann sind überall die Hochsicherheitstrakte gebaut worden. Nach außen mit der Begründung, daß in den Trakten niemand mehr isoliert ist und große Gruppen hergestellt werden. Die wurden zum konzentriertesten Angriff gegen uns. Mit mir kamen noch zwei andere Gefangene nach Celle. Wir sind vom ersten Tag an hermetisch voneinander isoliert worden. Wir haben uns weder gehört, wir haben uns nicht gesehen, wir wußten zu Anfang nicht einmal, daß andere noch da sind. Auf den Zellen hatten wir fast gar kein Material. Die Zellenfenster, dickes Panzerglas, waren vollständig verschlossen. An den schweren Stahltüren sind dicke Gummileisten. Von außen kamen nur schwache, diffuse Geräusche rein. Selbst wenn es stark regnete, haben wir drinnen nichts davon gehört. In den Zellen brannten 16 Stunden am Tag drei gro-

ße Neon-Röhren. Die Wände sind mattgelb, die Stahlfensterrahmen, die Decke, der Heizungskörper, die Schleifackmöbel grellweiß, die Türen innen mattgrau, ebenso das Eß-Geschirr, alles Plastik. Alles war total auf Reizentzug konzipiert. Für eine Stunde am Tag konnten wir alleine auf den kleinen, gepflasterten, von grauen Betonwänden umgebenen Trakthof, überdacht mit Drahtgitter, Bundeswehrtarnnetz und auf den Mauerkronen Doppelrollen Natodraht. 18 Schritte konnten wir an der Betonmauer entlanggehen, 4 zur Seite. Außer Frischluftzufuhr war bald kein Unterschied mehr zur Zelle feststellbar. 5 Monate dauerte dieser Zustand. Unser einziger sozialer Kontakt war der Anwaltsbesuch und eine Stunde pro Monat Privatbesuch hinter Panzerglasscheiben, jedes Wort mitnotiert von zwei LKA'lern und einem Traktbediensteten. Immer wieder unterbrochen mit willkürlich ausgesprochenen Themenverboten. Man konnte fast nichts sagen, die Besuche wurden so selber zu einer Extra-Qual. Ich habe in dieser Zeit fast meine Sprache verloren, sie ist mir selber fremd und unwirklich geworden. Bei der Stunde Besuch sind mir oft die einfachsten Worte nicht eingefallen. Auf der Zelle in der starken Geräuschisolation hatte ich ständig Pfeiftöne auf den Ohren. Mein ganzer Stoffwechsel ist durcheinandergeraten. Monatelang habe ich eine Kopfschmerztablette nach der anderen fressen müssen. Für einfache, einseitige Briefe brauchte ich manchmal zwei Tage. Und dann waren sie noch voller Fehler. Beim Zeitunglesen wußte ich am Ende eines Absatzes schließlich nicht mehr seinen ersten Satz zu Anfang. Die völlige Liquidierung von jeder menschlichen Gegenwart hat die Gedanken über die willkürlichsten Assoziationssprünge ständig tief in die Vergangenheit getrieben. Das Leben, das hier unter diesen Bedingungen gar nicht mehr existierte, war nur noch in der Fantasie als Vergangenheit existent. Hier habe ich das erste Mal wirklich sinnlich begriffen, was Isolationsfolter ist. Und daß es hier um alles geht. Noch nie zuvor hatte ich eine solche Brutalität erlebt, in der ich oft dachte, daß ich hier plötzlich einfach wegsterben werde. Manchmal hab ich es mir gewünscht. Zwischendurch kam der damalige Anstaltsarzt und hat mir offen erklärt, ich müßte mein Bewußtsein wechseln. Als ihre „Großzügigkeit“ verstand er seine Bemerkung, es müsse nicht von einem Tag auf den anderen geschehen, sondern langsam, „wie bei Mahler“. Mit niemand konnte ich drüber reden oder schreiben, außer dem Anwalt, weil der Knastapparat sofort die Schwäche mitbekommen und reingestoßen hätte. Ich habe damals alle Kräfte mobilisieren müssen, um das zu überleben. Wir haben dann drei Hungerstreiks gemacht. Den ersten führte ich noch alleine, die beiden anderen führten wir gemeinsam. Sie waren das Mittel, wo wir in einer Situation des Nicht-Lebens uns wieder als Subjekt erfuhren. Es war die einzige Möglichkeit, gegen dieses saugende Nichts Widerstand zu leisten und auf dich selbst als Mensch zurückzukommen. Und es war das Mittel, in dem wir wieder wußten, wo die anderen von uns sind. Auf die Streiks wurde erstmal wieder mit Gewalt reagiert, mit Rollkommandos aus den Zellen geschleppt, mit Gurten und Handschellen auf einen Spezialstuhl gefesselt und die Zwangsernährungsfolter. Das war alles leichter zu ertragen als die Isolation. Und über der Gewalt stand die Propaganda des Justizministeriums, mit schönen Zellenbeschreibungen, das Aufzählen von Radio und Büchern, die wir unter diesen Bedingungen gar nicht mehr lesen konnten, einfach unmöglich, nach der zweiten Seite noch die erste im Kopf zu behalten. Erst nachdem sie unseren Widerstand gewaltsam nicht brechen konnten, nachdem sie das kapierten und die Solidarität zu uns sahen, haben sie die ersten geringfügigen Veränderungen zugestanden. Nach 5 Monaten konnten wir dann zu dritt eine Stunde täglich auf dem kleinen Trakthof laufen und wurden abends in eine Zelle mit Fernseher umgeschlossenen, beobachtet durch eine Panzerglasscheibe und alles mitnotierend.

Nach drei Monaten wurde die Schraube dann wieder angedreht: Wir durften plötzlich kein Arbeitsmaterial mehr mitnehmen und wurden vor und nach dem Umschluß total durchsucht. Ein Jahr später ist der erste Gefangene entlassen worden, wir blieben zu zweit zurück. Die kleine Erleichterung des Zusammenkommens verflüchtigt sich unter diesen Bedingungen schnell. Im Februar 1981 haben wir dann erneut einen Hungerstreik gemacht, kollektiv in der ganzen BRD, weil überall die Bedingungen so oder ähnlich waren. Hier gabs daraufhin erstmal wieder brutale Gewalt: Bei einer Zwangsernährung wäre ich beinahe gestorben, weil mir ein

Teil der Flüssignahrung in die Lunge gekommen ist. Und wieder die gleiche Propaganda des Justizministeriums. Und ebenso wieder die Darstellung des Hungerstreiks als Terrormittel. Nach 74 Tagen kam vom Bundesjustizminister Schmude die Zusage, Gefangene würden zusammengelegt und keiner bliebe mehr alleine. Zuvor wurde Sigurd Debus in Hamburg durch Zwangsernährungsfolter umgebracht. Hier in Celle haben wir zusätzlich durchgesetzt, daß die Fenster geöffnet werden und wir wenigstens werktags für die Stunde Hofgang auf einem großen NVZ-Hofgang laufen können. Und daß eine Aufschlußmöglichkeit hergestellt wird. Als die Fenster offen waren, dachten wir, wir sind in einem anderen Knast, und haben stundenlang die ersten Tage nur auf der Fensterbank gesessen. Nach 2 1/2 Jahren Geräuschisolation. Als wir zu zweit die ersten Tage auf den großen Hof rauskamen, waren wir total verunsichert, so eingefressen war die kleine Traktbetonstruktur und so groß kamen uns die Dimensionen des Hofes vor. Und zum ersten Mal seit Jahren hatten wir ein Stück Gras unter unseren Füßen und ein paar Blumen und ein paar kleine Bäume vor uns. Im Trakt selber wurde ein Gitter eingebaut, ein Flügel mit 6 Zellen abgetrennt, wo wir seitdem abends von 17:00-21:45 Uhr Zellaufschluß haben. Eine Normalzelle wurde als Gemeinschaftszelle installiert. So war von vorneherein jedoch schon festgelegt, daß die Gruppe hier nie größer als 5 Gefangene sein kann. Im anderen Trakteil halten sich die Wärter auf.

Wie nach jedem Hungerstreik mit einer erkämpften Veränderung kam auch hier wieder ein Roll-Back-Versuch: Die Anstalt wollte uns auf Druck des Justizministeriums zwingen, mit zwei Neo-Nazis den Hofgang und den Aufschluß zu machen. Zynisch erklärten sie, wir könnten ja beim Hofgang in der einen Ecke laufen und die Neo-Nazis in der anderen. In der kleinen Gemeinschaftszelle sollten wir uns auf die eine Seite setzen und sie auf die andere. Wir könnten uns dann gegenseitig ignorieren. Von den zugesagten Gefangenen wäre keiner dann mehr hier hinverlegt worden. Und sie wollten es als Propaganda nach draußen haben: RAF und Neo-Nazis Hand in Hand. Wir haben es nur durch die Ankündigung verhindert, daß es zu einer Schlägerei kommt und wir wieder in den Hungerstreik treten. Da haben sie es dann gelassen.

Mit dem Hinverlegen von anderen von uns ließen sie sich nun Zeit. Nach 3 Monaten kam Knut. Die ersten zwei Tage mußte er alleine auf dem Trakthof laufen und hatte danach sehr starke Muskelschmerzen, weil er monatelang in Stammheim nicht aus der Zelle gekommen ist. Nach 8 Monaten kam Andreas Vogel aus Berlin. Nach 13 Monaten wurde Lutz aus Schwalmstadt nach Celle verlegt. Zuvor mußte er noch sehr hart dort darum kämpfen und wurde mehrfach zusammengeschlagen. Amnesty International hat sich damals gegen diese Gewalt eingeschaltet. So waren wir dann zu fünf — für ganze 5 Monate. Das ist in den heute 14 Jahren Haft für uns die größte Gruppe gewesen. Dann wurde einer nach Ablauf seiner Endstrafe entlassen, blieben 4 bis Anfang 1986, als der nächste entlassen wurde. Seitdem sind wir nur noch zu dritt.

Es gab hier nicht eine einzige Veränderung, die wir nicht mit einem Hungerstreik unter Einsatz unseres Lebens erkämpfen mußten. Alles hat sich inzwischen wieder verschlechtert. Wenn Remmers heute hingeht, um Banalitäten wie Kochplatte und Kühlschrank usw. als Luxusgegenstände und Sonderprivilegien der Öffentlichkeit zu verkaufen, obwohl das alles und noch mehr im NVZ seit Jahren Usus ist, unterschlägt er geflissentlich, daß wir auch diese Minimalitäten erst 1981 durch den langen Hungerstreik durchsetzen konnten. Wir sind wieder im Hungerstreik, sie drohen die Gewalt der Koma-Lösung an, das Ping-Pong-Spiel mit unserem Leben — und alles wird wieder von ihrer immergleichen Propagandalinie überdeckt. Gleichzeitig verbieten sie, daß wir direkt gefragt werden können: Das Interview, welches der Landesrundfunk Hannover mit uns führen wollte, hat Remmers untersagt.

So, wie es hier ist, ist es so oder so ähnlich bei allen von uns. Und bei einigen ist es noch brutaler. Ein paar von uns sind seit Jahren kaum noch aus der Zelle rausgekommen. Dreimal täglich Anstaltsfressen rein und Klappe zu und 24 Stunden Isolationsloch. Das ist die menschenverachtende Brutalität, und das ist die „Unmenschlichkeit“, die Remmers als Folterverantwortlicher im Orwell'schen Sprachgebrauch denen anhängen will, die dagegen kämpfen. Andere sind haftunfähig. Günter kann jederzeit in sei-

nem Isolationsloch an einem Epilepsieanfall sterben. Rudi Dutschke, der selber wußte, was eine Kopfverletzung ist, und sich um Günter zu kümmern versucht hat, ist daran gestorben. Claudia hat durch den Isolationsstreß im Knast zum ersten Mal Epilepsieanfälle bekommen. Bernd ist seit langem offenkundig haftunfähig. Angela muß operiert werden. Ihre Freilassung muß erkämpft werden gegen den dumpfen Haß und den schrankenlosen Vernichtungswillen der Regierungen auf Bundes- und Landesebene.

Hier haben wir jetzt gesagt: Es ist Schluß für uns. Und Schluß heißt jetzt auch Schluß. Definitiv. Wenn Remmers jetzt wieder mit der dumpf-brutal-faschistischen Koma-Lösung droht und über das Spiel mit unserem Leben und dem kalt kalkulierten Tod den Hungerstreik brechen will — na gut. Er spekuliert dabei auf die Mithilfe von Ärzten. Aber es sind nur Ärzte, die unter dem Deckmantel der medizinischen Behandlung im Dienst der Aufrechterhaltung des Folterprogramms stehen. Es wird dran nur die Maskerade zerfallen, die sie diesem Staat zum 40. Jahrestag aufgeschmiert haben. Wir werden unter allen Bedingungen an diesem Hungerstreik festhalten. Es wird außer der Zusammenlegung in eine oder zwei Gruppen mit uns keine andere Lösung geben, keine Kleingruppenlösung, keine Neuaufgabe ihres Pseudo-NVZ, nichts.

Celle, den 23.2.1989
Karl-Heinz Dellwo

Die Forderungen der Gefangenen sind legitim

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen: „Einer Zusammenlegung von terroristischen Gewalttätern, sogenannten RAF-Gefangenen — in Großgruppen stehen rechtliche Gründe nicht entgegen. Das Strafvollzugsgesetz läßt eine derartige Maßnahme zu, renommierte Kommentatoren empfehlen sie sogar. So bestimmt § 141 Strafvollzugsgesetz, daß „für den Vollzug der Freiheitsstrafe ... Haftplätze vorzusehen (sind) in verschiedenen Anstalten oder Abteilungen, in denen eine auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Gefangenen abgestimmte Behandlung gewährleistet ist“. Und § 143 StVollzG schreibt vor, daß „die Vollzugsanstalten so zu gliedern (sind), daß die Gefangenen in überschaubaren Betreuungs- und Behandlungsgruppen zusammengefaßt werden können“. Laut Kommentar Callies/Müller-Dietz soll sich die Betreuungsgruppe in Wohngruppen von jeweils 10 bis 12 Gefangenen untergliedern. Der Strafvollzugskommentar des ehemaligen niedersächsischen Justizministers Schwind spricht sogar von 13 bis 20 Gefangenen in einer Vollzugseinheit ...“ (Quelle: FR, 3.4.)

Stellungnahme der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV: „Eine Haftunterbringung ist rechtlich zulässig und zur Vermeidung einer Eskalation politisch sinnvoll.“ Ein Gruppenvollzug sei im Strafvollzugsgesetz ausdrücklich vorgesehen und stelle keinerlei Privilegierung für die Gefangenen dar. Im Grundsatz abzulehnen seien dagegen die Sonderhaftbedingungen. Sie führten zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und wären überdies resozialisierungsfeindlich. (nach: taz, 5.4.)

Presseerklärung der Strafverteidigervereinigungen — „Organisationsbüro“ (5.4.): „Die Forderungen der politischen Gefangenen im laufenden Hungerstreik nach

- Zusammenlegung als Form ertragbarer Haftbedingungen,
- freier politischer Information und Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen
- ordentlicher medizinischer Versorgung und
- Freilassung der haftunfähigen Mitgefangenen

sind vollständig berechtigt. Die Strafverteidigervereinigungen verlangen von den zuständigen Regierungen, endlich diese legitimen Forderungen zu erfüllen!

Wie bei den früheren Hungerstreiks werden die Verhältnisse von den zuständigen Regierungsvertretern wieder auf den Kopf gestellt. So wird behauptet, die Gefangenen und die, die die Forderungen der Gefangenen für berechtigt halten, wären für die Folgen des Hungerstreiks verantwortlich. Die Regierung lasse sich nicht erpressen, sie verhandele erst nach Abbruch des Hungerstreiks. Tatsächlich haben allein die Regierungen mit den seit 18 Jahren praktizierten gesetzwidrigen und unerträglichen Haftbedin-

gungen den Hungerstreik ausgelöst. Dieser Hungerstreik ist auch keine Erpressung, sondern das letzte legitime Mittel von Gefangenen. Erpressung kann man es nennen, wenn Gefangene isoliert und vor die Alternative gestellt werden: entweder Trakt oder Abschwören und gesetzmäßige Haftbedingungen.

Seit 18 Jahren wird mit gesetzwidrigen und unerträglichen Haftbedingungen wie den Isolationstrakten erfolglos versucht, die Gefangenen in ihrer Identität zu zerstören. Solche Haftbedingungen, solche Vorgehensweisen der Justiz sind einer demokratischen Gesellschaft unwürdig. Damit muß endlich Schluß sein ...“

Erklärung von Humanistischer Union, Komitee für Grundrechte und Demokratie sowie Internationaler Liga für Menschenrechte: „... Man halte uns nicht entgegen, für diese Gefangenen kämen keine besseren Vollzugsbedingungen als für andere Inhaftierte in Betracht. Wir fordern für alle Gefangenen Haftbedingungen, die mit den Grundrechten und dem noch immer unerfüllten Strafvollzugsgesetz übereinstimmen.

Die folgend genannten Konsequenzen sind nicht deshalb abzulehnen, weil sie von den Hungerstreikenden „erpreßt“ würden. Sie sollten sich vielmehr grund- und menschenrechtlich von selbst verstehen und sind nun endlich einzulösen:

- Jede/r Inhaftierte, der nicht vollzugstauglich ist, muß sofort entlassen werden. Dies trifft nach unseren Informationen zumindest auf vier der Gefangenen zu.

- Über die Haftbedingungen der Gefangenen ist öffentlich genauestens Rechenschaft abzulegen. Haftbedingungen, die die ohnehin schon bestehende Isolation in den Gefängnissen noch verschlimmern, sind zu beenden.

- Selbstverständlich muß es werden, daß den Inhaftierten freie Arztwahl, freie Information, freie Kommunikation mit nicht inhaftierten Personen ermöglicht wird. Den Gefangenen ist Gelegenheit zu geben, unter sich sowie mit Personen von außerhalb in Kontakt zu kommen, um sich über ihre persönliche, vor allem aber über ihre politische Vergangenheit und Gegenwart auseinanderzusetzen zu können.

- Angesichts der unerträglichen menschlichen und politischen Konsequenzen der aktuellen Situation sind die Gefangenen aus dem Kreis der RAF in großen Gruppen zusammenzulegen ...“ (Quelle: FR, 5.4.)

Pressemitteilung der Ärztekammer Berlin, 5.4.: „... Die Ärztekammer Berlin appellierte deshalb an die gewählten Repräsentanten unserer Stadt, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine friedliche Lösung des Problems herbeizuführen und um gesundheitliche Schäden oder den Tod dieser Mitbürger abzuwenden.

Die Ärztekammer Berlin wies die politisch Verantwortlichen auf die Folgen einer sogenannten ‚Koma-Lösung‘ hin, weil im Stadium der Bewußtlosigkeit infolge langandauernden Hungern häufig Erste Hilfe zu spät kommt. Der hinzugerufene Arzt könne dann nur noch wegen irreversibler Gesundheitsschäden leidensmindernde Maßnahmen ergreifen oder den Tod feststellen.

Die Ärztekammer Berlin unterstützt die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung in größere Gruppen, da aus medizinischer Sicht hierdurch am ehesten die Folgen von Langzeitisolation vermieden werden können ...“

Westberliner Landesdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft HBV, 8.4.: „Die Landesdelegiertenversammlung der HBV unterstützt die Forderung nach Zusammenlegung der RAF-Gefangenen in ein oder zwei interaktive Gruppen. Desgleichen muß auch für diese Gefangenen Haftverschonung bei Haftunfähigkeit gelten.

Ferner begrüßt die Landesdelegiertenversammlung Initiativen wie solche des Regierenden Bürgermeisters Momper sowie das Schreiben des Landesbezirksvorsitzenden der HBV Berlin, Manfred Müller, in dem Herrn Momper Unterstützung gegen jede weitere Scharfmacherei in dieser Angelegenheit zugesichert wird. Die mangelnde positive Resonanz von amtlicher Seite zu dieser Angelegenheit zeigt jedoch, daß das Problem durch die Einschaltung von Vermittlern nicht schnell genug gelöst werden kann. Vielmehr scheint es notwendig geworden zu sein, daß sich Verbände und Institutionen des öffentlichen Interesses verstärkt zu diesem Thema äußern.“

Kosovo

Nach der Verfassungsänderung: Anhaltender Belagerungszustand

Am 28. März trat in der jugoslawischen Teilrepublik Serbien eine neue Verfassung in Kraft. Die seit den 70er Jahren bestehenden Autonomierechte der autonomen Region Kosovo und Wojwodina sind damit wieder aufgehoben. Bereits einen Tag zuvor war es in mehreren Städten Kosovos zu den bislang härtesten Auseinandersetzungen zwischen jugoslawischen Polizei- und Militäreinheiten und demonstrierenden Kosovo-Albanern gekommen, bei denen nach amtlichen Verlautbarungen mindestens 21 Menschen, nach inoffiziellen Berichten der Kosovo-Albaner mehr als 100 Menschen ums Leben kamen. Das Kosovo gleicht seitdem noch mehr als schon in den Tagen zuvor einem riesigen Militärlager.

Folgen der Verfassungsänderung

Die von Serbien durchgesetzte Verfassungsänderung hat weitreichende Folgen. Die bisher bei den autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina liegende Kontrolle über Polizei, Justiz, Zivilschutz und die Besetzung der öffentlichen Stellen in beiden Provinzen liegt nun bei der serbischen Republik. Die öffentliche Gewalt und die Möglichkeit, Laufbahnen im öffentlichen Dienst zu fördern oder zu hemmen, wird damit künftig in beiden Provinzen von serbischen Interessen gelenkt. Gleichzeitig ist das bisherige Einspruchsrecht der beiden Provinzen gegen Änderungen der serbischen Verfassung, die ihre Rechte betreffen, aufgehoben. Das serbische Parlament kann künftig auch die noch verbliebenen Autonomierechte der beiden Provinzen aufheben, ohne daß z.B. das Provinzparlament des zu 80% von Albanern bewohnten Kosovos dagegen noch ein Vetorecht hat.

Auch die jugoslawische Zentralregierung hat der Verfassungsänderung zugestimmt. Ihre erklärte Absicht ist, die Kompetenzen kommunaler und anderer untergeordneter Staatsorgane zu schmälern. Wirtschaftliche Kontrollrechte der Kommunen und Regionen gegenüber Unternehmen sollen beseitigt werden. Damit einhergehen soll eine Zentralisation staatlicher Vollmachten bei den Teilrepubliken, womöglich gar beim Bund. Das „Handelsblatt“ zitierte Mitte März zustimmend den neuen jugoslawischen Regierungschef Markovic, der angekündigte, er wolle „jene Gesetze und Verordnungen, die die Rolle des Marktes und der Wirtschaftssubjekte (Unternehmen) verdrängen“, verringern oder ganz abschaffen. Dazu gehöre eine Überarbeitung der Gesetze über Unternehmen, Finanzmanagement und Ban-

ken. Offenbar in der Erwartung, eine Fortsetzung dieses Kurses und die damit verbundene Vertiefung der nationalen Widersprüche in Jugoslawien werde auch die imperialistischen Einmischungsmöglichkeiten erweitern, erläuterte das „Handelsblatt“ seinen geschäftlich interessierten Lesern weiter: „Die darin nicht präzise oder nicht weit genug gefaßten Vorstellungen vom Eigentum und von der gebotenen Nichteinmischung der politischen Stellen, vor allem der Gemeinden, in die Arbeit der Unternehmen würden, so nimmt man



Mehrere Hundert Kosovo-Albaner sollen bei den jüngsten Unruhen verhaftet worden sein. Die Verhaftungen dauern an. Zahlreiche Verhaftete wurden seitdem in Schnellverfahren abgeurteilt.

allgemein an, die Vorstellungen von Markovic über den künftigen gesamtjugoslawischen Markt nicht nur einengen, sondern auch die Aussichten schmälern, Jugoslawien für ausländisches Kapital attraktiv zu machen.“

Gleichzeitig mit dieser Ausdehnung marktwirtschaftlicher Elemente zu Lasten örtlicher und regionaler Kontrollrechte gegenüber Unternehmen nimmt auch der Einfluß Serbiens in der jugoslawischen Föderation zu. Am 5. Mai konstituiert sich das achtköpfige jugoslawische Staatspräsidium neu. Dort sind bisher die sechs jugoslawischen Republiken Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Slowenien, Serbien, Kroatien und Montenegro sowie die beiden autonomen Gebiete Kosovo und Wojwodina mit je einem Delegierten vertreten. Mit der Kontrolle über die beiden autonomen Gebiete ist Serbien faktisch mit mindestens drei Vertretern im Staatspräsidium vertreten. Das „Handelsblatt“ schreibt:

„Eine engere Zusammenarbeit von Serbien, Wojwodina, Kosovo, Mazedonien und Montenegro gilt dann als wahrscheinlich. In wichtigen nationalen Fragen dürfte Bosnien-Herzegowina hinzukommen. Ihr künftiger Repräsentant im Staatspräsidium wird in jedem Falle ein Serbe (zur Zeit ein Moslem und davor ein Kroat) sein.“ Auch im „Rat der Völker“, einer der fünf Kammern der jugoslawischen Bundesversammlung, die u.a. über internationale Verträge und den Bundeshaushalt beschließt sowie die Außenpolitik, nationale Verteidigung und innere Sicherheit gleichberechtigt mit einer zweiten Kammer, dem „gesellschaftlich-politischen Rat“, entscheidet, wächst das Gewicht Serbiens. Bislang entsenden alle Teilrepubliken in diesen „Rat der Völker“ je 20 Abgeordnete, die beiden autonomen Gebiete Kosovo und Wojwodina je 10. Mit der Kontrolle

über die beiden autonomen Provinzen verdoppelt sich faktisch das Stimmengewicht Serbiens in diesem Rat. Die nach 1945 unter Tito geschaffenen Reserven in der jugoslawischen Verfassung gegenüber einer serbischen Vorherrschaft in der jugoslawischen Föderation werden so Zug um Zug abgebaut.

Wirtschaftliche Interessen

Die Härte, mit der von seiten der serbischen Regierung gegenüber den berechtigten Forderungen der Kosovo-Albaner vorgegangen wird, hat aber auch direkte wirtschaftliche Gründe. Die autonome Region Kosovo ist eines der rohstoffreichsten Gebiete Jugoslawiens. Die Bleigrube in „Trepca“, eines der Zentren des Widerstands der albanischen Arbeiter in den vergangenen Wochen, ist die größte Bleigrube in Europa. Hier wird der größte Teil des jugoslawischen Bleis gefördert. Mit einer Jahresförde-

rung von 116900 Tonnen reinem Blei (1986) ist Jugoslawien größter Lieferant dieses vor allem für die Batterieproduktion, bei der Benzinproduktion und in der chemischen Industrie verwandten Rohstoffs. Daneben liegen im Kosovo noch Zink- und Chromvorkommen.

Der Belagerungszustand bleibt bestehen

Nach den heftigen Protesten der Kosovo-Albaner unmittelbar vor und nach der Änderung der serbischen Verfassung hält der Belagerungszustand im Kosovo

an. Die jugoslawische Regierung ist offenbar entschlossen, weiterhin an ihrem Kurs einer gewaltsamen Unterdrückung der Kosovo-Albaner festzuhalten. Schon spekulieren westliche Blätter auf eine wachsende Rolle des Militärs in Jugoslawien: Die jugoslawischen Streitkräfte hätten sich in letzter Zeit „zum wichtigsten Stabilisierungsfaktor auf dem Gebiet der Innenpolitik entwickelt“, meint das „Handelsblatt“. Ganze Ortschaften sind vom Militär eingekreist, Journalisten erhalten keinen Zugang zu den militärisch besetzten Gebieten. „Alle, die

auf irgendeine Weise die jüngsten Demonstrationen angeregt, dazu ermutigt, sie organisiert oder gar an ihnen teilgenommen haben, müssen die Partei verlassen“, kündigte ein Mitglied der nun proserbischen Parteiführung im Kosovo an. Insgesamt zwölf Mitglieder der KP des Kosovo sind auf einer Sondersitzung des ZK der Provinzpartei aus der Partei ausgeschlossen oder von ihren Ämtern abgesetzt worden, darunter der derzeit inhaftierte ehemalige Parteichef des Kosovo, Vlasi, Parteivorstandsmitglied Arifi und Frau Jasari, die ihren Sitz im ZK verlor. Allen drei wird vorgeworfen, zu den Organisatoren des Streiks in den Erzgruben des Kosovo zu gehören.

Am 3. April erneuerte die jugoslawische Regierung ihre Drohungen gegen Albanien. Die amtliche Nachrichtenagentur Tanjug hetzte, während Jugoslawien eine unrentable Eisenbahnlinie von Titograd nach Skadar baue, um Albanien an das internationale Eisenbahnnetz anzuschließen, hetze die albanische Regierung die Jugend im Kosovo gegen Serbien auf. Damit droht Jugoslawien nach der gewaltsamen Unterdrückung der Kosovo-Albaner nun unverblümt mit wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Albanien.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 17.3., 29.3., 3.4.; FAZ, 31.3., 4.4.; Die Welt, 29.3., 3.4. — (rül)

Hintergründe des Kosova-Konflikts

Kosova ist wirtschaftlich die rückständigste, unterentwickelteste und höchstverschuldete Region Jugoslawiens. Dabei zählt sie zu den an Rohstoffen reichsten Gegenden im Land. Der Grund für dieses Mißverhältnis ist nicht allein die wirtschaftliche Krise Jugoslawiens, die ja das ganze Land betrifft, sondern die systematische Ausbeutung und Benachteiligung der Region und des Volks von Kosova. Die Nationalitätenfrage des albanischen Volkes in Jugoslawien hat nie eine adäquate Lösung gefunden. Wenn die folgende Aussage „Ohne wirtschaftliche Gleichberechtigung kann es keine politische Gleichberechtigung geben“ von großer Bedeutung für die jugoslawische Regierung ist, dann muß hinzugefügt werden, daß es ohne politische Gleichberechtigung auch keine wirtschaftliche Gleichberechtigung geben kann. Die Parolen von „Brüderlichkeit und Einigkeit“ in der Diskussion um Sozialismus und Selbstverwaltung bleiben nur Lippenbekenntnisse. Es wird von den jugoslawischen Medien behauptet, daß die albanischen Unruhen in Kosova und anderen albanischen Gebieten Jugoslawiens überhaupt erst zum Nationalismus der Serben geführt hätten. Dann stellt sich die Frage: Warum gab es schon vor den Protesten Kosova von 1981 die massive Gewalt gegen albanische Frauen und Männer? Wozu die zahlreichen Bestrafungen und Verhaftungen?

Aufschluß darüber gibt das sogenannte „Blaue Buch“ des serbischen „Historikers“ Cubrilovic. Über das gleiche Thema hat er seine Doktorarbeit in Geschichte geschrieben. Der Titel des Buches lautet: „Die Auswanderung der sogenannten Arnauten“ (türkische Albaner). Darin wird die absurde Behauptung aufgestellt, daß es keine Albaner gebe. In dem obengenannten Buch werden Methoden vorgestellt, wie man die Albaner am wirkungsvollsten zur Auswanderung zwingen könne. Dieses Buch ist ein Geheimdokument und wird im Militärarchiv ver-

wahrt. Überall in Jugoslawien werden derartige antialbanische Werke und Flugblätter veröffentlicht, die Serbien mit großem Einfluß unterstützen. Die Unruhen Kosovas waren nie und sind auch heute nicht Auslöser des serbischen Nationalismus. Im Gegenteil. Sie sind Widerstand gegen den serbischen Terror. Die Albaner wehren sich dagegen, als Menschen dritter Klasse behandelt zu werden. Die Unruhen Kosovas werden andauern, weil nicht das albanische Volk selbst über sein Schicksal entscheidet, sondern andere, und zwar gegen den Willen des Volkes.

Die am 23. März 1989 verabschiedete Verfassungsänderung manifestiert diese Tendenz: Sie schafft die Grundlage für die aggressiven Angriffe gegen die albanische Sprache, Kultur, gegen die Universität, Wirtschaft und Justiz. Also gegen alles, was albanisch ist.

Die Albaner in Jugoslawien verlangen nur das, was andere Völker innerhalb der jugoslawischen Förderation längst an Rechten haben. Dagegen behaupten die Großserben, die Albaner wollten eine Ausgrenzung aus dem jugoslawischen Staat oder gar einen Anschluß an die Volksrepublik Albanien. Das Ziel der Albaner ist aber ein gleichberechtigtes, freies Miteinander innerhalb des Vielvölkerstaates Jugoslawien.

Die Albaner Kosovas wollen die Solidarität aller freiheits- und friedliebenden Völker Jugoslawiens mit den Forderungen:

- sofortiger Abzug von Militär und Polizei

- sofortige Beendigung des blutigen Terrors

- sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen

REPUBLIKSTATUS FÜR KOSOVA!

Allein während der letzten Unruhen in Kosova sind über 3000 albanische Arbeiter, Studenten, Professoren und politische Funktionäre verhaftet worden, die mit der Todesstrafe bedroht sind. Über 300 Demonstranten sind erschossen worden.

Quelle: *Zuschrift von in der BRD lebenden Albanern*

Zürich

Proteste gegen Wohnungspolitik

Die „NZZ“ (Neue Zürcher Zeitung) schäumte: „Gegenwärtig ist Demonstrieren und Randalieren wieder Trumpf“, empörte sich das führende Blatt der schweizer Bourgeoisie jüngst. „wobei die ... Gleichartigkeit der Argumente und der Transparente an den verschiedenen Orten der Schweiz nahelegt, dass da eine ‚Interkantonale‘ wenn nicht gar ‚Internationale der Gewalt‘ am Werke ist.“ Es geht um die seit Wochen in der ganzen Schweiz anhaltenden Proteste gegen die Wohnungsnot. Besonders in Zürich finden seit Wochen immer wieder Demonstrationen und Protestveranstaltungen statt. Wohnungssuchende haben ein Haus besetzt. Auslöser der Aktionen in Zürich ist der geplante Abriss von Altbauwohnungen, die den „Cityentwicklungs“-Plänen der Stadtverwaltung weichen sollen. Der „Finanzplatz“ soll attraktiver werden — für das Finanzkapital. Dabei hat die Wohnungsunterversorgung in Zürich heute schon besonders krasse Formen angenommen. In der Stadt gibt es derzeit einen Bestand an Leerwohnungen von 0.03%. Eine Leerwohnungsziffer zwischen 1.0 und 1.5% wäre nach Ansicht von schweizer Ökonomen nötig, um ein „normales Spiel von Angebot und Nach-

frage“ (NZZ) zu gewährleisten, ein weit höherer Prozentsatz, um menschenwürdigen Wohnraum für Leute mit wenig Geld erschwinglich zu machen. In Zürich blüht dementsprechend die Spekulation, die Mieten, insbesondere von Neubauwohnungen, erreichen schwindelerregende Höhen. „Zürich ist zum Großfinanzplatz, zum Dienstleistungszentrum verkommen. Die Banken, groß geworden durch Profite aus weltweiter Unterdrückung, gemästet durch Drogen und Waffengelder bzw. Geldwäscherei, beherrschen Zürich. Billiger Wohn- und Gewerberaum ist weitgehend zerstört“, heißt es dazu in einem Flugblatt verschiedener alternativer und linker Gruppen zur Wohnungssituation. Sie fordern von der Stadt die „sofortige Ausrufung eines allgemeinen Wohnungsnotstandes“, die Enteignung von Spekulationsobjekten, einen Stopp der Abrisspolitik.

Die Staatsmacht reagiert mit der üblichen Brutalität. Schon eine erste Demonstration im Februar wurde mit einem Gummigeschoßesinsatz der Polizei auseinandergetrieben; inzwischen sprechen die bürgerlichen Medien von den schwersten Auseinandersetzungen seit den Jugendunruhen im Jahr 1981.

Darüberhinaus wollen die Reaktionäre die Proteste offenbar nutzen, um Mieterschutzbestimmungen zu beseitigen. Die NZZ beklagt eine „krasse Verzerrung des Wohnungsmarktes als Folge von Mieterschutzbestimmungen“ und „sozialer Rücksichtnahme“ und fordert, der Mieterschutz müsse künftig soweit „in Grenzen gehalten werden“, daß er den Wohnungsbau nicht mehr lähme.

Quellenhinweis: NZZ, 9./10.4.89 — (jüg)

Guatemala

Große Streiks der Plantagenarbeiter

Die Polizeihilfe des CSU-geführten „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (BMZ) an Guatemala läuft weiter: Das BMZ-Dreijahresprogramm läuft 1989 aus, 1990 wird aus Altmitteln bezuschußt, ab 1991 werden dann Gelder aus dem Etat „Ausrüstungshilfe“ des Auswärtigen Amtes an die Nationalpolizei fließen.

Neben dieser offensichtlichen Finanzierung der Aufstandsbekämpfung wird ein Straßenbauprojekt quer durch den Regenwald der nördlichen Provinz El Peten mit mindestens 60 Mio. DM durch das BMZ gefördert. El Peten ist Operationsgebiet der FAR (Aufständische Streitkräfte), eine der vier zur Guerilla URNG zusammengeschlossenen Organisationen. Die geplante Straße sichert dem Militär bei Einsätzen eine bessere Beweglichkeit.

Die im Peten liegenden Rohstoffe machen diese „Entwicklungshilfe“ profitabel: Öl, Mineralien, tropische Regenhol-

zer. Sechs Holzhändlergesellschaften haben sich ihre Anteile am gerodeten Holz bereits gesichert, die Mahagoni- und Zedernholzbestände sind schon jetzt fast verschwunden. Die gerodeten Flächen werden für Fleischexporteure und Viehzüchter interessant: westdeutsche „Fleischexperten“ nahmen deshalb bereits im Oktober 1988 an einem Seminar des Fleischexporteurverbandes Guatemalas teil. Das Fleisch des im Peten gezüchteten Viehs wird wohl dann in der EG abgesetzt.

Die Kolonisierung des Peten, der größten und am wenigsten besiedelten Provinz, wird als Hilfsmaßnahme für landlose Bauern verkauft werden. Seit 1964 wird der südliche Peten kolonisiert, schon damals als Ventilmaßnahme gegenüber mehr als 500 000 landlosen Bauern und anstelle einer wirklichen Landreform. Die wenigen Bauern, denen das nützt, werden vorher danach ausgesucht werden, inwieweit sie bereit sind, mit der Armee gegen die FAR zusammenzuarbeiten.

Am 23. Januar begann auf den Plantagen der Südküste Guatemalas ein Streik, der Baumwollfelder, Kaffeeplantagen und Zuckerrohrplantagen der Provinzen Suchitepequez, Retalhuleu und Quetzaltenango umfaßte. Die Forderungen der Landarbeiter: Erhöhung des Mindestlohnes auf zehn Quetzal (3,70 US-\$) täglich, drei Mahlzeiten täglich, die Bereitstellung von Arbeitsgerät, das bisher von den Arbeitern bezahlt werden mußte, freie Gesundheitsversorgung und Maßnahme der geernteten Produkte ohne Betrug.

50 000 Campesinos streikten auf 26 Kaffeeplantagen. Der offizielle Mindestlohn liegt seit 1980 bei 3,20 Quetzal (1,20 US-\$). Die Vereinigung der Großgrundbesitzer (UNAGRO) forderte die Regierung auf, einzugreifen. Sämtliche Spezialeinheiten der Nationalpolizei wurden eingesetzt, kontrollierten Zufahrtswege und besetzten bestreikte Fincas und Zuckerrohrfabriken. Der Presse wurde untersagt, die Region zu betreten. Die Organisationen der Streikenden, die Bauerngewerkschaft CUC und die Arbeiterfront der Südküste, sind beide dem Dachverband UASP (Einheit für Gewerkschafts- und Massenaktionen) angeschlossen. Der UASP ist die größte Massenorganisation Guatemalas, ihr gehört der Gewerkschaftsdachverband UNSI-TRAGUA an, einzelne Betriebsgewerkschaften (z.B. Coca Cola), aber auch die Studentenvereinigung, eine Indio-, eine Menschenrechts- und eine Witwenorganisation. Guatemalas christdemokratische Regierung und die UNAGRO verweigerten zunächst Verhandlungen mit dem UASP, wegen der angeblichen „Illegalität“ des CUC. Am 21. Februar begannen die Verhandlungen dennoch, über die Ergebnisse ist jedoch noch nichts bekannt.

Quellenhinweis: ILA-Info Nr. 121, 123 — (zwk)

Türkei

ANAP verliert Kommunalwahlen

Am 26. März 1989 fanden in der Türkei Kommunalwahlen statt. Die Regierungspartei ANAP, die sich im Zusammenhang mit der Militär-Junta vom 12. September 1980 herausgebildet hat, hatte nach den Parlamentswahlen vom 29. Oktober 1987 mit 35% der Stimmen weiter regieren können. Bei den jetzigen Kommunalwahlen, an denen sieben Parteien teilgenommen haben, konnte die ANAP mit 20% der Stimmen nach der Sozialdemokratischen Partei (SHP), die stärkste Partei wurde, und der Partei des Rechten



Der Reallohn der Arbeiter ist durch die zunehmende Teuerung weiter gefallen.

Weges (DYP) unter dem früheren Premierminister Demirel, die 25% der Stimmen erhielt, nur den dritten Platz einnehmen.

Die Ausweglosigkeit der ANAP-Regierung stellte sich schon vor den Wahlen dar. Die Partei steckte von Kopf bis Fuß in Schwierigkeiten, von dem Rücktritt des Staatsministers Kaya Erdem über Flügelauseinandersetzungen bis hin zu Korruptionsfällen. Obwohl die türkischen Regierungen seit Staatsgründung der Türkischen Republik die Existenz des kurdischen Volkes als Tabu erklärten, haben die Parteien bei diesen Wahlen erstmals in der Geschichte der TR in den Städten und Provinzen Kurdistans ihre Wahlpropaganda in kurdischer Sprache durchgeführt. Damit wird deutlich, daß die türkische Regierung ihre Politik gegenüber dem „kurdischen Problem“ verändert. Dies liegt allein an der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans unter der Avantgarde der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Es zeigt sich auch, welchen Einfluß der bewaffnete Kampf in Kurdistan auf die

gesamte politische Entwicklung in der Türkei hat.

Während die oppositionellen Parteien, die jetzt bei den Wahlen die Mehrheit erzielt haben, den Rücktritt Özals fordern, äußerte sich Özal folgendermaßen dazu: „... die Wahlen vom 29. November 1987 haben uns die Ermächtigung bis 1992 erteilt“.

Im Herbst soll die Wahl des neuen Staatspräsidenten stattfinden. Juntachef Evren kann laut Verfassung nicht mehr kandidieren. Die ANAP will seinen Nachfolger stellen. Er muß dazu im Herbst die Mehrheit der Stimmen der Abgeordneten der Türkischen Nationalversammlung auf sich vereinen. Die Oppositionsparteien haben schon angekündigt, daß sie die amtierende Nationalversammlung für nicht legitimiert halten, noch den Staatspräsidenten zu wählen. Die ANAP, die in der Nationalversammlung die Mehrheit der Abgeordneten stellt, habe ihre Mehrheit bei den Wählern längst verloren, eine Wahl des Staatspräsidenten durch die jetzige Nationalversammlung habe deshalb keine Legitimation mehr. Die Nationalversammlung müsse deshalb noch vor der Wahl des Staatspräsidenten neu gewählt werden. Das lehnt die ANAP entschieden ab.

Schon in der ersten Sitzung des Parlaments nach den Kommunalwahlen kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der ANAP, denen Flügelwidersprüche zugrundelagen, bei denen ein DYP-Abgeordneter „versehentlich“ von dem ANAP-Abgeordneten I. Arian ermordet wurde.

Anhand der Kommunalwahlen stellt sich heraus, daß der bewaffnete Kampf unter der Avantgarde der PKK die türkische Regierung nun zum zweiten Mal zum „kranken Mann am Bosphorus“ gemacht hat. — (F.K.)

USA

Cherokee gedenken ihrer Vertreibung

Ende März gedachten die Cherokee ihrer Vertreibung aus dem Südosten der USA vor 150 Jahren. Bei dem von der Regierung erzwungenen Marsch nach Westen, der als „Zug der Tränen“ in die Geschichte einging, waren etwa 4000 der damals 18000 Cherokee ums Leben gekommen.

1829 war Andrew Jackson, ein alter Indianerbekämpfer, Präsident der USA geworden. In seiner ersten Botschaft an den Kongreß empfahl er, die sog. „fünf zivilisierten Stämme“ im Süden — Cherokee, Chickasaw, Choctaw, Creek und Seminole — auf das Gebiet westlich des Mississippi umzusiedeln. Sie hielten an ihren Gebieten (Teilen von Kentucky, Georgia, Alabama und Florida) entschlie-

den fest; die Cherokee, die sich aus zahlreichen Kriegen gegen die US-Expansion herausgehalten hatten im Vertrauen auf Garantien der USA, betrieben vor allem Ackerbau. Am 28. Mai 1830 wurde Jacksons Empfehlung Gesetz. Die Cherokee machten verschiedene schriftliche Eingaben, um die Umsiedlung zu verhindern. So heißt es in einer Eingabe von 1836:

„Wenn die Cherokee die Macht haben, nach ihren eigenen Interessen zu urteilen und Verträge zu schließen, was, wie wir voraussetzen, von niemandem gelehnt wird, dann muß, damit ein Vertrag gültig wird, die Zustimmung der Mehrheit der Cherokee vorhanden sein, die von ihr selbst oder den dazu bestimmten Vertretern ausgedrückt wird. Der Präsident und der Senat haben nicht die Macht, zu bestimmen, was der Wille der Mehrheit sein soll.“ U.a. griffen sie auch an, daß der Staat Georgia den Cherokee verboten hatte, nach dem Gold, das auf ihrem Land gefunden wurde, zu graben.

Die Armee erzwang ab Mai 1838 mit 7000 Soldaten die Umsiedlung. Einige Cherokee wurden per Schiff transportiert, die meisten mußten laufen. Viele starben an Hunger, Erschöpfung, Entbehrung und durch Krankheiten. Im März 1839 wurde die Umsiedlung nach Oklahoma abgeschlossen.

Die heutigen Vertreter der Cherokee haben erst nach einigem Zögern beschlossen, den Jahrestag der Umsiedlung zu begehen. „Aber ich glaube, es ist gut für uns, auf die Geschichte zurückzublicken und unseren Vorfahren Respekt zu erweisen“, sagte die Vorsitzende der Cherokee-Nation, Wilma Mankiller, in Tahlequah, der Hauptstadt des Reservats im Nordosten von Oklahoma. Die Regierung der Cherokee ist heute vor allem mit Erziehung, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsbeschaffung befaßt. Die Cherokee betreiben mehrere Industrieanlagen und einen großen Landwirtschaftsbetrieb.

Quelle: FAZ 29.3.89; Claus Biegert, Die Wunden der Freiheit, dtv — (mfr)

Südafrika

Internationale Kampagnen und Boykott gegen die Shell-Gruppe

Die Royal Dutch/Shell-Gruppe ist nach General Motors das größte Unternehmen der Welt. Shell hatte 1987 einen Umsatz von 78,3 Milliarden Dollar und einen Profit von 4,7 Milliarden Dollar (Fortune vom 1.8.88). Unterabteilungen von Shell sind selbständig, aber ganz im multinationalen Unternehmen eingegliedert. Das gilt auch für Shell in Südafrika (Shell S.A.), das in der südafrikanischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielt: - Shell S.A. hat etwa 2500 Beschäftigte

(49% Weiße), zusammen mit den Tochtergesellschaften ca. 8000.

- Shell ist Südafrikas größte Ölgesellschaft, laut der regierungsfreundlichen Johannesburg-Zeitung „The Citizen“ und hat einen Jahresumsatz von ca. 3 Milliarden Rand. Im Vergleich dazu Mercedes of South Africa mit einem Jahresumsatz von 1,3 Mrd Rand (1987).

- Offiziell liefert Royal Dutch/Shell kein Rohöl an Shell S.A. Das glaubt aber niemand. Den Beschäftigten ist bei Strafe



Protest in Norwegen: Für den vollständigen Boykott von Südafrika!



Die 200 000 Beschäftigten in den Krankenhäusern der Niederlande bereiten einen Streik für die Durchsetzung ihrer Lohnforderungen vor. Ihre Gewerkschaft AbvaKabo verlangt eine Lohnerhöhung von 5%. Die Regierung Lubbers hat bisher nur eine Lohnerhöhung von 0,75% angeboten. Seit 1980 sind die Löhne der Krankenhausbeschäftigten nach Schätzungen der Gewerkschaft um ca. 12% gefallen. Am 15. März führten tausende von Krankenhausbeschäftigten in Den Haag eine Protestdemonstration gegen das Angebot der Regierung durch (Bild). Am 6. April besetzten Beschäftigte die Verwaltungsgebäude mehrerer Krankenhäuser. Für diese Woche hat die Gewerkschaft eine Ausweitung der Aktionen angekündigt, mehrere Krankenhäuser würden auf „Sonntagsdienst“ umstellen müssen. — (rül)

Norwegen: Gesetzlicher Lohnstopp

Ein Lohnkontrollgesetz verbietet in Norwegen, daß die Löhne 1989 um mehr als 4 % steigen. Das „Lohngesetz“ gilt schon im zweiten Jahr. Im Parlament hatte es die sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsidentin Brundtland zusammen mit den bürgerlichen Parteien 1988 verabschiedet. Lokale Lohnverhandlungen sind verboten. 1988 war die Vorgabe eine Krone (27 Pfennig) mehr pro Stunde für alle. Die Preise stiegen um 6,7 %, die Löhne um 3,5 %. Der Gewerkschaftsbund Lo unterstützt das Lohngesetz wegen der Verteidigung der norwegischen „Wettbewerbsfähigkeit“. Der Niedergang der Kaufkraft ist inzwischen der größte in der Nach-

kriegszeit, im öffentlichen Dienst führte dies zur schlimmsten Lohnsenkung seit 50 Jahren. — (ros)

WEU: Vorbereitungen auf Beitritt der Türkei

Die WEU bereitet den Beitritt der Türkei vor. Auf ihrer Frühjahrstagung in London Anfang April berieten die Außen- und Verteidigungsminister der WEU über die Beitrittsanträge der Türkei und Griechenlands. Im November 1988 hatte die WEU einen Bericht verabschiedet, der den kurdischen Befreiungskampf untersuchte und offenkundig verärgert zu dem Schluß kam, „die Kurden (würden) ... auch in Zukunft ein Faktor für die Instabilität in dieser Region“ darstellen. — (rül)

Österreich: SPÖ für Beitritt

Nachdem die christdemokratische ÖVP und die rechtsliberale FPÖ sich bereits seit Monaten vehement für einen EG-Beitritt Österreichs einsetzen, hat sich nun auch die SPÖ offiziell für einen Beitritt Österreichs in die EG ausgesprochen. Am 4. April billigte der SPÖ-Parteivorstand ein „Grundsatzpapier“, das einen österreichischen Beitritt zur EG befürwortet. Zu dem damit eingeleiteten förmlichen Bruch des österreichischen Staatsvertrags, der jedes Bündnis mit der BRD ausdrücklich verbietet, heißt es in dem Papier: „Die SPÖ ist sich bewußt, daß Wahrung der Neutralität und Mitgliedschaft nicht unmittelbar vereinbar sind. Sie geht jedoch davon aus, daß sie mit dem entsprechenden politischen Willen seitens der EG vereinbar gemacht werden können. Die sozialistische Partei ... würde es auch nicht akzeptieren, wenn ein engeres Zusammenwirken im Kreis der westeuropäischen Staaten um den Preis neuer und zusätzlicher Barrieren gegenüber anderen Staaten erkaufte werden müßte ...“ Das ist kein Vorbehalt, wie es in der bürgerlichen Presse teilweise beschrieben wird, gegen eine Einbindung Österreichs in die EG, sondern eine Betonung des eigenen Beitrags zur Expansion nach Osten: Die österreichischen Einflüsse und Verbindungen in die Staaten Ost- und Südosteuropas sollen durch den EG-Beitritt nicht geschwächt, sondern verstärkt werden. Mit dem Beschluß der SPÖ ist ein förmlicher Beitrittsantrag Österreichs noch in diesem Sommer möglich. Konkrete Verhandlungen über die Modalitäten würden dann wahrscheinlich unmittelbar nach Verwirklichung des „Binnenmarktes“, d.h. ab 1992 beginnen. — (rül)

mand. Den Beschäftigten ist bei Strafe verboten, darüber zu reden, woher das Öl kommt (Royal Dutch/Shell-Präsident Lo van Wachem zu „Shell World“, April/Mai 86). Das Strafmaß geht bis 17 Jahre.

- Laut Pretoria nahm Shell zu Beginn der 80er Jahre ca. 200 Millionen Dollar für Öllieferungen nach Südafrika ein.
- Shell beherrscht mindestens 18% des Benzinmarktes in Südafrika mittels ihrer mehr als 800 Tankstellen.
- Shell gehören 50% der Öltraffinerie SAPREF in Durban mit einer Kapazität von 200 000 Fässern/Tag. BP gehört die andere Hälfte.
- Shell liefert Öl, Benzin, Methanol und andere Produkte an das südafrikanische Militär (SADF) — 800 000 Liter/Tag.
- Shell ist zu 50% Eigentümer an den Kohlegruben in Rietspruit in Transvaal. Jährliche Produktion: Über fünf Millionen Tonnen Kohle. Dort unterhält Shell

einen eigenen brutalen Werkschutz. Arbeiter wurden mit Füßen getreten, weil sie sich in der NUM organisiert hatten.

- Shell ist mit 15% am Umschlagsplatz für den Kohleexport in Richards Bay beteiligt. Kohle ist nach Gold Südafrikas wichtigste Exportware.

- Seit 1986 ist Shell an Waldnutzungsprojekten in Zululand und Nord-Natal interessiert.

Die Shell-Gruppe versucht immer wieder den Eindruck zu erwecken, als sei Shell/Südafrika ein eigenes Unternehmen, das selbstständige Entscheidungen treffe. Aber die Verbindung mit der Royal Dutch/Shell-Gruppe ist erwiesen. So wird die Personalbesetzung in der Leitung von Shell S.A. in Den Haag entschieden. Der neue Verwaltungsdirektor bei Shell S.A. seit Ende 88, John Kilroe, war vier Jahre in der Hauptverwaltung in Den Haag als Direktor tätig.

Gegen die Unterstützung des Apartheidregimes und seines Unterdrückungs-

apparates durch Shell gibt es Proteste und Boykottmaßnahmen. Shell wird aufgefordert, sich vollständig aus Südafrika zurückzuziehen. Einige Beispiele dieser weltweiten Kampagnen:

Niederlande

Der Präsident von Shell Niederlande, H. Hooykaas, hat Den Haag gewarnt, Shell zu boykottieren, nachdem die Stadt 1986 zur „Antipartheid-Stadt“ erklärt wurde. Die Royal Dutch Petroleum Co. hat ihren Sitz in Den Haag.

Im Oktober 88 legte eine Gutachtergruppe einen Bericht vor, wie Den Haag seine Verbindungen mit dem Unternehmen reduzieren könne, um Wirkung auf Südafrika zu erzielen. Laut Hooykaas wird die Initiative gegen die Royal Dutch/Shell-Gruppe „ernste Konsequenzen für das Verhältnis zwischen dem Unternehmen und der Stadt haben“. Shell hat ca. 2 500 Beschäftigte in Den Haag.

Letztes Jahr haben zwei niederlän-

ETA beendet Waffenstillstand

Die baskische Befreiungsorganisation ETA hat ihre Aktionen gegen die spanische Kolonialmacht nach einem mehrwöchigen Waffenstillstand wieder aufgenommen. Nachdem der spanische Innenminister erklärt hatte, daß seine Regierung keiner Forderung des baskischen Befreiungskampfes nachgeben will, hatte die ETA die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes angekündigt. Am 9.4. explodierten an einer Bahnlinie fünf Bomben und zerstörten Oberleitungen und ein Trafo-Haus. — (rül)

USA: 500 000 für legale Abtreibung

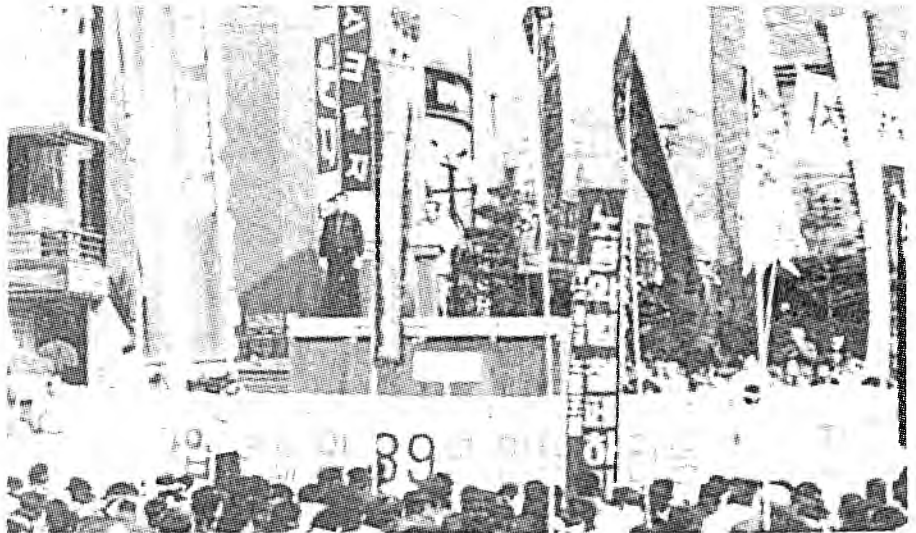
Über 500 000 Menschen demonstrierten am 9.4. gegen die Versuche der Reaktion, das Recht auf legalen Schwangerschaftsabbruch weiter einzuschränken. In zwei Wochen berät das Oberste Gericht der USA über einen Fall, der von der Reaktion eingebracht worden ist mit dem Ziel, die veränderte Mehrheit im Obersten Gericht zu nutzen, um das Urteil von 1973 aufzuheben, das den Schwangerschaftsabbruch legalisierte. Die Bush-Regierung unterstützt dieses Vorhaben mit allen Mitteln. Die Medien haben seit Jahren die Gegner der Abtreibung, die sogenannten Lebensschützer, zu einer angeblichen Mehrheit hochgejubelt und deren Argumentation vertreten, daß Abtreibung Mord sei. Auf der Demonstration wurde hauptsächlich die Forderung für das Recht der Frauen nach Selbstbestimmung vertreten. Eine andere Forderung war die nach Beibehaltung des Rechts auf legalen Schwangerschaftsabbruch, gegen den Rückfall in die Zeit, wo viele Frauen an den Folgen von illegalen Abtreibungen starben. Die dritte Hauptforderung war für die

Durchsetzung des Verfassungszusatzes über die Gleichberechtigung der Frauen. Mehrere Mitglieder der US-Senats und eine Reihe von Abgeordneten des Repräsentantenhauses unterstützten diese Forderungen in kurzen Reden. — (her, ger)

Korsika: Streiks dauern an

Die 23 000 korsischen Lohnabhängigen setzen ihre Streiks und Protestaktionen gegen die niedrigen Löhne auf der von Frankreich besetzten Insel fort. Ende März lehnten die korsischen Gewerk-

schaften eine erneute Aufforderung der französischen Regierung zum Abbruch der inzwischen sieben Wochen andauernden Streikbewegung ab und beharrten auf ihrer Forderung nach 300 DM Lohnanhebung für alle. Die Lebenshaltungskosten auf Korsika sind höher als in jedem anderen Gebiet in Frankreich. Trotzdem will die Regierung nicht nachgeben. Anfang April demonstrierten 10 000 Korsen in Bastia zur Unterstützung der Streikenden. Besorgt registrierte die bürgerliche Presse dabei auch zahlreiche Fahnen der korsischen Unabhängigkeitsbewegung FLNC. — (rül)



Mit starken Polizeikräften hat die südkoreanische Regierung am 30.03.89 versucht, einen seit 109 Tagen dauernden Streik bei der größten Schiffswerft des Landes, Hyundai Heavy Industries, in Ulsan zu brechen. Die Streikenden verlangen die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschaftsführer, Gehaltserhöhungen und die 44-Stundenwoche (bisher 48 Stunden). Der Streik hat eine landesweite wirtschaftliche und politische Krise ausgelöst. Ganze Industriezweige sind gelähmt und Lieferverträge der südkoreanischen Autoindustrie für US-Exporte werden nicht eingehalten. Die organisierte Arbeiterschaft hat mit dem Hyundai-Konzern das größte Unternehmen im Land ausgesucht, um hier Maßstäbe für die Gewährung von kürzerer Arbeitszeit, besseren Sozialleistungen und höheren Löhnen zu setzen. Auf dem Transparent steht: „Metallarbeiter kämpfen vereint gegen Unterdrückung.“ — (ros)

dische Städte ihre Verträge mit Shell beendet. Im Juli wechselte Heerlen die Ölgesellschaft, und am 1. Dezember beschloß Nijmegen, daß die öffentlichen Kraftwagen nicht mehr an Shell-Tankstellen tanken sollten.

Die niederländische Antiapartheidgruppe „Shell uit Zuid-Afrika“ bereitet eine drei Tage dauernde Blockade des Shell-Laboratoriums in Amsterdam vom 19.-21. April 89 vor. Das Laboratorium hat zentrale Bedeutung im Austausch von Technologie und Know-how für Shell S.A. und unterstützt damit Südafrika in seinem Bestreben, die Wirkungen des Ölboykotts zu dämpfen. Die meisten Shell S.A.-Patente sind im Amsterdamer Laboratorium entwickelt worden, das im übrigen auch Wissenschaftler für Shell S.A. weiterbildet.

Finnland

Im Oktober 1988 beendeten die finnischen Städte Turku und Savonlinna ihre

Verträge mit Shell. Diese waren umgerechnet ca. 3 und 4 Millionen DM wert.

Die finnische Kirche mit Erzbischof Vickström bat Shell, sich aus Südafrika zurückzuziehen. Sie will in einem Gespräch mit Shell Finnland erklären, daß sie den Boykott unterstützt.

USA

Boston in Massachusetts beschloß am 13.12.88 — als erste Stadt der USA — alle Shell-Produkte zu boykottieren. „Keine Einzelperson, keine Kampagne, keine andere Regierung als die südafrikanische kann die Apartheid beenden. Aber wenn wir die Möglichkeit haben, uns anderen anzuschließen, um unsere Empörung in organisierter Weise auszudrücken, müssen wir sie ergreifen.“ (Bürgermeister Raymond Flynn)

Es wird erwartet, daß andere US-amerikanischen Städte dem Beispiel von Boston folgen, u.a. die Universitätsstadt Berkeley in Kalifornien. Von dort soll

eine Initiative ausgehen, die darauf abzielt, daß alle amerikanischen Universitäten ihre Investitionen aus Unternehmen zurückziehen, die in Südafrika tätig sind.

Verschiedene amerikanische Kirchengemeinschaften schlossen sich dem Shell-Boykott an, unter anderem die Methodistische Kirche mit 9,8 Millionen Mitgliedern.

Nigeria

Das nigerianische Nationalkomitee gegen Apartheid beschloß während der internationalen Antiapartheidkonferenz in Lagos, sich dem Shell-Boykott anzuschließen. Das Komitee berät nun konkrete Maßnahmen gegen Shell, der größten Ölgesellschaft in Nigeria. Shell Nigeria ist „eine der aufwärtsstrebendsten Teile der Gruppe in der ganzen Welt“, laut Rick Waghorn in „Shell World“. Dezember 1988.

Quelle: Dieser Bericht ist der norwegischen Zeitschrift „Klassekampen“ vom 4.2.89 ent-

Veröffentlichungen

iwd begrüßt die Änderungen in der Volksrepublik China

Der vom BDI gesteuerte „Informationsdienst der deutschen Wirtschaft (iwd)“ veröffentlichte in der Nr. 13 einen Aufsatz zur wirtschaftlichen Entwicklung in der VR China unter der Überschrift „Die Selbständigen kommen“:

„In der Volksrepublik China zeichnet sich eine stille Revolution ab: Die Privatwirtschaft, die aus ideologischen Gründen in den fünfziger Jahren systematisch abgeschafft und in den sechziger Jahren als nachwachsender ‚kapitalistischer Schwanz‘ immer wieder zurechtgestutzt wurde, kann sich mit dem Reformkurs besser entfalten. Die Selbständigen sind im Vormarsch, obwohl immer noch viele Steine auf ihrem Weg liegen. So erwecken Privatbetriebe unter der Bevölkerung auch heute negative Assoziationen.“

Um die — ihrer Meinung nach — letzten ideologischen Bedenken innerhalb der Bevölkerung gegen die weitere Ausdehnung der privatwirtschaftlichen Marktstrukturen auszuräumen, schlagen die westdeutschen Imperialisten konkrete — materiell noch mehr anreizende — Maßnahmen vor: Verringerung des Höchstsatzes der Einkommenssteuer, der im Moment bei 84 Prozent liegt; Anhebung der Einkommen der „Staatsbediensteten“, um die größer werdende Differenz einzuengen. „Damit ist eine tragfähige Politik des Staates gegenüber den Privaten geboten. Nach vielen Wechselbädern gibt es hier gewisse Zeichen der Ermutigung. So hat der Volkskongreß im vergangenen Jahr die Verfassung geändert, damit Privatwirtschaft erlaubt, und das Privateigentum unter Schutz gestellt.“

Quelle: iwd Nr. 13, 30. März 1989 — (mal)

„Eingruppierung unter der Lupe“

Der IG Metall-Vorstand hat als einen Schwerpunkt zur Vorbereitung gemeinsamer Entgelttarifverträge in den 90er Jahren beschlossen, die „Lohngruppen zu beseitigen, die sich von anderen Lohngruppen allein durch ‚leichtere‘ körperliche Arbeit oder durch ‚geringere‘ Belastung der Muskeln unterscheiden. Parallel dazu gilt es in allen Tarifgebieten, betriebliche Höhergruppierungsaktionen insbesondere für die unteren Lohngruppen fortzuführen oder zu verstärken.“

Die Broschüre ist als „Handlungshilfe für Vertrauensleute und Betriebsräte“ bestimmt. Sie enthält auf 50 DIN A4-Seiten Daten und Fakten zur Frauenentlohnung, nennt aktuelle Urteile, die die Gleichsetzung „wenig Muskelaufwand = leichte Arbeit“ als Frauendiskrimi-

nierung brandmarken.

Das Bundesarbeitsgericht revidiert frühere Urteile, die die pure Muskelkraft gemessen in Energieumsatz als Kennzeichen für die Schwere der Arbeit festgeschrieben. Belastung sind „alle Umstände . . ., die auf den Menschen belastend einwirken und zu körperlichen Reaktionen führen können . . . ausschließlich stehende Tätigkeit, notwendige Körperhaltung, repetitive Arbeit, nervliche Belastungen und Lärmeinwirkung.“

Welche Belastungen treten an typischen Frauenarbeitsplätzen, die mit den Leichtlohngruppen bewertet sind, auf? Wie kann Belastung erkannt, wie muß sie bewertet werden?

Die Broschüre enthält Hilfen, die Anlernzeit richtig einzuschätzen. „Die Unternehmer benutzen den Trick, daß sie die lange Erfahrung vieler Kolleginnen ausnutzen, die sie bei ähnlichen Arbeiten



Die Arbeit von Frauen wird schlecht entlohnt und ist überwiegend anstrengend.

gewonnen haben. Beim Wechsel der Arbeit können sie dann die Arbeit sehr schnell erlernen . . . Der Betriebsrat sollte sich immer fragen: ‚Wie lange ist die Einarbeitungszeit für eine Kollegin, die noch nie in diesem oder einem ähnlichen Betrieb gearbeitet hat, um alle Arbeiten so auszuführen, wie sie erwartet werden?‘ Auch bei angeblich einfachen Arbeiten sind das meistens mehrere Wochen.“

Erfolgreiche Beispiele, die Lohngruppe 2 zu leeren, werden genannt. Die Broschüre gibt Anleitung, wie Untersuchungen im Betrieb durchgeführt werden können, wie Fragebögen, Flugblätter usw. aussehen könnten. Mögliche Vorgehensweisen des Betriebsrats und Aktionspläne zur Mobilisierung der Belegschaften werden vorgestellt.

Die Broschüre zielt hauptsächlich darauf ab, die Lohngruppe 2 abzuschieben, sie kann aber gut genutzt werden für alle Höhergruppierungsaktionen unterhalb der Ecklohngruppe. — (sah)

Wenig Mitbestimmung bei Einführung neuer Technologien

Joachim Hellmann, Doktor am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hannover, nahm Stellung zu Mitbestimmungsproblemen beim Einsatz neuer Technologien: „Nach den Rationalisierungserfolgen durch Mechanisierung und Automation rücken zunehmend organisatorische Umstrukturierungen sowie die Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Informationen in den Mittelpunkt betrieblichen Interesses.“ Er beschreibt die Vernetzung verschiedener Computersysteme, die bisherige Trennungen von betriebswirtschaftlichen und technischen Bereichen beenden. Hellmann wirft den Kapitalisten vor, eine „flexible Arbeitsorganisation“, die in einer computerintegrierten Fertigung (CIM) ohne Probleme anzuwenden sei, „um dem Arbeitnehmer ausgewogene Beanspruchung, Anforderungsvielfalt, Kooperations- und Lernmöglichkeiten, weitgehende Autonomie und die Entfaltung seiner Persönlichkeit zu gewährleisten“, nicht einführen zu wollen: „Jedenfalls zur Zeit herrscht das Interesse an einer strukturalistischen Arbeitsorganisation vor . . . Die Trennung von Planung und Ausführung . . . verspricht ein höheres Maß an Transparenz und Kontrolle . . .“

Und der sogenannten Qualifizierungsoffensive hält der Autor entgegen: „Die computerintegrierte Fertigung bringt den Arbeitnehmern daher nicht die erhoffte Aufwertung ihrer Arbeitsplätze, sondern eher eine neue Qualität der Kontrolle.“ Der Jurist beschreibt ausführlich die für Betriebsräte unkontrollierbaren und kaum zu beeinflussenden Auswirkungen der Just-in-time-Produktion. Die Lagerhaltung wird auf ein Minimum reduziert, Zulieferbetriebe geraten in immer größere Abhängigkeit der Konzerne, die Flexibilisierung und Intensivierung wird forciert. „Die rasante technologische Entwicklung . . . Flexibilisierungen, Unternehmenskonzentrationen . . . erweisen das BetrVG 1972 als ein ‚Schönwettergesetz‘ . . . (Betriebsräte) halten daher eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für unverzichtbar . . . Das geänderte Betriebsverfassungsgesetz enthält in dieser Hinsicht demgegenüber praktisch keine Verbesserung der jetzigen Rechtslage . . . lediglich solche Unterrichts- und Beratungsrechte bei technologischen Innovationen eingeräumt, die von der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung bereits anerkannt waren . . . Die Neufassung ist kein Fortschritt. Sie unterstreicht vielmehr das Entscheidungsverrecht der Arbeitgeber . . .“

Die Argumentationen von Dr. Hellmann stellen wichtige Anliegen der Belegschaften, die in dieser Deutlichkeit noch nicht von einem Arbeitsrechtler formuliert wurden, in einen besseren Diskussionszusammenhang mit anderen Forderungen, die Probleme neuer Tech-

nologien betreffen: „... Würden Rechtspositionen dieser Qualität Gesetz werden, so käme es mit Sicherheit zu Auseinandersetzungen darum, ob nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln und die wirtschaftliche Handlungsfreiheit der Arbeitgeber nun endgültig in Gefahr seien.“

Quellenhinweis: Joachim Hellmann, Defizite betrieblicher Mitbestimmung bei computergestützter Fertigung (CIM) und Just-in-time-Produktion, WSI-Mitteilungen 2/89 — (mal)

„Aussiedler“: Bundeszentrale bringt Lehrer auf Kurs

Bereits das Titelblatt der Ausgabe der „Informationen zur politischen Bildung“ zum Thema „Aussiedler“, die an die Gemeinschaftskundelehrer verschickt wurde, assoziiert beim Leser eine angeblich drohende Aussiedlerschwemme: drei größer werdende Pfeile aus der VR Polen, der CSSR und Rumänien, die die Aussiedlerströme symbolisieren. Ein beherrschender Kartenteil im Inneren bezeichnet — bisher einmalig in revanchistischen Kartenwerken — das rumänische Staatsgebiet als „geschlossenen deutschen Siedlungsboden“.

Sind auf der Karte „Ehemalige und heutige Siedlungsgebiete der Deutschen in der Sowjetunion“ sieben verschiedene „autonome Gebiete“ der Deutschen eingezeichnet, die die direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR nahelegen, so wird an anderer Stelle die Nichtexistenz von „Volksgruppenrechten für Deutsche“ bemängelt.

Im Rahmen der neuen Politik der UdSSR werden jedoch Fortschritte in dieser Richtung festgestellt:

„Im Zeichen von Perestrojka und Glasnost ist die Debatte um die Autonomie der Deutschen verstärkt wieder in Gang gekommen. Nach einer Meldung der Zeitung der Deutschen in der Sowjetunion ‚Neues Leben‘ hat eine Delegation der Rußlanddeutschen in Moskau um die Wiederherstellung der Autonomie Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) der Wolgadeutschen ersucht. Eine solche Autonomie wird als Alternative zu der Aussiedlung angesehen.“ Die Forderung nach Minderheitenrechten verbunden mit Kulturchauvinismus erscheint dann als Bereicherung für die UdSSR, „da die Deutschen dank ihrem Fleiß einen Lebensstandard erreicht haben, der in der Regel über dem Durchschnitt ihrer Umgebung liegt ...“

Als unverbindliches Thema für den Unterricht wird vorgeschlagen: „Ordnungspolitische, soziokulturelle und wirtschaftliche Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker in multikulturellen Gesellschaften: Unter welchen Bedingungen wäre den Angehörigen deutscher Volksgruppen in Polen, der Sowjetunion und Rumänien zuzumuten, daß sie dort bleiben?“ — (VF/c., mal)

BRD „führend“ bei Schichtarbeit

Anfrage der Grünen wird von der Bundesregierung beantwortet

Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit eines der Länder mit der meisten Nacht- und Schichtarbeit und den höchsten wöchentlichen Maschinenlaufzeiten. Das mußte die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen im Bundestag zugeben. Die OECD veröffentlichte 1986 eine Studie, nach der schon 1975 18 Prozent aller Lohnabhängigen in der BRD in Schicht arbeiteten. Die durchschnittliche wöchentliche Maschinenlaufzeit betrug im verarbeitenden Gewerbe 60,6 Stunden. Antwort und Anfrage enthalten nützliches Material und Hinweise für die Diskussion um Nacht- und Schichtarbeit und auch dazu, wie die Regierung ihre Flexi-Politik zu verteidigen sucht. Im folgenden Dokumente und Zitate aus beiden Papieren.

Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN: Gesundheitliche, familiäre und soziale Auswirkungen der Schichtarbeit. Aus der Einleitung: „... Dem unternehmerischen Willen nach mehr Flexibilität trägt die Bundesregierung vor allem Rechnung durch ihren Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes ... Konkret bedeutet dieser ‚sachgerechte und effektivere Arbeitszeitschutz‘ das mögliche Zurück zum 10-Stunden-Tag und zur 60-Stunden-Woche und die weitere Durchlöcherung des Arbeitsverbotes an Sonn- und Feiertagen. Bei der geplanten Auflockerung des Nachtarbeitsverbotes für Arbeiterinnen ist es ausgerechnet der Gleichstellungsgedanke, der zur Begründung für die partielle Abschaffung dieses Arbeitsschutzgesetzes herangezogen wird; dabei zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, daß gerade Frauen, die

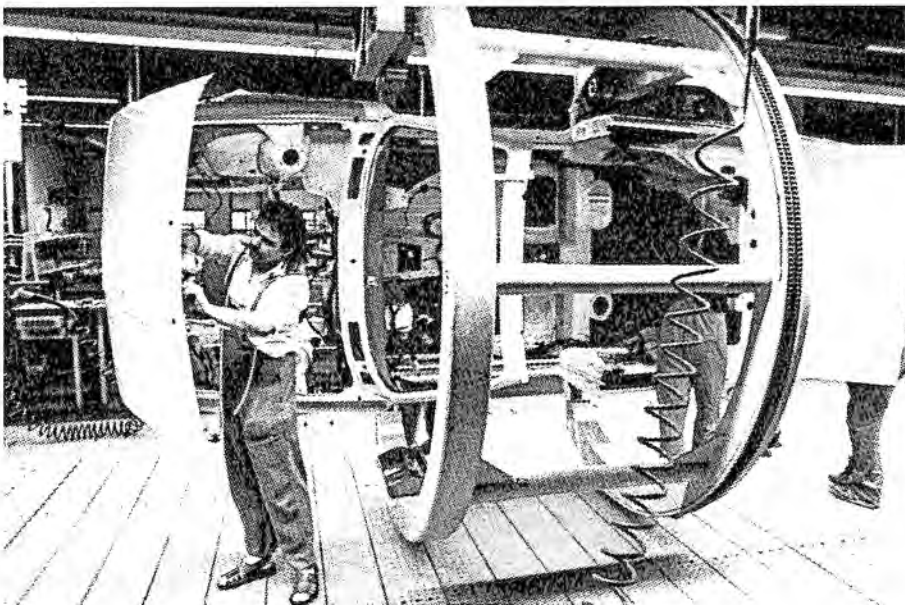
nachts arbeiten ... chronischer Erschöpfung und Gesundheitsgefährdung in besonderem Maße ausgesetzt sind.“

In der Vorbemerkung der Antwort der Bundesregierung steht zu lesen: „... Solange eine Volkswirtschaft sich in einer weltweiten Wettbewerbswirtschaft bewegt und der Dienstleistungssektor sich weiter ausdehnt, wird Schichtarbeit unverzichtbar sein. Dies ist keineswegs eine Frage der ‚Systeme‘ ... Hierbei ist zu berücksichtigen, daß dort (in der Sowjetunion und in der DDR, d. Red.) bereits heute sowohl bei Frauen als auch bei den Männern ein erheblich höherer Schichtarbeitsanteil besteht.“ Vergleiche mit westlichen Ländern zieht das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nicht im Vorwort heran. Hier liegt die Bundesrepublik nämlich an einsamer Spitze. „... Die von der Bundesregierung grundsätzlich begrüßte Flexibilisierung kann also durchaus die Voraussetzungen für einen Interessenausgleich darstellen; daß hierbei essentielle Schutzbedürfnisse der Arbeitnehmer gewahrt werden müssen, versteht sich von selbst.“ Von selbst vielleicht, von Blüm werden sie ignoriert. Ein wesentliches Schutzbedürfnis ist das Nachtarbeitsverbot für Frauen!

Die 48 Fragen der Fraktion der Grünen sind in sechs Gliederungsabschnitte unterteilt. Sie und die Antworten können nur in Auszügen dargestellt werden:

„I. Umfang und Verteilung der Schicht- und Nachtarbeit in der Bundesrepublik Deutschland

... Im Jahre 1975 haben rd. 4.0 Mio. abhängig Erwerbstätige zumindest teil-



BMW-Produktion im Werk Regensburg: Nacht- und Schichtarbeit werden permanent ausgedehnt, die Gesundheit der Arbeiter überdurchschnittlich ruiniert.

weise in Schicht gearbeitet, davon 3,1 Mio. Männer und rd. 0,9 Mio. Frauen. Aus Untersuchungen ... aus den Jahren 1979 und 1985/86 kann der Schluß gezogen werden, daß der Umfang der Schichtarbeit insgesamt konstant geblieben ist ... 1975 waren etwa 3,6 Mio. ... sonn- und feiertags beschäftigt. Regelmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiteten 1975 nur 0,9 Mio. Männer und 0,4 Mio. Frauen ... der Anteil der Beschäftigten, die ... potentiell sonntags arbeiten könnten, (ist) zwischen 1978 und 1986 um 310000 bis 470000 Personen gestiegen ... 1975 arbeiteten 1,3 Mio. ... (= 5,6%) regelmäßig in Nachtarbeit, davon ... 0,2 Mio. Frauen ... 2% der Männer und 1% der Frauen arbeiten an jedem Arbeitstag nachts ... gelegentlich bis hin zu 3-4mal pro Woche arbeiten 11% der Männer und 6% der Frauen nachts.

... 48,8% der geleisteten Schichtarbeit (sind) auf ökonomische Gründe zu-

an Schichtarbeit auf das durchschnittliche Niveau vergleichbarer EG-Staaten zu drosseln? Antwort: „Nein.“

„Auch die Bundesregierung hält die gegenwärtige Datenlage über den Umfang der Schicht-, Nacht-, Samstags-, Sonn- und Feiertagsarbeit für unbefriedigend ... Durch die Erhebung im Rahmen des Mikrozensus (1989) wäre die Vergleichbarkeit mit den letzten amtlichen Erhebungen des Jahres 1975 gewährleistet.“

„II. Gesundheitliche Belastungen durch Nacht- und Schichtarbeit

... Die Auswirkungen der Mehrfachbelastungen, besonders im Zusammenhang mit Nachtarbeit, und die damit verbundenen Beanspruchungen sind bekannt. Sie führen aber nicht in jedem Fall zu Gesundheitsstörungen bzw. Erkrankungen ... Darüber hinaus haben zahlreiche Betriebsvereinbarungen die Durchführung regelmäßiger Vorsorgeuntersuchungen geregelt“, lautet eine Antwort der Bundesregierung. „Bei

reduzieren und zu die familiären Beziehungen verbessernden Modellen zu kommen.“ Die Bundesregierung überläßt es Flexi-Modellen der Konzerne.

„IV. Auswirkungen der Wechselschichtarbeit auf die Partizipation am sozialen Leben

... Zudem eröffnet das weitgefächerte Fernunterrichtsprogramm gerade für die Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer persönlichen oder beruflichen Situation nur in sehr eingeschränktem Maße an Direktunterricht teilnehmen kann, spezifische Lernmöglichkeiten ... Hier sind alle politischen Parteien, Gewerkschaften und Vereine aufgerufen ... durch die verbesserte Organisation und Planung von Veranstaltungen (den Bedürfnissen) verstärkt Rechnung zu tragen ... Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß der Freizeitsport nicht grundsätzlich an traditionelle Übungszeiten und Übungsorte des Vereinssports gebunden ist“, erklärt die Bundesregierung u.a. zu diesem Fragenkomplex.

„V. Spezifisch belastete Gruppen von Schichtarbeitnehmern/innen

... Ist ... bekannt, daß ... 70,3% der in Dauer-Spätschicht arbeitenden Frauen als Grund hierfür angaben, daß die Betreuung ihrer Kinder dies nötig werden ließ? Antwort: „Ja.“

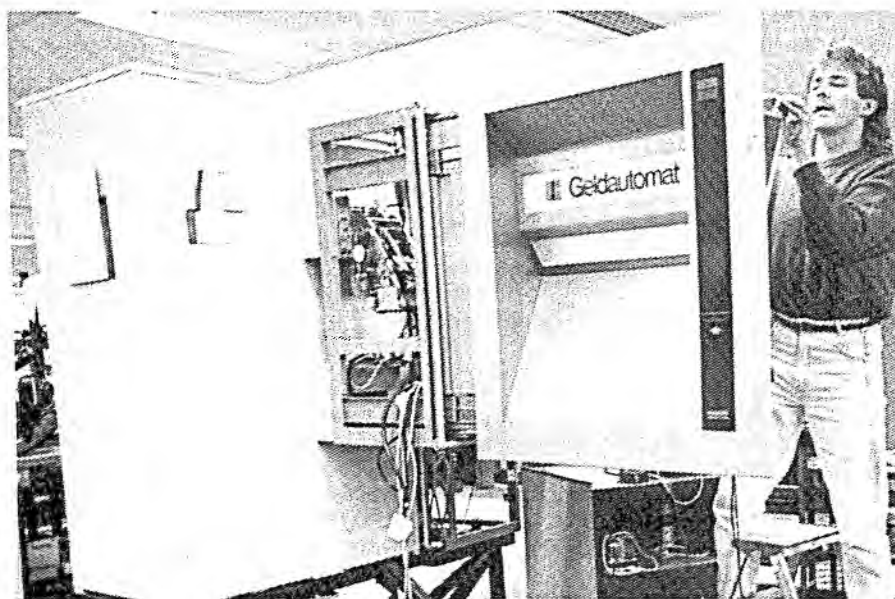
„Teilt die Bundesregierung unsere Befürchtung, daß die ... Auflockerung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen ... den Kreis von Frauen, die auf so ruinöse Weise arbeiten müssen, noch gravierend erweitern wird?“ „Die Bundesregierung teilt diese Befürchtung nicht.“

„VI. Politischer Handlungsbedarf

... Nach Ansicht der Bundesregierung ist eine stärkere Entkopplung der Betriebsnutzungszeiten von den persönlichen Arbeitszeiten geboten, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten ... Ein generelles Verbot (der Nachtarbeit, d. Red.) ... kommt nicht in Betracht ... für die Unternehmen durch kapitalintensive Arbeitsplätze und hohen Wettbewerbsdruck Wechselschicht- und Nachtarbeit auch ökonomisch zwingend werden ... In Anbetracht der vielfältigen Unterschiede ... hält die Bundesregierung gesetzliche Rahmenregelungen über das gegebene ... Maß ... hinaus nicht für zweckmäßig ...

„Stimmt die Bundesregierung mit uns überein, daß das von ihr geplante Arbeitszeitgesetz ... noch mehr Beschäftigte als bisher schon in der regelmäßigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ... beeinträchtigen würde?“ „Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung nicht. Im Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes werden die geeigneten Rahmenbedingungen für flexible Arbeitszeitmodelle geschaffen ... Ein solcher Weg ist z.B.: Der einzelne arbeitet 9 Stunden pro Tag, aber nur noch 4 Tage in der Woche unter Einschuß des Samstages ...“

Quelle: BT-Ds 11/3185 und 11/3992 — (mal)



Montage eines Geldautomaten: Schichtarbeit ist nicht nur gesundheitsschädlich, die Versorgung der Nachtarbeiter ist außerdem schlecht.

rückzuführen ... aus technischen Gründen ... 6,4% ... aus humanitären oder zivilisatorischen Gründen ... 44,8% ...

Die Antwort der Bundesregierung auf die Frage, daß in der Bundesrepublik 18% in Schicht arbeiten (1975), in Frankreich 8% (1978), in den USA 8% (1980) und in Großbritannien 13% (1978) fiel ausweichend aus: „Die Werte in der zitierten Quelle der OECD beziehen sich bezüglich Frankreich nur auf echte Wechselschicht, für Großbritannien nur auf vollzeitig Beschäftigte.“ Die Maschinenlaufzeiten liegen mit 60,6 Stunden über 14 Stunden höher als in Frankreich. Dazu folgende Antwort: „... Darüber hinaus tendieren viele Betriebe aus Wettbewerbsgründen dazu, kürzere individuelle Arbeitszeiten und eine hohe Kapitalintensität durch längere Betriebszeiten auszugleichen.“ Ob die Bundesrepublik plane, den hohen Anteil

Schicht- und Nachtarbeitern sind häufig Störungen der Magen- und Darmfunktionen zu beobachten ... Eine auf die speziellen Belange der Nachtarbeit ausgerichtete Verpflegung gehört zu den wichtigsten Gestaltungsvorschlägen ... Der Bundesregierung ist nicht bekannt, inwieweit diesen Empfehlungen in der Betriebspraxis Rechnung getragen wird.“ Auf die Frage, ob die Bundesregierung gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Ernährungssituation plant: „... sind die Regelungen in der DDR bekannt. Die Bundesregierung plant jedoch keine ... gesetzliche Regelung.“

„III. Auswirkungen von Wechselschicht- und Nachtarbeit auf Familie bzw. Partnerschaft

... So könnten z.B. die besonders stark belastenden Nachtarbeitsperioden gezielt verkürzt und die Freizeitblöcke vergrößert werden, um die bereits angesprochenen gesundheitlichen Risiken zu

DVU-Aktionen im Ruhrgebiet

Düsseldorf. Machte die DVU bei anderen Wahlkämpfen nur wenig öffentliche Veranstaltungen, so ist die Taktik im Ruhrgebiet anders. Für den 1.4. meldete sie in sieben Städten Kundgebungen an. Ende April will sie eine weitere Kundgebungsserie in NRW starten. Die Kundgebungen am 1.4. wurden meistens unter Berufung auf andere Platznutzungen verboten. Außer in Dortmund und Essen wurden die Verbote vom Verwaltungsgericht aber wieder kassiert. In Castrop-Rauxel konnte die DVU daher gegen den lautstarken Protest von 300 Gegendemonstranten eine Kundgebung durchführen. In Bochum und Gelsenkirchen konnten Kundgebungen jeweils von über 300 Leuten verhindert werden. Absehbar ist, daß die Vielzahl von Kundgebungen ein praktisches Verhindern erschwert. Zunehmend wichtig wird daher die Frage, wie die Städte dazu gebracht werden können, Verbote auszusprechen, die antifaschistisch begründet sind und es daher den Verwaltungsgerichten nicht so einfach machen, faschistische Auftritte zu ermöglichen. — (scm)

3000 protestieren gegen NPD-Landesparteitag

Stuttgart. Am 9.4. demonstrierten 3000 Leute gegen die NPD und versuchten, den Parteitag zu verhindern. Trotz zahlreicher Proteste hatte die Stadt der NPD ein Schulgebäude überlassen. Ca. 800 Polizisten riegelten die Halle ab und verwandelten die angrenzende Straße auf einer Länge von 800 Metern in einen Festungsschlauch mit dem Ziel, den antifaschistischen Widerstand auf zehn verschiedene Zufahrtswege zu zerstreuen. Ab 9 Uhr ging die Polizei dazu über, die NPDler außerhalb des umkämpften Geländes in vergitterte Wagen einzuladen und zur Halle zu transportieren. Daß die Faschisten mit letztlich 64 Delegierten laut Satzung beschlußunfähig waren und nur mit einem Satzungstrick den Parteitag fortsetzen konnten, zeigt, daß das weiträumige Belagern und Sperren der Zufahrtswege durch die antifaschistischen Kräfte nicht umsonst war.

SPD und DGB haben durch ihr Vorgehen der Aktionseinheit gegen den NPD-Parteitag schweren Schaden zugefügt. Sie lehnten ausländische Organisationen und Schülerrat als Redner ab. Ihr Aufruf gibt die Europaunionierung als antifaschistisches Ziel aus und erklärt die ausländischen Lohnabhängigen zum ökonomischen und kulturellen Bereicherungsfaktor des „Deutschen“. Vor Beginn des Parteitages riefen sie zum Heimgehen auf. Im weiteren wurden 30 Antifaschisten festgenommen. 1500 schlossen mit einer Demonstration die Gegenaktionen ab. — (zem)



Etwa 1000 Menschen demonstrierten am 5. April gegen den Aufmarsch der Republikaner in der Stadthalle von Bad Godesberg. Schönhuber sprach zu den Europawahlen unter dem Schutz eines starken und gut organisierten Polizeiaufgebots. Die Veranstaltung wurde mit verschiedenen Protestaktionen behindert, konnte aber nicht verhindert werden. — (jöd)

NPD-Gründung geplatzt

Norderstedt. Die NPD hatte in der Lokal-Presse bekanntgegeben, daß sie am 2. April 1989 eine Ortsgruppe in Norderstedt gründen wollte. Die „Initiative gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit“, ein Zusammenschluß von SPD, Kirche, DKP, Grüne, VVN, DS und BWK, beschloß, dies durch Propaganda und Aktion zu verhindern: In einem Flugblatt wurde die Öffentlichkeit informiert und die programmatischen Aussagen der NPD neben die der NSDAP gestellt.

Vor dem Lokal versammelten sich am Sonntagmorgen ca. 70 Antifaschisten aus Norderstedt. Beim Wirt des „Birkenkruges“, wo das als „Frühschoppen“ getarnte Treffen stattfinden sollte, hing ein Schild im Fenster „Wegen Krankheit geschlossen“. Ein paar NPD-Sympathisanten verkrümelten sich irritiert. Die Gründung aber war für diesmal geplatzt. Die NPD sprach vom „Terror demokratiefeindlicher Kräfte“. — (hel)

CDU-Mitglied verherrlicht Hitler im Amtsblatt

Konstanz. Das Amtsblatt von Gailingen im Landkreis Konstanz hat zum 100. Geburtstag Hitlers eine „Würdigung“ veröffentlicht. Der Autor, der ehemalige CDU-Gemeinderat Heinz Rall, schreibt zur Zeit der faschistischen Herrschaft: „Sein Hauptziel, den Versailler Vertrag wirkungsvoll zu bekämpfen, gelang nicht. Der Zweite Weltkrieg bricht aus. Als Hitler keinen Ausweg mehr sah, nahm er sich am 30.4.1945 das Leben ...“ Bürgermeister Heinz Brennenstuhl (CDU) deckt Rall: Bestimmte Kräfte wollten die Gemeinde „in den Dreck zie-

hen“. Gemeint ist die örtliche SPD, die den Artikel angegriffen und für überregionale Publizität gesorgt hat. Die Gailingener Einwohnerschaft bestand bis 1933 zu über 50 % aus Juden; sie alle wurden Opfer des faschistischen Terrors. — (jüg)

Messepartnerland Österreich

Hannover. Zur Industriemesse in Hannover ist erstmals ein westliches Industrieland „Partnerland“. Offen zielt dies auf die Förderung der EG-Beitrittsdiskussion in Österreich. Bundeskanzler Vranitzky reiste mit einem frischen SPÖ-Vorstandsbeschuß an, der einen EG-Beitritt unterstützt, wenn die „Wahrung der Neutralität“ erhalten bliebe. Einen formellen Antrag kündigte er schon bis Sommer 1989 an. Nachgekommen wird damit der schon weit fortgeschrittenen wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs durch westdeutsche und andere EG-Konzerne. Zwei Drittel des österreichischen Außenhandels werden mit der EG abgewickelt — allein 35% seiner Ausfuhren und 44% der Einfuhren (1987) werden mit der BRD getätigt. CDU/CSU unterstützen die Pläne und wittern Morgenluft. Der Euro-Parlamentarier (CSU) und Präsident der revanchistischen Paneuropa-Union von Habsburg trumpfte kürzlich frech in Ungarn auf: „Jene sind nicht realistisch, die erklären, die heutigen Grenzen müßten für immer bestehen bleiben“; (Welt 4.3.) und forderte die ungarische Wiedervereinigung mit Österreich. Auch Konsul Bahlsen (Kekskapitalist) wies bei der Messe auf die zentrale Rolle Österreichs im zukünftigen Handel mit dem Ostblock hin. Die traditionsreiche Südost-Expansion nimmt bedrohliche Formen an. — (ard)

Einzelhandel Baden-Württemberg

Kapitalisten bieten 3%, 18.30-Uhr-Tarif gescheitert

Am 7. April fanden die zweiten Verhandlungen in Baden-Württemberg zwischen der Gewerkschaft HBV und den Einzelhandelskapitalisten über den Manteltarifvertrag, über einen 18.30-Uhr-Arbeitszeitende-Tarifvertrag, den Lohn- und Gehaltstarifvertrag sowie den Tarifvertrag über Sonderzahlungen statt.

Erstmals stellten die Einzelhändler ihre Forderungen: 3% Lohn- und Gehaltserhöhungen, keine vertragliche Festlegung des 18.30 Uhr Ladenschlusses, Arbeitszeitverkürzung bei völliger Freigabe der Arbeitszeitflexibilisierung. Die Laufzeit von Lohn- und Gehaltstarifvertrag soll drei Jahre, die des Manteltarifvertrags fünf Jahre betragen.

Lohn- und Gehaltstarifvertrag:

Die Gewerkschaft HBV fordert für die rund 180000 Beschäftigten im Einzelhandel Baden-Württemberg Einkommenserhöhungen von 7%, mindestens

zelhandelskapitalisten sind dazu nicht bereit wegen der „zu erwartenden Konkurrenz durch den EG-Binnemarkt 1992“. Hier gäbe es überhaupt keinen Verhandlungsspielraum.

Die HBV erklärte die Tarifverhandlungen über das 18.30 Uhr Arbeitszeitende in Baden-Württemberg für gescheitert.

Manteltarifvertrag:

Die Kapitalisten verlangen nicht nur Lohnsenkungen, sondern auch die Beseitigung der Schutzbestimmungen für den Verkauf der Arbeitskraft. So soll die Flexibilisierung völlig freigegeben werden, keine Fünf-Tage-Woche gelten, Teilzeitarbeit ohne Beschränkungen ausgedehnt werden. Hemmnisse für den Arbeitseinsatz sollen aus dem Manteltarif verschwinden. Zum Beispiel sollen Überstundenzuschläge, auch für die Vor- und Abschlusarbeiten, innerhalb

tertagen, für Teilzeitkräfte eine Arbeitszeit von wöchentlich mindestens 19 Stunden, am Tage mindestens vier Stunden zusammenhängend, Verbot von Kapovaz- und Job-Sharing-Arbeitsverträgen. Überstundenzuschläge sollen ab der ersten Stunde über der vertraglichen regelmäßigen Arbeitszeit sowie für Vor- und Abschlusarbeiten gezahlt werden. Weiterhin wird eine Sonderzahlung von 100% als 13. Monatseinkommen und sechs Wochen Urlaub für alle gefordert.

Der nächste Verhandlungstermin ist am 19. April 1989. Die Verhandlungslage ist recht kompliziert, da alle Tarifverträge gekündigt sind. Es bleibt zu hoffen, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei der HBV-Verhandlungskommission nicht ganz nach oben rutscht. Bei den Fach- und Betriebsgruppen stehen die Forderungen nach Einschränkung der Samstagsarbeit, der Teilzeitarbeit und nach Geld ganz oben. Ab der kommenden Woche hat die HBV in Baden-Württemberg Warnstreikaktionen angekündigt. Der Schwerpunkt dieser Warnstreiks soll in den Kaufhäusern und SB-Filialbetrieben liegen mit dem Thema Lohnerhöhung und 18.30 Uhr Ladenschluß. — (rub)



aber 150 DM. In der Beschäftigungsgruppe I verlangt die HBV als Einstiegsgehalt 1692 DM (z.Zt. 1500 DM), in der Beschäftigungsgruppe II 1740 DM (z.Zt. 1566 DM).

Die Kapitalisten bieten 3% an, Änderungen in der Eingruppierung lehnen sie ab. Für eine Arbeitszeitverkürzung wollen sie eine dreijährige Laufzeit mit Erhöhungen um 3% im ersten, 2% im zweiten und 3% im dritten Jahr. Die HBV bezeichnet das 3%-Angebot als „Zumutung bei einer Preissteigerungsrate von 2,8%“.

18.30 Uhr Arbeitszeitende-Tarifvertrag:

Die HBV will einen Tarifvertrag über das Arbeitszeitende um 18.30 Uhr in Verkaufsbereichen. Damit soll der Einführung eines Dienstleistungsabends tarifvertraglich begegnet werden. Die Ein-

der nach AZO, Ladenschlußgesetz und Gewerbeordnung möglichen Arbeitszeiten nicht gezahlt werden.

Angeboten haben die Einzelhandelskapitalisten eine nicht genauer definierte Arbeitszeitverkürzung bei fünf Jahren Manteltariflaufzeit.

Die HBV fordert für den Manteltarif neben weiterer Arbeitszeitverkürzung die generelle Verteilung der Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche, auch für Teilzeitkräfte.

Die Arbeitskraft soll u.a. durch Einschränkung von Samstags- und Sonntagsarbeit und der Teilzeitarbeit geschützt werden: mindestens 15 freie Samstage im Jahr im Verkauf, für Auszubildende und Schwangere mindestens 26, von Juni bis August keine langen Samstage, arbeitsfrei an Sonn- und Fei-

Pflegenotstandsdiskussion

Landesregierung stört sie nicht

Heidelberg. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat eine Expertenkommission gegründet, um eine mittel- und langfristige Konzeption für den Pflegebereich bis zum Sommer zu erarbeiten. Erstes Ergebnis der Expertenrunde war die gemeinsame Verlautbarung, es gäbe keinen akuten und generellen Pflegenotstand, es könne von gewissen Engpässen geredet werden. Die Schuld daran sei den Egoisten zuzuweisen, so Ministerpräsident Späth. „Wir müssen auch darauf hinwirken, in unserer Gesellschaft der Individuen das Solidaritätsgefühl zwischen alt und jung, zwischen Gesunden und Kranken wiederzuerwecken, damit unsere jungen Menschen lernen, daß Helfen und Pflegen eine erfüllende Aufgabe sein kann.“

So wie die Pflegenotstandsdiskussion geführt wird, paßt sie der Landesregierung gut ins Konzept bei der Umsetzung ihrer gesundheitspolitischen Vorstellungen. Sie anerkennt die zunehmende Belastung des Pflegepersonals und schreibt sie der zunehmenden Belastung durch schwer- und schwerstkranke Patienten in den Unikliniken zu. Minister Engler erklärte deshalb, die Öffentlichkeit müsse nun die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Unikliniken einsehen. Über diesen Standard gehe nichts hinaus. Also wäre im ersten Schritt die Absenkung des Versorgungsstandards durch Festschreibung des derzeitigen Zustandes gemacht. Im

zweiten Schritt erfolgt die Selektion der Patienten. Erklärter Grund: Das Pflegepersonal muß entlastet werden. „Deshalb sei nicht auszuschließen, daß Patienten, die eine Aufnahme in die Universitätskliniken wünschten, auf andere Krankenhäuser verwiesen werden müßten. Die ärztlichen Direktoren hätten die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, über die Aufnahme der Patienten nach sorgfältiger Prüfung ihres Gesundheitszustandes, aber auch der Belastbarkeit der Klinik — vor allem auch des Pflegepersonals — zu entscheiden.“ (Minister Engler) Dritter Schritt ist die Spaltung des Beschäftigtenkörpers, die Verstärkung der Widersprüche zwischen Großkliniken in den Städten und Kreiskrankenhäusern auf dem Lande. Engler schlug deshalb vor, den in der Pflege beschäftigten Examinierten 300 DM Zulage in Aussicht zu stellen. Alle weiteren Verbesserungen der Vergütung und des Arbeitsschutzes seien Sache der Tarifpartner. — (irs)

Stahlindustrie

Angriffe auf Manteltarif

Essen. Am 15.3. haben die IG Metall und der Verband der Eisen- und Stahlindustrie den seit 1984 offenen Manteltarifvertrag für die Stahlindustrie NRW, Bremen und Südwestfalen abgeschlossen. Die von den Stahlkapitalisten massiv vorgetragenen Verschlechterungen des Manteltarifs (siehe PB 5/89) konnten weitgehend zurückgewiesen werden. Die Große Tarifkommission der IG Metall stimmte dem Tarifvertrag mit nur wenigen Gegenstimmen zu. In einigen Punkten hat die IG Metall jedoch zurückgesteckt.

Neben der Lohnsicherung für ältere Arbeiter, der Ausdehnung von unbezahlter Mehrarbeit und den freien Tagen für familiäre Ereignisse zielte der wichtigste Vorstoß der Stahlkapitalisten auf den Urlaub für Kontischichtarbeiter. Er sollte von 30 auf 27 Tage gekürzt werden, weil sich nach Auffassung der Stahlkapitalisten durch die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung auf 36,5 Stunden/Woche in Freischichten die Berechnungsgrundlage für den Urlaub verändert hat. Diesen Standpunkt untermauerten sie mit einer in der ersten Instanz erfolgreichen Arbeitsgerichtsklage.

Zwar gelten die alten Regelungen weiter, die 30 Tage Urlaub sind auch für Kontischichtarbeiter festgeschrieben. In einem außergerichtlichen Vergleich, aufgrund dessen die Kapitalisten ihre Verbandsklage zurücknahmen, mußte die IG Metall jedoch anerkennen, daß die Freischichten für Schichtarbeiter auf der Grundlage von 46 Wochen im Jahr statt bisher 52 Wochen berechnet werden, der Urlaub von sechs Wochen fällt

aus der Berechnung heraus. Statt 36 Freischichten pro Jahr zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung wird es dadurch in Zukunft nur noch 33 geben, der Effekt entspricht also der beabsichtigten Urlaubskürzung. Dabei konnten sich die Stahlkapitalisten auf für die metallverarbeitende Industrie vorliegende Arbeitsgerichtsurteile beziehen. Daß die Kürzung der Freischichten nicht sofort in Kraft tritt, sondern erst nach der Anfang 1991 anstehenden Neuordnung der Arbeitszeit, schiebt die Wirkung nur auf.

Offen ist nach wie vor die Berechnungsgrundlage für die Fortzahlung von Lohn und Gehalt im Urlaub, auch hier wollen die Kapitalisten noch Verschlechterungen durchsetzen. Daneben sind mehrere scheinbar kleinere Punkte geändert worden. So enthält der Tarifvertrag keine Festschreibung der fünf Tage Zusatzurlaub für Schwerbehinderte mehr, sondern nur noch einen Verweis auf das Schwerbehindertengesetz. Bei einer — durchaus möglichen — weiteren Verschlechterung der gesetzlichen Regelung bietet also auch der Tarifvertrag keinen Halt mehr.

Daß die Kapitalisten vom Gesamtpaket ihrer Forderungen abgesehen haben, ist ein Ergebnis der von zahlreichen Belegschaften eingeleiteten Gegenaktionen. Mehrere Betriebsräte haben sämtliche Überstunden verweigert, bei Hoesch legten am 8.3. 6000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Da alle Stahlwerke auf Hochtouren laufen, störten diese Aktionen durchaus.

Gleichzeitig fürchteten die Kapitalisten vermutlich eine Verbindung der in vielen Stahlbetrieben starken Lohnbewegung mit der Mantel-Tarifaufeinandersetzung. Bei Hoesch mußte der Vorstand gerade eine „Gewinnbeteiligung“ von 400 DM für Ende Juni zusagen, bei Klöckner und P+S wird um betriebliche Forderungen verhandelt. Da es in der Stahlindustrie NRW, Südwestfalen und Bremen bisher kein zusätzliches Urlaubsgeld gibt, hätte es nahegelegen, zum Manteltarif eine solche Forderung aufzustellen, um so der Lohnbewegung auch tarifliche Rückendeckung zu verschaffen. Dies ist jetzt erschwert, mit Ausnahme der Arbeitszeitregelungen kann der Tarifvertrag erst 1992 gekündigt werden. — (wof)

Autobahn-Baustellen

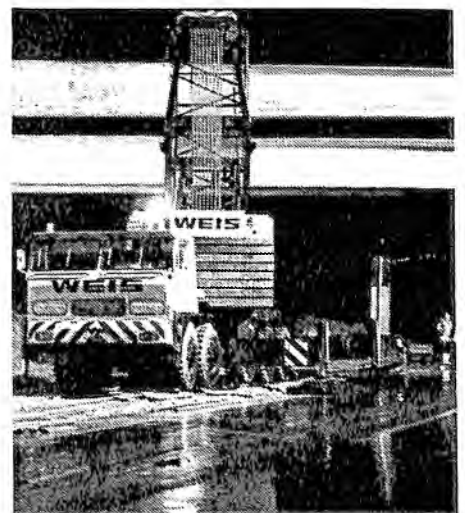
In Bayern Arbeit rund um die Uhr

München. „Wir können es uns nicht leisten, daß an diesen gefährlichen Engpässen von 24 Stunden 16 Stunden lang nicht gearbeitet wird. Nur durch einen Mehr-Schicht-Betrieb rund um die Uhr oder zumindest einen Zwei-Schicht-Betrieb können die Störzeiten radikal — im Einzelfall um bis zu 50 Prozent — ver-

kürzt werden.“ Mit dieser Position hat jetzt Dr. Peter Gauweiler, Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, veranlaßt, daß ab sofort auf allen Baustellen der wichtigen Autobahnhauptstrecken neue Betriebsformen und -zeiten eingeführt werden. Durchgehender Tag- und Nachtbetrieb; Zwei-Schicht-Betrieb vom Morgengrauen bis zum Einbruch der Dunkelheit; reiner Nachtbetrieb, so daß tagsüber der Verkehr ungehindert fließen kann. In Zukunft werden die Bauarbeiter an sechs Tagen, also auch am Samstag arbeiten müssen. Vom ADAC wird dieser Raubbau an den Bauarbeitern als „frohe Kunde für Autofahrer“ präsentiert: „Wie Musik klingt die frohe Kunde in den Ohren der Autofahrer. Denn jeder Tag, den die hinderlichen Großbaustellen früher verschwinden, ist ein Gewinn für Mensch und Natur.“ An weiteren Pro-Argumenten zur Popularisierung dieser totalen Verfügung über Arbeitskräfte wird das angeblich höhere Unfallrisiko an Baustellen angeführt. Millionenbeträge von höheren „Nutzerkosten“ und nicht zuletzt der Schadstoffausstoß, der im Stau vor einer Baustelle beim Kohlenmonoxid siebenmal größer sein soll.

Die IG Bau-Steine-Erden kritisiert diese „gesetzeswidrige Veränderung der Arbeitszeit“: „Auch haben die ausführenden Arbeitnehmer ein unangreifbares Recht darauf, daß die Grenzen ihrer Belastbarkeit nicht willkürlich erweitert werden, und sie haben ein Recht, daß ihnen in ihrer sowieso schon schweren Berufstätigkeit nicht zusätzliche Unfallrisiken aufgebürdet werden.“ Gauweiler will diesen Vorwurf einer „gesetzeswidrigen Veränderung der Arbeitszeit“ damit entkräften, daß er diesen 24-Stunden-Schichtbetrieb auf der Autobahn mit „Schneeräumen“, „Abschleppdienst“ und „Verkehrspolizei“ versucht gleichzusetzen und auf „dringende Gründe des Gemeinwohls“ pocht. Dies würde die gesetzliche Arbeitszeitordnung (AZO) ausdrücklich ermöglichen.

Quellenhinweis: ADAC motorwelt 3/89 — (dil)



Der Warenumsatz in ganz Europa soll beschleunigt werden.

Hormanns Ganztagsbetreuung

Bildungspolitik im Sinne der Reaktion

Niedersachsen. Eine beängstigend große Palette von bildungspolitischen Maßnahmen hat Kultusminister Hormann in seiner viermonatigen Amtszeit schon auf den Tisch gelegt: „Entrümpelung“ der Lehrpläne, Schulzeitverkürzung, Stopp des Berufsgrundbildungsjahres, Raucher-Erlaß und vor allem seine „Ganztagsbetreuung“ an der Schule. Er verkauft seine Ideen gut, für Außenstehende hört sich das teilweise verlockend an; dahinter steckt aber reaktionärste Politik der Marke Albrecht, und kosten darf alles möglichst nichts!

Hortplätze, die DGB-Landesfrauenkonferenz und der Delegiertenrat ein niedersächsisches Kindertagesstätten (KiTa)-Gesetz mit gesetzlichem Anspruch auf einen Tagesstättenplatz.

Angesichts dieser berechtigten Forderungen bietet Hormann mit dem „Ganztagsbetreuungs“-Vorschlag eine Scheinlösung, stiftet eine ordentliche Begriffsverwirrung und hebt inhaltlich die Heimrichtlinien und damit die Ansprüche auf die Ausstattung der Kindertagesstätten auf.

Die Hormann'sche, „Ganztagsbetreu-



Hormanns Ganztagsbetreuungs-Modell steht den Zielen und Vorstellungen der Gesamtschule als Ganztagsschule vollständig entgegen!

Zum Beispiel die Ganztagsbetreuung: An 30 niedersächsischen Schulen soll vom nächsten Schuljahr an je eine Gruppe von 25 bis 30 Kindern zwischen sechs und dreizehn Jahren nachmittags betreut werden. Jeweils ein Lehrer und ein Sozialpädagoge sollen Hausaufgaben beaufsichtigen und die „Freizeit gestalten“, wobei der Lehrer „aus Bordmitteln gewonnen“ wird, d.h. keiner wird neu eingestellt, und der Sozialpädagoge muß von der Kommune finanziert werden.

Bedarf ist da: Da es in Niedersachsen insgesamt nur 7000 Hortplätze gibt, werden dort in der Regel nur Kinder bis zu zehn Jahren aufgenommen. In Hannover-Linden sind im letzten Jahr 62 Kinder abgelehnt worden. Parteien und Gewerkschaften fordern zusätzliche

„soll keine Ganztagsschule und kein Hort sein. Sie richtet sich ausdrücklich an „Kinder, die sonst allein auf sich gestellt wären“, und ist lediglich „erzieherisch begleitete Freizeitgestaltung“ für Kinder von Alleinerziehenden und Berufstätigen. Die Träger der Ganztagsbetreuung sollen die örtlichen Jugendämter, aber auch freie Träger sein. Letztere sind nach dem Subsidiaritätsprinzip des Jugendwohlfahrtsgesetzes sogar vorrangig mit solchen Aufgaben zu betrauen! Die Kirchen werden sich die Chance nicht entgehen lassen, sich auch dieses Mittel für die Indoktrination der Kinder entsprechend der christlichen Lehre unter den Nagel zu reißen! Die geforderte Neueinrichtung von Ganztags-schulen und Horten lehnt Hormann als zu teuer ab, er will nur die „vorhandene

Lücke in der Betreuung von Kindern am Nachmittag“ vor allem in sog. „sozialen Brennpunkten“ billig schließen. Der Elternbeitrag soll monatlich 90 bis 130 DM betragen. Das Land stellt einmalig 500000 DM zur Verfügung. Verteilt auf 30 Schulen also nicht gerade viel!

Eine solche Nachmittags-Bewahranstalt für die sozial Benachteiligten richtet sich gegen den Anspruch von Kindern und Eltern auf eine gesellschaftliche Erziehung. Hormann fördert die Haltung, daß Bildung und Erziehung in erster Linie eine Sache der Familie sei, verstärkt die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder und spaltet ganz übel in solche, bei denen die Erziehung in der Familie klappt, und die angeblich Erziehungsunfähigen!

Das paßt in Hormanns Gesamtkonzept: Die von ihm geforderte Schulzeitverkürzung wird dazu führen, daß in erster Linie die Kinder aus besser gestellten Familien das Abitur erreichen. Auch die von ihm vorgeschlagene Abschaffung des Englischunterrichts für Hauptschüler wird für breite Schichten eine noch schlechtere Qualität ihrer Ausbildung zur Folge haben. Ebenso will er offensichtlich keine weiteren Integrierten Gesamtschulen genehmigen, sie soll Angebotsschule bleiben. Die reaktionären Kräfte wollen eine möglichst frühe Trennung der angeblich „begabten“ Kinder von der Masse und Elite-Förderung auf Kosten einer guten allgemeinen Schulbildung für alle Kinder!

Hormanns Ganztagsbetreuung ist, auch abgesehen davon, daß die Frage der Ferien und des morgens auch einmal ausfallenden Unterrichts ungeklärt ist, von allen Lösungen die schlechteste. Hortunterbringung ist unter den gegebenen Bedingungen besser, wenn auch unter Umständen weite Wege zur Schule notwendig, die Zusammenarbeit mit der Schule nicht gut, zusätzliche Angebote wie Musik-, Schwimm- und Malunterricht meistens nicht möglich bzw. mit weiteren Wegen, Kosten und Zeit verbunden sind, für vernünftige Freizeitangebote Räume und Personal fehlen!

Die Ganztagsschule im Sinne einer Integrierten Gesamtschule bleibt bei allen Mängeln und Einschränkungen durch ministerielle Erlasse die am besten geeignete Institution: eine Schule für alle Kinder, durch den Freizeitbereich und Wahlangebote mit qualifizierten Sozialpädagogen kann der Unterricht entzerrt und abwechslungsreicher werden. Abgesehen von Mittagessen und Ferien ist hier die Ganztags-Unterbringung umfassend und kostenlos, die Zusammenarbeit von Schul- und Freizeitkräften gewährleistet.

Quellenhinweis: Hannoversche Allgemeine Zeitung, div. Ausgaben, Landtagsdrucksache 11/3569, EuW Niedersachsen 3/89 — (anp, chs, ibm)

Nordrhein-Westfalen

10. Antifa-Landeskonferenz

Die 10. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen findet am 15.4., 10 Uhr, in Wuppertal in der Städtischen Gesamtschule, E. Lasker-Schüler Straße, statt. Der Konferenz vorausgegangen waren mehrere Vorbereitungstreffen, an denen sich jeweils ca. 40 Leute beteiligten. Erstmals ruft zur Konferenz auch offiziell der Landesverband der Grünen auf. Die Grünen hatten zunächst selbst zu einem Treffen zur Gründung einer NRW-Kampagne „Für eine multikulturelle und solidarische Gesellschaft — gegen Rassismus und Neofaschismus“ landesweit eingeladen, sich aber dann für eine gemeinsame Kampagne im Rahmen der Landeskonferenz entschlossen. Der Aufruferkreis ist breit; erwartet werden an die 500 Teilnehmer.

25 Arbeitsgruppen sind vorgesehen, darunter mehrere zur Kritik faschistischer Organisationen (NPD, DVU, Republikaner, ÖDP), zur Kritik faschistischer Ideologie (darunter Arbeitsgruppen zu Europakonzeptionen des Faschismus, 40 Jahre BRD und nationalen Konzeptionen, Gentechnik und Faschismus), und auch Arbeitsgruppen zu Themen wie Antifaschismus als kommunale Aufgabe, Ausländerwahlrecht, Kurdenverfolgung, Verfolgung durch § 129a. Eine Arbeitsgruppe wird die Abschlusssresolution der Konferenz erarbeiten.

Inzwischen ist eine Delegation der NRW-Konferenz in den Bundes-Arbeitsausschuß, der auf der Bremer Bundeskonferenz eingerichtet wurde, entsandt worden. Der Delegation gehören bisher jeweils ein Mitglied des Landesvorstandes des NRW der VVN/BdA, der Volksfront und der Jungdemokraten an.

Die Probleme antifaschistischer Bündnispolitik, die sich auf der Bremer Bundeskonferenz gezeigt hatten (s. P.B. 4/89), spielen auch in der NRW-Konferenz eine Rolle. Diskussionspunkte sind dabei vor allem: Die Einschätzung der Republikaner als faschistische oder als national-konservative Partei (die SPD tritt ausdrücklich für die Wahlzulassung der Republikaner ein, wohl auch aus wahltaktischen Gründen in der gefährlichen Hoffnung, die Republikaner brächten Stimmenverluste für die CDU und damit Mehrheiten für die SPD), die Forderung nach einem Verbot faschistischer Organisationen nach Art. 139 GG (die Grünen in NRW treten zwar auch für ein Verbot ein, haben aber einen Entwurf für einen gemeinsamen Appell vorgelegt, der eher dominiert wird von der Auffassung, das Problem sei die latente Faschismus-Anfälligkeit der Leute). Ein Problem ist ebenfalls die auch in der



Unverzichtbar: Die Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen aufgrund Art. 139 GG.

VVN/BdA verbreitete Meinung, angesichts der Wahlerfolge sei jetzt eher die Beschwörung einer meist etwas nebulös ausfallenden antifaschistischen positiven sozialen Utopie angesagt statt einer dezidierten Kritik faschistischer Positionen. Genau diese Kritik ist aber erforderlich, auch um eine antifaschistische Politik gegen die Übernahme von rassistischen und faschistischen Versatzstücken in die regierungsamtliche CDU/CSU/FDP-Politik entwickeln zu können. — (ads)

Wohnungsmarkt Diskussion um Fehlbelegungsabgabe

Hamburg. Der Hamburger Senat hat bislang die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe immer abgelehnt, dafür aber über Subventionsstreichungen für eine Verteuerung der nach 1973 gebauten Sozialwohnungen gesorgt.

Jetzt hat der neue SPD-Finanzsenator Krupp sie wieder in die Diskussion gebracht, die FDP unterstützt begierig dieses Vorhaben, die SPD ist noch uneins. Manche SPD-Mitglieder befürchten einen weiteren Auszug von besser verdienenden Menschen vor allem aus den Großsiedlungen und damit einhergehende Ghettoisierung.

Die Fehlbelegungsabgabe würde für alle diejenigen Mieter von Sozialwohnungen, deren Einkommen deutlich über der Bemessungsgrenze für die Vergabe einer solchen Wohnung liegt, Mietsteigerungen bis zu 2,00 DM qm/Monat

nach sich ziehen.

Bei den Hamburger Bezirksämtern haben sich inzwischen fast 50000 Menschen als Wohnungssuchende gemeldet. Über den freien Wohnungsmarkt ist an preiswerte Wohnungen schon längst kaum noch ranzukommen, selbst Menschen mit Dringlichkeitsscheinen müssen lange warten. Der soziale Wohnungsbau ist so gut wie tot — von den Sonderprogrammen für Aussiedler einmal abgesehen.

Von den noch ca. 270000 Sozialwohnungen in Hamburg werden durch den Wegfall der Gemeinnützigkeit bis Ende 1990 ca. 50000 Wohnungen von Kostenmiete auf Vergleichsmiete umgestellt und drastisch verteuert, bis zum Jahr 2000 werden weitere 143000 Wohnungen des Bestandes wegen Wegfalls der Sozialbindung „frei“ für Mietpreissteigerungen auf dem Markt sein.

Kennzeichnend für den Wohnungsneubau der letzten zehn, fünfzehn Jahre ist der Rückgang des öffentlichen Wohnungsbaus gegen Null bei gleichzeitigem Ansteigen der öffentlich geförderten Eigentumsbildung. Schon allein daher kann eine Fehlbelegungsabgabe kaum noch Wirkung zeigen. Die meisten „Gutverdiener“ haben längst gebaut oder bewohnen eigene Wohnungen. Die Fehlbelegungsabgabe aber wirkt schon, wenn in einem Haushalt Mann und Frau arbeiten und beide unterdurchschnittlich verdienen. Hauptsächlich Zahler der Fehlbelegungsabgabe werden daher nicht die gutverdienenden, sondern die normal bis schlecht verdienenden Lohnabhängigen dieser Stadt sein. Im Ergebnis wird dabei nur eine weitere Anhebung des Mietniveaus im sozialen Wohnungsbau herauskommen, was wiederum den Spielraum für Plünderzüge auf dem freien Wohnungsmarkt erweitert. Spaltungslinien und Differenzierung unter den Lohnabhängigen werden zunehmen. — (mek)

600,- inkl. + E'hzg., keine Kaut., v. Priv., Abst. 18 500,-, Tel. 4903810, Sa. ab 14 U.
3-Zl.-Whg., HH 20, Langenfelder Damm, III. OG, ca. 57 m², D'bad, Balk., Mte. DM 575,- + Nachtsp'hzg., Kt., per 1.5., H.-W. LAUENSTEIN, RDM-MAKLER, 36 60 16
3-Zl.-Dachgesch.-Whg., HH-Stellingen, 85 m² Wfl., Bestausstg., Einb'kü., Isot., Lux.-Bad, Mte. 1200,- ex., Kt. 3 Mon., Makler IMBECK, 439 70 49
3 1/2-Zl., 108 m² Wfl. Bergedorf, Einb'kü., V'bad/WC, D'bad/WC, Bk., Bj. 82, DM 1350,- zzgl. Nbk./Kt. Tel. ab Mo. 60 17 11 26, FRÜNDT IMMOBILIEN GmbH, RDM Makler
3 1/2-Zl.-DG-Whg., Krupunder/S-Bahnhh., 2-Fam.-Hs., ca. 100 m² Wfl. zzgl. Boden- + Kellerme., sep. Eing., Kamin, Loggia, Gä.-WC, Einb'kü., Stellpl., Gartenanteil, ab 1.6., 1100,- ex./Kt., v. Priv.: 319 15 18
3-Zl.-Whg., HH 60, Poelchaukamp, 64 m², Altbau, DM 1094,- inkl./Kt., KRÖSZUS IMMOBILIEN, Tel. 27 65 02

Druckerstreik

„Wir wollen arbeiten um zu leben, nicht umgekehrt“

München. „Unzufriedenheit alleine genügt nicht, sie muß auch Folgen haben!“, ruft Klaus Schönauer, Betriebsratsvorsitzender des Süddeutschen Verlags, den 1300 Teilnehmern der zentralen Münchner Streikversammlung zu. Es ist der 2. März, die Friedenspflicht in der Druckindustrie ist seit einem Tag erloschen.

Seit dem Vortag um 14.00 Uhr stehen die Beschäftigten der drei Münchner Zeitungshäuser im Streik, am Morgen sind drei weitere Akzidenzbetriebe hinzugekommen. Jeder spürt, daß die Lage gegenüber dem kräftezehrenden Streik 1984 anders ist. Im Münchner Zeitungsverlag konnte keine Notausgabe hergestellt werden, während 1984 mit demoralisierender Regelmäßigkeit 32-seitige Streikbrecherausgaben gedruckt wurden. Lediglich ein Drucker ist diesmal im Betrieb verblieben, so läßt sich keine Zeitung drucken.

Auf dieser Versammlung zeigt sich,

drucker beim Süddeutschen Verlag. Seit 26 Jahren fährt er Schichtdienst. Aufstehen morgens um fünf oder mittags um eins, Feierabend mal um 22 Uhr, mal um vier oder um sechs Uhr morgens. Frühschicht, Spätschicht, Wechselschicht. Der Alltag ist kompliziert, die Freizeitplanung nur mit dem Rechenschieber zu bewältigen. Zwischen den Schichten: Maximal zwei freie Tage, manchmal nur elf Stunden. „Ich schlafe, wenn ich Zeit habe“, sagt Peier, „nicht, wenn ich's brauche.“ ... 15 Kollegen haben den gleichen Schichtplan wie Peier. 15 Menschen, mit denen er den Platz an der Maschine und die Freizeit teilt. Manchmal habe er das Gefühl, die Arbeit bestimme sein ganzes Leben, sagt Peier.

Es ist erkennbar, was der Bundesverband Druck mit seinen Forderungen in dieser Auseinandersetzung bei den Beschäftigten losgetreten hat: Das Wochenende soll vollständig ihrer Verfügungs-

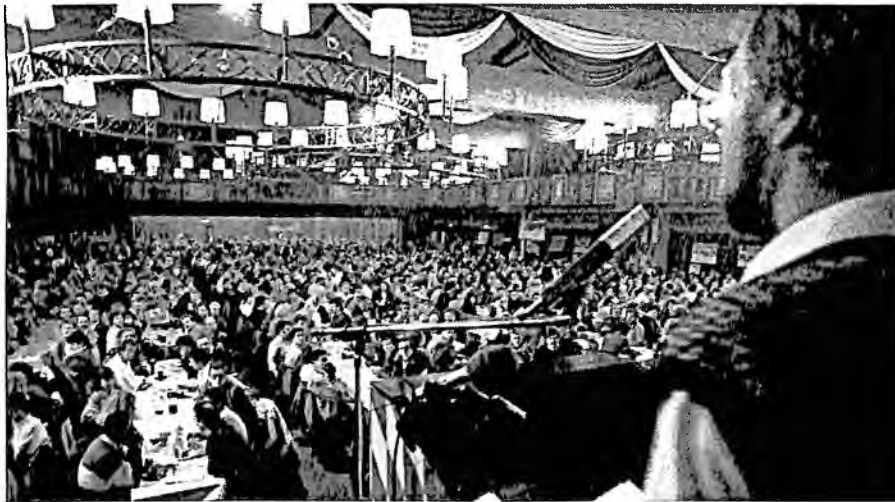
hieß ein Thema angesichts der Tatsache, daß kaum ein Druckarbeiter noch gesund das Rentenalter im Betrieb erreicht. Hier zeigte sich, welche Mobilisierungskraft Forderungen entwickeln können, die die Initiative der Beschäftigten in den ur-eigensten Fragen der Arbeitsbedingungen freisetzen sollen.

Im Süddeutschen Verlag (Süddeutsche Zeitung, AZ) und im Druckhaus München („Bild“) wurden trotz der großen Streikbeteiligung Notausgaben produziert. Diese Demütigung wollen die Streikenden nicht hinnehmen. Jeder hat noch in Erinnerung, wie die Kapitalisten nach dem Streik 1984 frohlockten, aufgrund der neuen Technologien in Satz und Druck sei eine Produktverhinderung nicht mehr machbar. Was also tun?

Auf der Streikversammlung am 2. März bringt es Klaus Schönauer auf den Punkt: „Was hindert uns eigentlich, im Streik unser Bierchen am Arbeitsplatz zu trinken oder Schafkopf zu spielen?“ Zwei Tage später ist es soweit. Nachts um 23.30 Uhr werden die Streikaufrufe in der Rotation vom Süddeutschen Verlag und dem Druckhaus München verteilt. Im SV bleiben die Drucker am Arbeitsplatz, die Drucker der „Bild“ hängen vorsorglich die Druckplatten aus, nichts geht mehr. Die Drucker des SV verlassen erst den Betrieb, nachdem die Geschäftsleitung zugesichert hat, daß nicht weiter gedruckt wird. 236000 Exemplare der „Süddeutschen Zeitung“ sind damit verhindert worden. Die „Bild“-München erscheint ebenfalls überhaupt nicht.

Die Wechselstreiktaktik ist anstrengend, für die Streikleitungen aller Ebenen genauso wie für alle Beteiligten. Einen Tag streiken, zwei Tage wieder arbeiten, dann kurzfristig wieder raus oder trotz Streik im Betrieb verweilen. Aber die Methode ist wirkungsvoll, weil für die einzelnen Kapitalisten unkalkulierbar. Bei einem Flächenstreik ist heute angesichts neuer Technologien damit zu rechnen, daß in einem bestreikten Betrieb von Tag zu Tag mehr Streikbrucharbeiten verrichtet werden. Und die Wechselstreiktaktik schon die Streikkasse. Diese ist bei der IG Druck und Papier bekanntlich nie sehr voll.

Ein anderes Problem ergibt sich daraus für die IG Druck und Papier: drohende Auftragsverlagerungen. Aber auch dies ist zu lösen. So wird am ersten Streiktag bekannt, daß aus der bestreikten Beckschen Verlagsanstalt in Nördlingen ein LKW mit der noch unfertigen „Neuen Juristischen Wochenschrift“ Richtung Firma Oldenbourg in Heim-



„Wir opfern nicht das Wochenende, nur damit ein paar Reiche noch reicher werden.“ Streikversammlung am 2. März in München.

daß eine Befürchtung innerhalb der IG Druck und Papier keine Grundlage mehr hat: Auch die Beschäftigten aus den Zeitungsbetrieben stehen zu der Forderung nach dem freien Wochenende, obwohl sie noch nie darüber verfügten und die IG Druck an den dort bestehenden Arbeitszeiten in dieser Auseinandersetzung nicht rüttelt. Aber der Samstag, ihr letzter verbleibender Tag zur kollektiven Reproduktion, steht zur Disposition.

Schüler der Deutschen Journalistenschule in München haben im Rahmen ihrer Übungszeitungen eine ganze Seite zum Druckerstreik gestaltet. Darin findet sich unter der Überschrift „Leben im Maschinentakt“ folgende Passage: „Walter Peier ist Drucker, Rotations-

gewalt unterstellt werden, alle Regelungen zu Maschinenbesetzungen und Arbeitsbedingungen durch Fortfall der Anträge beseitigt werden. Dazu noch die Steuerreform der Regierung, die durch den Wegfall der Steuerfreiheit für Nacht- und Sonntagsarbeit diese Arbeitszeiten zum Normalzustand der Gesellschaft erklärt.

Die IG Druck hat gut daran getan, sich in der Arbeitskampfvorbereitung nicht auf die Lamentos über die bedrohte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Druckindustrie einzulassen. In den Münchner Druckbetrieben waren die oft stundenlangen Betriebsversammlungen im Vorfeld von anderen Diskussionen geprägt. „Besserer Gesundheitsschutz“

stetten unterwegs ist, um dort den Auftrag in der Buchbinderei endfertigen zu lassen. Streikposten aus dem gerade bestreikten Münchner Zweigbetrieb ziehen morgen um sechs vor dem Betriebstor auf. Der Betriebsratsvorsitzende tritt in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung und macht klar, daß der gesamte Betrieb sofort in den Streik gerufen wird, wenn der LKW entladen würde. Die Geschäftsleitung gibt nach, der LKW rollt mit unbekanntem Ziel vom Hof. Zwei Tage später tritt auch die Belegschaft in Heimsetten in den Streik . . .

Das „Handelsblatt“ beklagt nach Streikende, daß die Niederlage des Bundesverbandes Druck darauf zurückgeführt werden müsse, daß die Aussperung nicht als Kampfmittel eingesetzt wurde. Die Wechselstreiktaktik macht dies Unterfangen aber tatsächlich schwierig für die Kapitalisten. Nach der „Aussperrungsarithmetik“ des Bundesarbeitsgerichts darf nur in etwa gleichem Umfang ausgesperrt werden wie gestreikt wird. Wenn also 20000 streiken, wer trifft die Auswahl für die Aussperung zwischen den nach wie vor konkurrierenden Betrieben? Zumal die Kapitalisten aus 1976 und 1978 wissen, welche

Folgen so etwas für das „Betriebsklima“ hat. Hinzu kommt diesmal die Zerstreuung in der Frage der Wochenendarbeit. In Klein- und Mittelbetrieben wird den Belegschaften immer wieder versichert, daß an Samstagsarbeit nicht gedacht sei. „Sagen Sie das ihrem Verband“, ist die Antwort, gestreikt wird trotzdem. Im Verlaufe des Arbeitskampfes tragen so 25 Belegschaften aller Größenordnungen aus München/Oberbayern dazu bei, daß der Krach in der Verhandlungskommission der Gegenseite von Tag zu Tag größer wird.

Es ist Donnerstagabend, der 9. März. Die Nachrichten verbreiten bereits Meldungen von einer Einigung in Wiesbaden. Die Belegschaften des SV und des Druckhauses aber treten erneut in den Streik, noch ist die Regelung zum Ausgleich der Zulagen nicht erzielt und vor allem: Das Maßregelungsverbot muß her. 1987 hatten die Druckkapitalisten es lange verweigert. „Wir wollen der Rädelsführer habhaft werden“, lautete eine Äußerung dazu.

Freitagvormittag. Zur Überraschung ihrer Geschäftsleitungen finden sich die Streikenden nicht am Arbeitsplatz ein, sondern zu Hunderten bei einer Streik-

versammlung. Das inzwischen vorliegende Ergebnis wird diskutiert. Es wird eine lange, kontroverse Debatte, die immer wieder um die Frage kreist, ob die Regelung zur Wochenendarbeit der Kampfkraft entspricht. Die Belegschaften fühlen sich keineswegs erschöpft, sondern gestärkt. Zustimmung herrscht aber schließlich, daß die Entscheidung in der Urabstimmung fallen soll. Diese geht mit 84% für Annahme aus, in München liegen die Nein-Stimmen erheblich höher.

Drei Wochen nach Streikende wird mit guter Beteiligung der örtliche „Ausschuß für gewerkschaftliche Betriebsarbeit“ gegründet. Es wird beschlossen, betrieblich dort weiterzumachen, wo im Streik aufgehört wurde: Im Kampf um den Normalarbeitstag, also gegen Überstunden und Schichtarbeit, für die Eindämmung ungeschützter Arbeitsverhältnisse, gegen krankmachende Arbeitsbedingungen. Und die Auseinandersetzung mit ausländerfeindlicher Politik soll verstärkt im Betrieb und in der Öffentlichkeit geführt werden. Schließlich haben die ausländischen Beschäftigten mit größerer Geschlossenheit gestreikt als die deutschen. — (chs)

Resolution der Streikversammlung vom 2.3.1989

Wir erklären zum Stand der Dinge unmißverständlich:

1. Das Wochenende muß frei bleiben! Es ist eine Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung in diesem Lande. Wir lassen sie uns nicht nehmen! Viele von uns opfern regelmäßig das Wochenende und arbeiten Nacht für Nacht, um die Bevölkerung mit aktuellen Tageszeitungen zu versorgen. Wenn diese Bereitschaft jetzt ausgenutzt werden soll, um die Wochenendarbeit auf alle Presseerzeugnisse, angefangen vom windigen Anzeigenblatt bis hin zur Illustrierten auszudehnen, dann sagen wir: Nicht mit uns! (. . .)
2. Bei den Zuschlägen muß der volle Ausgleich her für den Verlust aus der Steuerreform . . . Uns geht es darum, daß auch für die Zukunft klar ist: Nacharbeit, Arbeit an Sonn- und Feiertagen sind besondere Belastungen, die gesellschaftlich zu würdigen sind. (. . .)
3. Wir wollen besseren Gesundheitsschutz. Wir brauchen mehr Rechte für Beschäftigte und Betriebsrat, damit wir wirkungsvoller gegen krankmachende Arbeitsbedingungen vorgehen können. Wir wollen gesund die Rente erreichen! (. . .) Wir lassen uns in dieser Frage nicht belehren von Menschen, die einer Schicht angehören, die eine wesentlich höhere Lebenserwartung hat als Beschäftigte der Druckindustrie.
4. Wir wollen die Teilzeitbeschäftig-

ten schützen. Nicht zuletzt in unserem eigenen Interesse. Wir wollen nicht zusehen, wie immer mehr Kolleginnen und Kollegen aus den Stammbesellschaften herausgelöst werden, um den Unternehmern als flexible Manövriermasse zu dienen. (. . .)

Abschließend: Unser Streik ist Ausdruck eines schlichten menschlichen Interesses: Wir wollen arbeiten, um zu leben, nicht umgekehrt.



Medienstadt München

Der Konkurrenzkampf um den Titel „Medienstadt Nr. 1“ läuft schon länger zwischen Hamburg und München. 1985 hat die IHK München eine Studie veröffentlicht. Danach beherbergt München 9,4% aller Medienbetriebe der Republik, während der Anteil bei den Unternehmen insgesamt nur 3,6% beträgt. 1983 verzeichneten die Medienbetriebe in München einen Umsatz von 15,9 Mrd. DM.

Nach dieser Studie verteilen sich Betriebe und Beschäftigte wie folgt:

Bezeichnung	Betr.	Besch.
Druckereien	739	13 650
Presse-Distribution	551	9 400
Verlage	1 386	21 850
Filmherst./-vertrieb	379	3 200
Filmverleih/-vertrieb	156	1 200
Rundfunk/Fernsehen/		
Lichtspieltheater	56	4 640
Werbeagenturen	1 780	8 500
Theater/Galerien	248	1 750
gesamt	5 295	64 190

Die Mischung aus Kleinst- und Großbetrieben erschwert das gewerkschaftliche Handeln. Durchschnittlich beträgt die Betriebsgröße etwa zwölf Beschäftigte. Nach Gründung der IG Medien wird diese Organisation in München etwa 10000 Mitglieder umfassen, nur in rund 100 Betrieben verfügen die Belegschaften über einen Betriebsrat.

Tarifpolitik nach Gewinn?

Ulm. Der IG Metall Vertrauenskörper bei der Firma Kässbohrer verabschiedete am 4. April eine Erklärung gegen gewinnorientierte Tarifpolitik. Sie richtet sich gegen die von Murrmann vorgeschlagene Beteiligung am Unternehmensgewinn, sowie gegen die Äußerungen des Pressesprechers der IG Metall Jörg Barczynski dazu. Die Vertrauensleute stellen fest, daß eine gewinnorientierte Tarifpolitik nicht der Beschlußlage der IG Metall entspricht. Die Äußerungen des Pressesprechers sollen umgehend zurückgenommen werden. — (frm)

Daimler: Rückzieher bei Krankenjagd

Stuttgart. Daimler-Benz will den hohen Krankenstand verringern. Dazu ist bald jedes Mittel recht. So wurde kranken Beschäftigten folgendes Formular vorgelegt, das sie unterschreiben sollten. „Ich ... entbinde meinen Hausarzt von der ärztlichen Schweigepflicht und erkläre mich durch meine Unterschrift einverstanden, daß die Firma Daimler-Benz AG meinen behandelnden Hausarzt anschreibt und Diagnosen

Mannheim. Demonstration von rund 700 Postbeschäftigten am 1. April: Trotz Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 39 Stunden pro Woche steigt die reale Arbeitszeit, da gleichzeitig Verteil- und Erholzeiten zusammengestrichen wurden. So fallen in Mannheim über 3300 Std. Gesamtarbeitszeit weg. Für fast die gleiche Arbeit sind künftig rd. 85 Kräfte weniger da. Ab sofort müßte eine Kraft statt bisher 800 dann 900 Pakete stündlich verteilen. Die DPG setzt sich für eine tarifvertragliche Absicherung der Verteil- und Erholzeiten ein. — (kab)

sowie Befunde abfragt. Desweiteren bin ich einverstanden, daß mein Hausarzt eine Stellungnahme abgibt, aus der hervorgeht, ob künftig mit einer Besserung meines Gesundheitszustandes zu rechnen ist oder nicht.“ Seit 1987 hatten im Werk Untertürkheim sechs Beschäftigte solche Erklärungen unterschrieben. Nach Protesten von einem Betriebsrat der Gruppe plakat auf allen Betriebsversammlungen distanzierten sich die Werkleiter Haug und Hirschbrunn davon. Die Formulare würden zurückgezogen werden. (Quelle: Zeitung „plakat“ vom März 1989) — (ros)



Einzelhandel NRW

Düsseldorf. Am 5.4. boten die Einzelhandelskapitalisten in den Manteltarifverhandlungen für NRW an, die Wochenarbeitszeit zu verkürzen, wenn die Lohn- und Gehaltstarife für drei Jahre festgelegt werden und der Manteltarif in den nächsten fünf Jahren unkündbar ist. Die Löhne sollen 1989 um 3% steigen. Für alles Übrige fehlt jede konkrete Angabe. Das Arbeitszeitende 18.30 Uhr im Verkauf soll blockiert werden, ebenso eine Absicherung der Teilzeitbeschäftigten und die Verbesserung der Sonderzahlung. Die HBV lehnte das Angebot ab. Nächster Verhandlungstermin ist der 2. Mai. — (anl)

DeTeWe-Einigungsstelle platzt

Rendsburg. Auch die Einigungsstelle über einen Interessensausgleich für die 245 Beschäftigten von DeTeWe, überwiegend Frauen, ist gescheitert. Am 31.6.89 wird das Werk geschlossen. Ein Konzept der IG-Metall sah vor, daß etwa 60 Leute und die 25 Auszubildenden von der Firma Ahlmann Elektronik übernommen würden. In einer Frauen-Technologiezentrum GmbH sollten ca. 50 Kolleginnen aufgefangen werden und sich weiterqualifizieren. Den Kapitalisten war es immer noch zu teuer, daß sich die Betroffenen im neuen Betrieb finanziell nicht verschlechtern wollten. Der Bevollmächtigte der IG-Metall erklärte: „Ein Großteil der Betroffenen hätte sich zu

einem Wechsel bereit erklärt, auch wenn es dabei nicht zu einer vollen Abfindung aus dem DeTeWe-Sozialplan und sogar auch zu Lohneinbußen aufgrund anderer Akkordsätze gekommen wäre.“ — (hel)

IG Chemie: Nachschlag schnell und knapp

Mannheim. Die IG Chemie plant, Ende April mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie in Verhandlungen zu treten über eine Erhöhung der Vermögenswirksamen Leistungen auf 936 DM/Jahr. Der entsprechende Tarifvertrag ist kündbar. Mit der möglichst zügigen Verhandlung verfolgt die IG Chemie zugleich das Ziel, weitere Nachschlagdiskussionen zu unterbinden. Hierzu soll vor Inkrafttreten der angestrebten Erhöhung zum 1.1.1990 zeitgleich mit der diesjährigen Tarifierhöhung um 2% eine einmalige effektive Leistung zwischen 300 und 400 DM gezahlt werden, was auf das Eck-Entgelt übers Jahr zusätzlich ca. 1% wäre. — (tht)

ÖTV-Demonstration für mehr Lohn

Köln. Die ÖTV Köln ruft für den 22.4. alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten und die Mitglieder anderer Gewerkschaften auf, die Beschäftigten in den Krankenhäusern durch Teilnahme an einer Demonstration zu unterstützen. Die ÖTV protestiert gegen die Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und Pflegeheimen und die Auswirkungen auf die Patienten und ruft zur Unterstützung der Tarifforderung auf. — (uld)



USA: Die 6200 Beschäftigten in den drei Hauptbetrieben der Metallverpackungs-Industrie setzten einen neuen Lohntarif durch (Bild: Beschäftigte bei Crown, Cork u. Seal Co., Chicago, begrüßen den Abschluß). Neben dem Inflationsausgleich werden in den ersten beiden Jahren die Löhne um je zwei Prozent, im dritten Jahr um 30 Cents erhöht, im vierten wird je Beschäftigten ein Zusatzbetrag von 300 \$ ausgezahlt. Um die extremen Überstunden zu begrenzen, vereinbarte die Stahlarbeitergewerkschaft, daß nach der 60. Wochenstunde ein Überstundenzuschlag von 150% gezahlt werden muß. Der vorhergehende Tarif war 1986 nach 16 Tagen Streik abgeschlossen worden, damals konnte keine Lohnerhöhung erreicht werden. — (gba)

Gegen „Führerkult“-Feiern

Demonstration gegen Faschismus

Flensburg. Seit mehr als fünf Jahren bereiten sich international unter dem Namen „Super-Ting“ faschistische, neonazistische und rechtsorientierte Bewegungen und Parteien auf den 20. 4. 1989 — Hitlers 100. Geburtstag — vor. In der BRD gibt es das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH), dessen vom Verfassungsschutz geschätzte Mitgliederzahl 1987 bei 500 lag. Geplant ist, an mehreren europäischen Orten Demonstrationen durchzuführen. Bekannt wurde bisher sehr wenig. In Dänemark will die „Danmarks Nationalsocialistiske Bevaegelse“ (DNSB) ihre Jahreshauptversammlung am 20.4.89 durchführen. Michael Kühnen hat eine Hauptdemonstration in Europa angekündigt. Es werden dazu Faschisten aus Dänemark, Spanien, Frankreich, Belgien und Norwegen erwartet. Skin-Kreise verbreiten einen Ort in Süddeutschland als Feier- bzw. Demonstrationort. Ein seit langem im Gerede stehendes Flugblatt zum Treffpunkt der Faschisten und Skins in Flensburg als Ort der „Führerfeierlichkeit“ hat sich nun eindeutig als Flop herausgestellt.

Bei verschiedenen Beratungen in den letzten Monaten haben sich Antifaschisten über Gegenaktionen verständigt. Mitte März wurde von ca. 30 Antifaschisten aus zwölf Orten Schleswig-Holsteins ein Flugblattentwurf fertig gestellt. Leider gelang es nicht, den Aufruf zu Gegenaktionen bzw. Antifa-Wochen als einheitlichen Aufruf zu verankern. Obwohl sich auf der landesweiten Aktionskonferenz im Februar die anwesenden ca. 150 Antifaschisten auf die „Durchführung einer antifaschistischen Aktionswoche vom 15. bis zum 23.4.89“ in ihren Aktionsvorschlägen einigten, wurde auf einem Folgetreffen des Antifaschistischen Bündnisses Schleswig-Holstein (SH) von einer Demonstrationsunterstützung vorerst abgesehen. Zu den Vorbereitungen der Aktionen in der Zeit vom 15.4. bis 23.4. kamen meist nur jüngere Antifaschisten. Ende März einigten sich die Flensburger (FL) Antifaschisten vom Antifa-Bündnis auf die Durchführung einer örtlichen Demonstration. Der landesweite Anspruch wurde aufgegeben bzw. konnte wegen der geringen Unterstützung nicht aufrechterhalten werden. Der schon erarbeitete Aufruf und die Erklärung wurden von dem Antifa-Bündnis Flensburg dann auch nicht mehr unterstützt. Mitglieder des Antifa-Treffens „Nordwest“ setzten sich dann für eine regionale Unterstützung der Flensburger Demonstration ein.

Im folgenden werden Auszüge aus dem Flugblatt des Antifa-Bündnisses Flensburg und aus dem Unterstützungsflugblatt, welches von 15 Organisationen, Gruppen und Zusammenschlüssen aus dem Kreis Dithmarschen und Nordfriesland sowie den Orten Rendsburg, Husum und Schleswig herausgegeben wird, dokumentiert. — (ale)

„Wir lassen uns von der Beruhigungsstrategie nach den Wahlerfolgen der „Neuen Rechten“ in Berlin und Hessen nicht hinhalten! Gerade der Wahlkampf in Hessen zeigt, wie weit das rechtsextremistische Gedankengut in der Öffentlichkeit Fuß gefaßt hat! Damit nicht genug: Mit unseren Steuergeldern (Wahlkampfkostenerstattung) verkünden die legitimen Arme (die Parteien) der Faschisten ihr Nahziel am 18. Juni: Europaparlament ...“

„... Schon 1986 gab es zu diesem Datum in Flensburg zwischen AntifaschistInnen auf der einen Seite und Flensburger Skinheads mit Neo-Faschisten auf der anderen Seite Auseinandersetzungen. Ein paar Tage vorher wurden von der Polizei Informationen an die Flensburger Einwohner bzw. Geschäfts-

leute gegeben. Dort wurde für Samstag, den 20.4., ein Treffen der Skinheads angekündigt und auf bevorstehende Auseinandersetzungen mit „Punk's“ hingewiesen ... Die Logistik für das Treffen hatte die Nationalistische Front (NF) aus Bielefeld übernommen ... Nach Angriffen auf BürgerInnen und AntifaschistInnen wurden im Laufe des Abends ca. 60 Skinheads von der Polizei zum Bahnhof abgedrängt und von dort mit einem extra organisierten Sonderzug nach Hamburg zurückgefahren.

Die antifaschistische Bewegung hat sich verstärkt. Die Bereitschaft zu direkten Gegenaktionen bzw. Verhinderungen von Faschistenversammlungen hat zugenommen. Ebenfalls die Zusammenarbeit der verschiedenen antifaschistischen Bewegungen. Daraufhin lehnten erstmals vier Kreiswahlausschüsse 1988 zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein die Zulassung von Republikanern und NPD zu den Landtagswahlen ab. In einigen Städten wurde von den Ratsversammlungen beschlossen, faschistischen Organisationen Räumlichkeiten und Plätze für Versammlungen zu verweigern. Die Begründung erfolgte aus Art. 139 GG: ... Wir rufen alle AntifaschistInnen Schleswig-Holsteins auf, sich an den örtlichen wie überregionalen Aktionen gegen Faschismus und Führerfeierlichkeiten am 15.4. und 20.4.89 zu beteiligen. Wir fordern die kommunalen Beschlußkörper auf, allen Faschisten Räumlichkeiten und Plätze zu verweigern. Wir fordern alle privaten Gaststättenbetreiber auf, ihre Räumlichkeiten Faschisten nicht zur Verfügung zu stellen. Falls durch Unwissenheit von Kommunen oder Gaststättenbesitzern faschistischen Umtrieben Vorschub geleistet wird, so fordern wir diese auf, alles zu unternehmen, dieses nachträglich wieder rückgängig zu machen ... Um gegen diese faschistischen Aktivitäten tätig zu werden und bei den antifaschistischen Aktionen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen, haben sich am 18.3.89 Mitglieder verschiedener Organisationen und Initiativen getroffen. Wir haben uns in der Beratung darauf geeinigt, die faschistische und reaktionäre Ideologie und Politik in folgenden Punkten anzugreifen: Kern faschistischer Ideologie ist die Volksgemeinschaft. Um die Idee der Volksgemeinschaft wiederzubeleben, haben die Faschisten Forderungen nach Mittelstandsförderung, Eliteförderung, Propaganda der Familie als Keimzelle des Volkes und nach bodenständiger Ökologienpolitik („Biotop Deutschland“: die Republikaner) in ihre Propaganda mit aufgenommen.

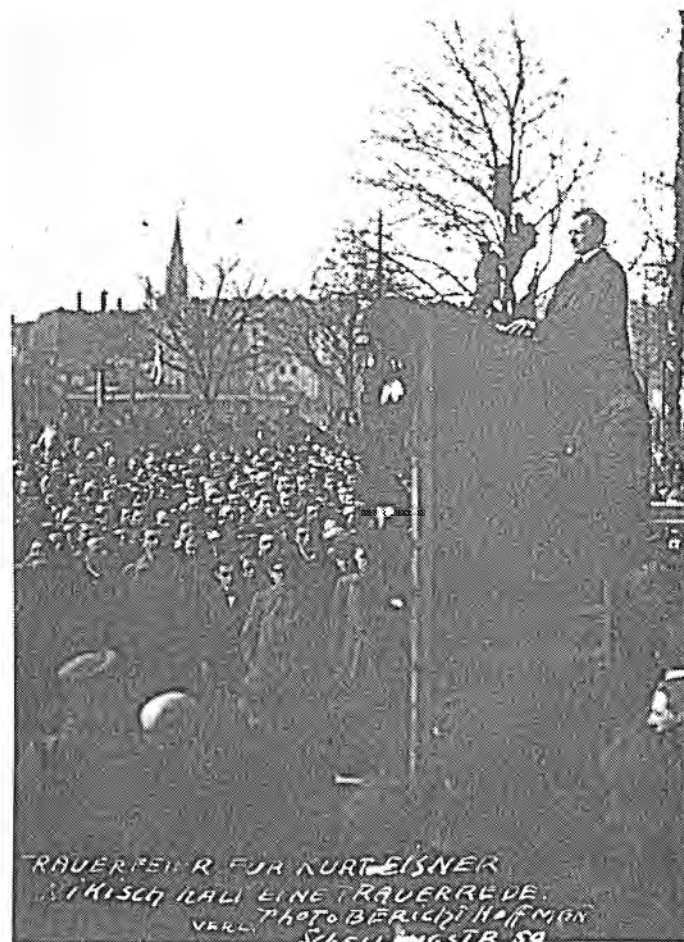
Ihr Ziel ist es, kollektive Rechte der ArbeiterInnen/Lohnabhängigen zu bestreiten, ihre Gewerkschaften zu beseitigen und Arbeitsbedingungen zu schaffen, unter denen das Leben der ArbeiterInnen nichts zählt. Die Volksgemeinschaftsideologie soll davon ablenken, daß UnternehmerInnen mit ihren Profitinteressen Schuld sind an der Arbeitslosigkeit, unzureichender Wohnungsverorgung, profitorientierter Ausbildung usw. Stattdessen wird u.a. ein vermeintlicher Gegensatz zwischen ‚den Deutschen‘ und allen ‚Fremdländischen‘ aufgebaut. Die Faschisten liefern damit zugleich eine rassistische Begründung für die von den UnternehmernInnen gewollte ‚Rotation‘ ausländischer ArbeiterInnen, d.h. ‚Ansaugen‘ frischer und ‚Ausstoßen‘ verschlissener Arbeitskräfte. Darüber hinaus bieten die Flüchtlinge als besonders entrechteter Teil der ausländischen Bevölkerung für die Faschisten Angriffsziele.

Dagegen setzen wir folgende Forderungen: Soziale, politische und rechtliche Gleichstellung von ausländischen und westdeutschen Menschen. Schluß mit der besonderen Herausstellung der Förderung irgendwelcher ‚Deutschblütigkeit‘. Abschaffung aller Sondergesetze. Uneingeschränkte politische und gewerkschaftliche Betätigung. Uneingeschränktes Aufenthaltsrecht und Wahlrecht. Uneingeschränktes Asylrecht. Gleiche Rechte für alle Bewohner des Gebietes der BRD ... Wir kämpfen gegen staatliche Unterdrückung und Überwachung und wollen nicht zulassen, daß ‚Gegner des demokratischen Rechtsstaats‘ vernichtet werden. Wir unterstützen die Kampagne gegen Berufsverbote und gegen den § 129 Strafgesetzbuch.“

Fotografie im Münchner Stadtmuseum

Revolution München 1918/19

Aus Anlaß der Ausstellung „München 1918/19 — Die Revolution im Spiegel der Fotografie“ im Fotomuseum im Münchner Stadtmuseum vom 4.11.1988 bis 12.3.1989 ist ein Buch vom Verlag Dirk Nishen und dem Münchner Stadtmuseum herausgegeben worden. Die Herausgeber nennen als entscheidende Überlegungen für dieses Ausstellungsvorhaben: „Zum einen wollen wir, an die ‚ungeliebte Revolution‘ erinnernd, Aufklärung über die Revolutionsereignisse vermitteln sowie auf ihre emanzipatorischen Gehalte und die unverändert aktuellen Problemlagen verweisen, andererseits fotografie- und medien-geschichtliche Fragen stellen und Interesse für das Thema ‚Fotografien als Geschichtsquellen‘ wecken.“ Die Autoren haben für diese Ausstellung zahlreiche Bilddokumente — Fotos, Flugblätter, Plakate — zusammengetragen. Gegenüber der Ausstellung „Die Zwanziger Jahre in München“, die ebenfalls vom Münchner Stadtmuseum vor zehn Jahren durchgeführt wurde, konnte zusätzliches Bildmaterial zusammengestellt werden. Diese Arbeit von Rudolf Herz und Dirk Halbrodt gliedert sich in Teil I „München 1918/19 — Skizze zur politischen Geschichte“; Teil II „Die Fotografie der Revolutionsmonate“; Teil III „Die Fotografie der Gegenrevolution“; Teil IV „Revolutionsretrospektiven“ und Teil V „Heinrich Hoffmann — eine Fotografenkarriere“. Die Kommentierung und Bewertung deuten Sympathie für die Räterepublik an, vermeiden jedoch eine Parteinahme für die revolutionär-sozialistischen Organisationen und für die Interessen des Proletariats. Im Mittelpunkt stehen die Fotografien von Ereignissen und Persönlichkeiten dieser Rätezeit. Die Autoren interessieren sich für die Funktionen und Bedeutungen der fotografischen Bildpublizistik. — (dil)



Der 2. Vorsitzende des Landessoldatenrates Fritz Schröder als Trauerredner auf dem Martinsplatz vor dem Ostfriedhof, 26. Februar 1919. Postkarte.

Wählerinnen u. Wähler!

Die Revolution ist das Werk der Unabhängigen Sozialdemokratie, die damit das alte System gestürzt und den Krieg beendet hat.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat durch die Revolution den Frauen das Wahlrecht gegeben.

**Die Unabhängige Sozialdemokratie wird die Errungen-
schaften der Revolution sichern.**

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat es sich zur Aufgabe
gesetzt, alle Sozialisten wieder zu **einheitslicher Aktion**
aufzuführen.



Stimmt deshalb für die Liste der
Unabhängigen Sozialdemokratie

mit dem Namen

Kurt Eisner!

Wahlflugblatt der USPD, Anfang 1919. Die sozialistische Republik wird gefordert. Rechte der Arbeiterräte werden kaum propagiert.

ARBEITER! SOLDATEN!

Die Versammlung der Betriebs- und Soldatenräte im Hofsaalhaus am 21. April 1919 hat beschlossen, den Generalstreik am Dienstag nachts 12 Uhr für beendet zu erklären.

Der letzte Tag des Generalstreiks

Dienstag, den 22. April 1919

soll zu einer wichtigen Demonstration des Münchener klassenbewußten Proletariats werden.

Es ruhen sämtliche Betriebe

Die Arbeiterkassen sind selbst für die Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen!

Das ti lli: Tennonechan c'antl bounginon Archaen und Soldaten ... von dem K'ongonachon in der

Um 3 Uhr: **11 grosse öffentliche Versammlungen**

in folgenden Städten: Ansbacher Keller, Gymnasialstraße; Bärgerbräuhaus, Hauptstraße; Hofbräuhaus-Festsaal, Poth-
Löwenbräuhaus, Ringstraße; Maßhäuser-Festsaal, Hauptstraße; Münchener Kindtheater, Hauptstraße; Kathol. Gesell-
schaftshaus (Knecht), Hauptstraße; Schwabingerbühne, Isarstraße; Theatersaal, Hauptstraße; Tuschke, Theaterstraße;
Wagneraal, Sommerstraße. Die Straßens- und Lichtverhältnisse veranlassen nicht auf die folgenden Städte.

5 Uhr: Massenversammlung

Demonstrationszug

[illegible]

Die Stadt trägt roten Flaggenschmuck!

Arbeiter, Soldaten! Zeigt der Bourgeoisie, daß ihr fest gewillt seid, das Errungene zu behaupten und den Kampf um eure Freiheit bis zum vollen Siege durchzuführen!

Hoch die Diktatur des Proletariats!
Hoch die rote Armee!

Hoch die proletarische Weltrevolution!

München, 21. April 1919

Der Unflugsat der Betriebs- und Soldaten im Münchener

Entscheidung über die Veranstaltungen am letzten Tag

ralstreiks, 21.4.1919, Plakat. Die Organisierung, Aufrüstung und Bewaffnung des Proletariats wurde...

und Bewahrung des Proletariats wurde verbessert.

Bekanntmachung über die Veranstaltungen am letzten Tag des Generalstreiks, 21.4.1919, Plakat. Die Organisation, Aufklärung und Bewaffnung des Proletariats wurde verbessert.



Maschinengewehrstellung der Bahnhofswache während der Zweiten Räterepublik, April 1919.

ROTE ARMEE

Die rote Armee der Räterepublik Bayerns hat den Zweck, die Republik der revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten gegen jede gegenrevolutionären Angriffe von außen und innen zu schützen und für Ordnung und Sicherheit Gewähr zu leisten. Die rote Armee ist eine freiwillige.

Aufnahmebedingungen:

Es können nur Angehörige aller erhellenden Klassen aufgenommen werden, die auf dem Boden der Räterepublik stehen.

Vorbedingungen für die Aufnahme in die rote Armee:

1. Altersgrenze vollendetes 23. bis 45. Lebensjahr (Ausnahme möglich).
2. Körperliche Rüstigkeit.
3. Keine Strafen wegen ehrloser Handlungen (Strafe wegen politischer Vergehen ausgenommen).
4. Bründliche Ausbildung mit einer Waffe oder sonstigen militärischen Hilfsmitteln (Technische Truppen, Sanitätspersonal, mit Handwerker usw.).
5. Zugehörigkeit zu einer sozialistischen oder freigewerkschaftlichen Organisation der klassenbewußten Arbeiterschaft. Bisherige Berufssoldaten, welche sich ohne Vorbehalt auf den Boden der Räterepublik stellen.
6. Erwerbslose, welche die oben gestellten Bedingungen erfüllen, werden in erster Linie eingestellt.
7. Als Stämm für die neue Armee werden die bestehenden Formationen übernommen.
8. Alle in die rote Armee Eintretenden werden durch Handschlag auf die Räterepublik verpflichtet.
9. Strengste Disziplin und unbedingter Gehorsam wird gefordert.

Jeder Angehörige der roten Armee erhält ein Dienststipendium von M. 6,- nebst M. 1,- Truppenmiete sowie Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung. Verheiratete (Selbstverpfleger) erhalten M. 5,- Zulage für Verpflegung und Unterkunft sowie für München eine Teuerungszulage von M. 2,50 pro Tag.

Angeworben wird:

- a) für München: Ortsansässige eines hiesigen Truppenteils beim Truppenteil;
- b) in den übrigen Garnisonen: bei den dort bestehenden Truppenteilen.

Der Werbebüro (in städtischen Wehramt (Winterzeile)) besteht aus einer Kommission, die sich aus Arbeiter, Soldaten und Bauern zusammenstellt. Der Vorsitzende dieser Kommission ist Kamerad und Kommandeur Wimmer vom Volkswachschutzbataillon des bayerischen Landessoldatenrates.

Die Werbung beginnt Donnerstag, den 10. April 1 Uhr mittags. Militärpapire sowie die aus obigen Bedingungen hervorgehenden Unterlagen sind mitzubringen.

Über Bewährung des Städte-Proletariats sowie der Bauern erfolgen sofort gesonderte Bestimmungen.

Zentralrat Volksbeauftragter Landessoldatenrat Körpersoldatenrat

Werbung für die Rote Armee, April 1919. Jeder Angehörige der Roten Armee erhält bei freier Verpflegung, Unterkunft und Kleidung 7 Mark, verheiratete Selbstverpfleger erhalten zusätzlich 7,50 DM. In einem Aufruf des Stadtkommandanten Rudolf Eglhofer an die streikenden Arbeiter vom 16. April 1919 heißt es: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Arbeiter! Genossen! Ihr steht im Kriege mit der Bourgeoisie! Ihr wollt und müßt siegen! Darum Disziplin, Disziplin und nochmals Disziplin! Wählt Euch gute Führer, gehorcht ihnen unbedingt und setzt sie sofort ab, wenn sie im Kampf versagen. Bildet Kompanien und Bataillone. Versammelt Euch täglich auf selbst bestimmten Appellplätzen in Euren Betrieben ...“

Kleinkinderversorgung

Was will Frau Ministerin Lehr?

Anfang Februar ließ die neue Familienministerin Lehr mehr so nebenher die Bemerkung fallen, sie könne sich vorstellen, Kindergärten auch schon für zweijährige Kinder zu öffnen. Es gab eine kurze hitzige Debatte in den Zeitungen. Praktische Beschlüsse in dieser Richtung sind bisher nicht gefallen.

Sollte bei der CDU-Frau doch ein Fünkchen Fortschrittlichkeit vorhanden sein? Zumindest kommt sie um die Probleme berufstätiger Frauen nicht herum. Nach ihrer Äußerung gab es erstmalig Kontra aus der CDU, die Familie sei doch die Keimzelle allen Lebens, darum solle sie sich kümmern. Sofort kam auch von der kinderärztlichen Vereinigung Protest: Aus gesundheitlichen Gründen müßten sie diese Forderung ablehnen. Zweijährige seien noch in einer empfindlichen psycho-körperlichen Verfassung, der familiäre Lebensraum sei unumgänglich, sonst drohten emotionale und soziale Fehlentwicklungen. Die Krippen- und Kindergartenplätze sollten weiterhin „auf soziale Notsituationen beschränkt bleiben“. Ein guter Krippenplatz koste pro Monat und Kind 2000 DM, auch daher sei dieses familienersetzende staatliche Erziehungssystem abzulehnen.

Bestärkt wurde die Lehrsche Aussage durch den Kinderschutzbund: „Die Anzahl der Einzelkinder wächst ständig. Für ihre Entwicklung ist der Kindergarten erzieherisch geradezu notwendig. Außerdem gibt es eine Million Alleinerziehende, die einen Krippenplatz brauchen.“

Auch Herr Fthenakis vom Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung, München, stellte sich hinter Frau Lehr. Die Annahme, Babys brauchten eine Bezugsperson, am besten die Mutter, sei empirisch nicht hinreichend belegt. Vielmehr könnten Babys zu allen Menschen, die regelmäßig da seien, Beziehungen aufbauen. Wichtig sei, wie gut der Betreuende auf die Bedürfnisse des Kindes eingehe.

Und da kommen wir zur Kritik an Frau Lehr. Zweijährige sind sicher noch nicht so selbständig wie drei- oder vierjährige Kinder, da haben die Ärzte natürlich recht, das weiß jeder. Sie brauchen noch mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung und eine kleinere Bezugsgruppe als die größeren Kinder. Die „Großen“ können sich eher in einer Gruppe mit 20 Kindern zurechtfinden, Freundschaften schließen, auf andere Kinder zugehen, Streit ausfechten.

Wenn jetzt die kleinen Zweijährigen auch schon in die bestehenden Kindergärten mit hinein sollen, in Gruppen mit 20 bis 25 Kindern, sind sie schlicht überfordert, sie gehen hoffnungslos unter, werden sie sich nicht wohlfühlen, und die berufstätigen Mütter werden mit einem schlechten Gewissen bei der Arbeit sein. Denn wer hat es nötig, seine Kinder mit zwei Jahren in den Kindergarten zu schicken? Das sind berufstätige Mütter, die keine Oma haben, die nicht das Geld für eine Tagesmutter oder eine kombinierte Haushaltshilfe aufbringen können. Das sind die Alleinerziehenden, die es eh schon schwer haben, alles alleine mit den Kindern zu regeln, und das mit wenig Geld.

Normalerweise ist es so, daß Kinder von null bis drei Jahre in eine Kinderkrippe kommen können, von drei bis sechs in den Kindergarten, danach in einen Kinderhort (vor oder nach der Schule).

In den Kinderkrippen sollten höchstens acht Kinder pro Gruppe sein. Das ist die maximale Gruppenstärke, so daß die einzelnen Kinder auch noch einen guten Kontakt untereinander und zu den Bezugspersonen haben und die Erzieher den größeren Pflegeaufwand (Wickeln, Füttern etc.) bewerkstelligen können. Frau Lehr hat aber nicht gesagt: „Wir wollen die Kinderkrippen ausbauen, um mehr Kinder aufnehmen zu können.“ Nein, sie will die Zweijährigen in die Kindergärten aufnehmen.

Mir scheint, sie will das Krippensystem abbauen, ausbluten

lassen (denn natürlich ist ein guter Krippenplatz teuer — wieder haben die Kinderärzte recht): die Zweijährigen in die Kindergärten rein und fertig. Was dabei herauskommt, ist, daß die Kindergärten wieder zu reinen *Aufbewahrungsanstalten* werden, aus denen die Kinder dann allerdings verschüchtert und mit emotionalen und sozialen Fehlentwicklungen rauskommen. Und die Eltern sagen dann, nein, da geb' ich mein Kind nicht hin.

Wofür sich Gewerkschafter und Elterninitiativen in Schleswig-Holstein einsetzen, ist:

— Ein Kindertagesstättengesetz, worin die Verpflichtung des Landes festgeschrieben ist, sich an den Kosten und am gesamten Bildungsproblem im Elementarbereich zu beteiligen. Wenn der Elementarbereich einen eigenständigen Bildungsauftrag hat, hat jedes Kind das Recht auf einen Kindergartenplatz. Dieses Recht kann nur wahrgenommen werden, wenn kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird.

— Mehr Kinderkrippen-, -gärten-, -hortplätze entsprechend dem tatsächlichen Bedarf (heute sind Wartezeiten von ein bis drei Jahren keine Seltenheit).

— Öffnungszeiten, die den Bedürfnissen berufstätiger Eltern angeglichen werden (z.B. städtische Kindergärten in Schleswig sind nur von acht bis zwölf Uhr geöffnet).

— Niedrige Elternbeiträge und Nulltarif für einkommensschwache Familien und Sozialhilfeempfänger.

— Ausreichend qualifizierte Betreuung und räumliche Ausstattung.

— aus „Nachrichten, Analysen, Mitteilungen“ der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, 7/1989 — (sah)

Dokumentiert

Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung

Diese Koproduktion aus dem Hause Zimmermann und Scholz wurde am 10. Januar 1989 veröffentlicht. Es handelt sich um eine umfassende Studie vom Innen- und Verteidigungsministerium zur Bestandsaufnahme und zum weiteren Ausbau sämtlicher staatlichen und gesetzlichen Ebenen der Kriegsvorbereitung. Die Kriegsplaner für die Mobilmachung an der inneren wie äußeren Front kommen zu einer beachtlichen Konkretisierung ihrer Forderungen, wenn sie z.B. verlangen, daß die Schaffung von „personellen und materiellen Voraussetzungen“ für Wehrstrafgerichte verstärkt fortgesetzt werden sollen; oder der Personen- und Objektschutz verstärkt, oder sämtliche Medien einschließlich der Privatsender der „Verlautbarungspflicht“ unterworfen werden, oder das Arbeitsrecht auf „Mehrarbeit oder Sonn- und Feiertagsarbeit in erweitertem Umfang“ im Span-

nungs- und Verteidigungsfall getrimmt werden soll! Sämtliche Verschärfungen des geplanten Katastrophenschutzergänzungsgesetzes (siehe: Politische Berichte 7/1989), dessen Entwurf am 10.3.1989 an den Bundesrat ging, sind in den Rahmenrichtlinien bereits als Planungsgrundlage enthalten. Um der gewerkschaftlichen und antimilitaristischen Opposition eine öffentliche Kritik dieser Kriegspläne zu erleichtern, dokumentieren wir im folgenden ausführliche Auszüge aus diesem Machwerk. — (mab)

„(2) Militärische Verteidigung und zivile Verteidigung sind organisatorisch eigenständig, stehen jedoch als *Gesamtverteidigung* (Hervorh. im Original) in einem unauflösbaren Zusammenhang ...

(7) *Vorbereitung im Frieden*: Alle Maßnahmen der Gesamtverteidigung sind im Frieden, soweit notwendig und möglich, vorzubereiten.

(8) *Zusammenwirken*: Die Träger von Gesamtverteidigungsmaßnahmen aller Ebenen haben sowohl im Frieden als auch in einer Krise und im Verteidigungsfall bei allen Planungs-, Vorbereitungs- und Durchführungsmaßnahmen im erforderlichen Umfang zusammenzuwirken ...

(16) Das Prinzip Vorverteidigung der militärstrategischen Konzeption der NATO ist für die Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar. Die Verteidigung muß gemeinsam mit den Verbündeten so frühzeitig und grenznah wie möglich mit einem Höchstmaß an Kampfkraft aufgenommen und zusammenhängend geführt werden mit dem Ziel, einen Konflikt rasch zu beenden, Gebietsverluste zu verhindern und den Schaden für die Bundesrepublik Deutschland so gering wie möglich zu halten

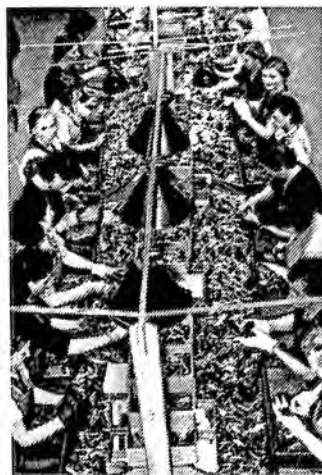
... (18) Die zivile Verteidigung umfaßt die Planung, Vorbereitung und Durchführung aller zivilen Maßnahmen, die zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit einschließlich der Versorgung und des Schutzes der Zivilbevölkerung erforderlich sind ... Mit dieser verteidigungsbezogenen Aufgabenstellung reiht sich die zivile Verteidigung in das einheitliche staatliche Vorsorge- und Gefahrenabwehrsystem ein, das zusätzlich zu Maßnahmen und Vorkehrungen bei friedenszeitlichen Katastrophen und im Rahmen der Notfallvorsorge (z.B. bei Versorgungskrisen) auch die Vorsorge und den Schutz vor Gefahren im Zusammenhang mit einem Verteidigungsfall umfaßt ...

(19.2.3) *Rechtspflege*: ... (2) Der Bund ist nach dem Grundgesetz ermächtigt, *Wehrstrafgerichte* für die Streitkräfte zu errichten, die im Verteidigungsfall als Bundesgerichte die Strafbarkeit über Angehörige der Streitkräfte und nach dem III. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über Kriegsgefangene ausüben werden.

Es ist zu entscheiden, ob und wie a) von der Ermächtigung des Grundgesetzes Gebrauch gemacht werden soll; b) die bisherigen Vorbereitungen für die Errichtung dieser Gerichte fortgesetzt werden sollen. Diese beruhen auf der seit 1970 im Bundeshaushaltsplan enthaltenen Feststellung, daß die notwendigen personellen und materiellen Vorbereitungen schon vor Verabschiedung der Ausführungsgesetze zu Art. 96 Abs. 2 des Grundgesetzes (d.h. die Möglichkeit der Einrichtung von Wehrstrafgerichten, d.Red.) zu treffen sind, damit die Wehrstrafgerichte im Verteidigungsfall sofort ihre Arbeit aufnehmen können ...

(19.3) *Unterbringung und Schutz staatlicher Organe*: (1) Die staatliche Organe, die Funktionen der Gesamtverteidigung wahrnehmen, sind in einer Krise und im Verteidigungsfall so unterzubringen und zu schützen, daß sie ihre Aufgaben möglichst ungehindert fortführen können. (2) Zu diesem Zweck sind bereits im Frieden administrative Maßnahmen derart zu ergreifen, daß 1. diesen Organen entweder insgesamt geschützte Gebäude oder geschützte Funktionsräume innerhalb von Gebäuden zur Verfügung stehen ... 3. je nach Gefährdung in einer Krise und im Verteidigungsfall eine Verstärkung der Schutzmaßnahmen für bestimmte Personen angeordnet werden kann (Personenschutz) ...

(19.5) *Medien*: (1) Zur Aufrechterhaltung staatlicher Funktio-



Alles schon mal dagewesen: Links: faschistische Selbstschutzpropaganda. Rechts: Frauen dienstverpflichtet.

nen in einer Krise und im Verteidigungsfall sind die Bundesregierung und die Landesregierungen auf die Mitwirkung der Medien, insbesondere des Rundfunks (Hörfunk und Fernsehen) angewiesen ... (3) Dazu ist erforderlich, daß 1. die Sendeeinrichtungen von Rundfunkanstalten sowie die Übermittlungswege im erforderlichen Umfang verfügbar und funktionsfähig gehalten werden; 2. die Mitwirkung der Rundfunkanstalten gewährleistet ist. (4) Die Rundfunkanstalten des Bundesrechts, Deutsche Welle und Deutschlandfunk, haben der Bundesregierung aufgrund gesetzlicher Verpflichtung ihren Aufgaben entsprechend unverzüglich die erforderliche Sendezeit zur Bekanntgabe von Gesetzen, Verordnungen und Verlautbarungen einzuräumen. (5) Nach den Landes-Rundfunkgesetzen bzw. den zugrundeliegenden Staatsverträgen steht ein Verlautbarungsrecht entweder sowohl der Bundesregierung als auch der jeweiligen Landesregierung oder auch nur der jeweiligen Landesregierung zu. (6) Es ist sicherzustellen, daß amtliche Verlautbarungen der Bundesregierung bundesweit gesendet werden. (7) Auch für die privatwirtschaftlich organisierten Rundfunkveranstalter ist eine Verlautbarungspflicht einzuführen. (8) Zu prüfen wird sein, inwieweit auch die neuen Medien, insbesondere die elektronischen Textkommunikationsformen (Bildschirm-, Video- und Kabeltext) zur Information über amtliche Verlautbarungen genutzt werden können ...

(19.6) *Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung:* ... (3) In einer Krise und im Verteidigungsfall ist ein zusätzlicher Objektschutz zu betreiben. Zu schützen sind zivile Objekte, deren Ausfall die zivile Verteidigungsfähigkeit nachhaltig einschränkt, oder denen neben der zivilen auch eine militärische Bedeutung zukommt. Hierzu sind ... 3. zivile Objekte von militärischer Bedeutung von den Streitkräften im Benehmen mit den zivilen Behörden im Frieden festzulegen. Ihr Schutz obliegt in erster Linie den Streitkräften; 4. auf der Grundlage der von der Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern herauszugebenden Grundsätze über die Zusammenarbeit zwischen den Polizeien der Länder und dem Bundesgrenzschutz in einer Krise und im Verteidigungsfall sowie für deren Zusammenarbeit mit den Streitkräften im Spannungs- und Verteidigungsfall und in Verbindung mit den noch zu erlassenden Objektschutzrichtlinien durch die zuständigen Landesbehörden mit den Verteidigungskreiskommandos im Frieden gemeinsame Pläne für den Objektschutz in ihrem Bereich zu erarbeiten. Darin ist die Verantwortlichkeit für den Schutzauftrag bei zivilen Objekten und bei zivilen Objekten von militärischer Bedeutung im einzelnen festzulegen ...

(20.1) (7) Der Zivilschutz im nationalen Bereich ist dahingehend fortzuentwickeln, daß die rechtlichen Grundlagen zum Zivil- und Katastrophenschutz unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Wirksamkeit überarbeitet und Lücken in den vorhandenen Gesetzen durch ein Ergänzungsgesetz ausgefüllt werden ...

Darüber hinaus sollen die Gemeinden Beratungs- und Leitstellen einrichten, für die Selbstschutzberater zu bestellen und auszubilden sind. Der Bundesverband für den Selbstschutz bildet die Selbstschutzberater aus.

(20.3) *Hilfeleistungsmaßnahmen (Katastrophenschutz, Technisches Hilfswerk):* ... Der Erlass des Bundesministers des Inneren zur Errichtung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk soll durch eine gesetzliche Rechtsgrundlage ersetzt werden, durch die die Aufgaben des Technischen Hilfswerks 1. Mitwirkung im Zivilschutz; 2. Leistung technischer Hilfe bei der Bekämpfung von Katastrophen und anderen Schadensereignissen im Einvernehmen mit den für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen; 3. Leistung technischer Hilfe im Auftrag der Bundesregierung im Ausland; festgeschrieben werden.

(20.4) *Gesundheitliche Versorgung:* (1) Das weitgehend auf die Normalversorgung im Frieden ausgerichtete Gesundheitswesen wird nur dann in der Lage sein, eine plötzlich anfallende große Anzahl von Verletzten und Kranken gleichzeitig zu behandeln, wenn die Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung auch den Anforderungen eines Massenankfalls rechtzeitig Rechnung tragen können ... (20.4.2) Bundesgesetzlich ist zu bestimmen, daß ... die Träger und Inhaber von Krankenhäu-



„Einsatz von Beamten im Ausland“: „Reichsprotector“ v. Neurath in der annektierten CSSR 1939.

sern zur Aufstellung von Einsatz- und Alarmplänen zur Versorgung der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall verpflichtet werden können ...

(20.2.) *Arbeitsleistungen:* ... Auf dem Gebiet der gesundheitlichen Versorgung ist bundesgesetzlich festzulegen, daß 1. die nach Landesrecht zuständigen Behörden den voraussichtlichen Bedarf zu ermitteln haben; 2. die Bundesregierung ermächtigt wird, durch Rechtsverordnung, soweit nicht anderweitig gesetzlich geregelt, eine *Meldepflicht* der nicht berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe einzuführen ...

(23.3) *Arbeitsrecht.* Gemäß noch zu erlassender Rechtsvorschriften ist sicherzustellen, daß die Arbeitsverhältnisse auch im Spannungs- und Verteidigungsfall soweit wie möglich aufrechterhalten werden. Dazu gehören Regelungen, nach denen ... 2. Arbeitnehmer im Interesse der Erledigung von lebens- und verteidigungswichtigen Aufgaben a) Mehrarbeit oder Sonn- und Feiertagsarbeit in erweitertem Umfang oder b) eine andere Art der Arbeit oder die Arbeit an einem anderen Ort zu erbringen haben. Änderungen des Arbeitsrechts zu Lasten der Arbeitnehmer müssen sich an die Grenzen der Zumutbarkeit halten.

(23.4) *Dienstleistungen* ... (es) sind Maßnahmen zu ergreifen, daß 1. aufgrund noch zu schaffender bundesgesetzlicher Grundlage nach Maßgabe des Art. 80 a des Grundgesetzes a) Beamte für Zwecke der Verteidigung u.a. auch ohne ihre Zustimmung zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet oder zu Dienstleistungen bei einer zivilen Dienststelle der NATO verpflichtet ... werden können ...

b) Männer und Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr im Einsatzfall zur persönlichen Hilfeleistung verpflichtet werden können.

2. eine bundesgesetzliche Regelung über Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben zu schaffen sind, sobald die Länder eine positive Entscheidung über die Bildung von *Polizeireserven* getroffen haben ...

(23.6.) *Zumutung von Gefahren und Erschwernissen.* (1) Arbeitnehmer im Anwendungsbereich des Arbeitssicherstellungsgesetzes haben nach dessen Anwendbarkeit bei ihrer Tätigkeit, soweit sie den Zwecken des Gesetzes dient, Gefahren und Erschwernisse auf sich zu nehmen, die nach den Umständen und den persönlichen Verhältnissen des einzelnen Arbeitnehmers zumutbar sind ...

(23.7) *Personalausgleich* ... (2) Zum Ausgleich des personellen Kräftebedarfs für die Aufgaben der Bundeswehr einerseits und zur Erfüllung im öffentlichen Interesse insbesondere der zivilen Verteidigung liegender notwendiger Aufgaben andererseits 1. können Wehrpflichtige für den Wehrdienst *unabkömmlich* gestellt werden ... Führungs- und Schlüsselpersonal ist bereits im Frieden unabkömmlich zu stellen, falls mit einer Einberufung zu den Streitkräften zu rechnen wäre ...

Entkolonisierung Namibias

NNF: Gebt das Land zurück an das Volk Südafrika will eine Savimbi-Situation

Mit dem ersten Tag der UN-Kontrolle über Namibia zeigte sich eindeutig, daß Südafrika alles daran setzt, den Unabhängigkeitsprozeß in Namibia aufzuhalten und zu stören. Die südafrikanischen Truppen konnten unter Aufsicht der UN ein Massaker unter Befreiungskämpfern der SWAPO anrichten, bei dem mindestens 300 ums Leben kamen. Die Befreiungsorganisation SWAPO mußte ihre Truppen, die sich im Norden Namibias unter die Kontrolle der UN-Truppen begeben wollten, in den Norden Angolas zurückziehen. Ob der Unabhängigkeitsprozeß so wie in den UN-Vereinbarungen vorgesehen überhaupt durchge-

führt werden kann, ist unklar.

Die Redaktion Politische Berichte sprach am 31. März, einen Tag vor Beginn der UN-Kontrolle über Namibia, mit G. Veii, dem Schatzmeister der namibischen Befreiungsbewegung SWANU. Die SWANU kämpft seit 1959 in Namibia für die Befreiung und Unabhängigkeit des Landes. G. Veii berichtete über die Gründung der Namibischen Nationalen Front (NNF) im Februar und die Schwierigkeiten, die sich aus Sicht der NNF für den Unabhängigkeitsprozeß stellen. Wir veröffentlichen im folgenden eine Zusammenfassung des Gesprächs. — (uld)

Ich glaube nicht, daß Südafrika es ernst meint mit der Unabhängigkeit Namibias. Sie haben das Protokoll von Brazzaville nicht unterzeichnet, weil sie Namibia die Unabhängigkeit geben wollten. Die Rasisten wurden durch die Umstände gezwungen. Einer davon ist, daß der Krieg in Angola sehr, sehr teuer für sie wurde. Sie konnten den Krieg so nicht fortsetzen. Er kostet sie über 3 Millionen Rand im Jahr, das ist eine Menge Geld, das sie nicht aufbringen können. Zweitens erwarteten sie diese Art des Widerstands durch die angolansische Armee nicht. Sie erwarteten, daß sie Angola, ein kleines afrikanisches Land, überrennen könnten. Als sie auf diese starke Opposition trafen, konnten sie sie nicht einmal aufhalten. Und auch ihre militärischen Verluste waren sehr schwer in Angola. Dies war ein Grund, der sie zwang, das Protokoll von Brazzaville zu unterzeichnen.

Auf der anderen Seite fürchtet Südafrika tatsächlich ökonomische Sanktionen. Auch wenn das Regime es nicht zugibt, in Namibia spürt man, was ökonomisch

vor sich geht. Es gibt z.B. keine Kameeras mehr, es ist sogar schwer, irgendwelche Filme zu ergattern. Die Südafrikaner spüren die Sanktionen und sie glauben, wenn sie Namibia die Unabhängigkeit unter UN-Überwachung geben, und gleichzeitig sicherstellen, daß sie ein Marionettenregime in diesem Land haben, so würden sie sicher sein. Das werden die Hauptgründe sein, warum sie die Unabhängigkeit für Namibia wollten.

Aber auch der Befreiungskampf hat sehr viel dazu beigetragen. In den letzten zehn Jahren hat er neue Höhen erreicht. Man kann den festen Willen der Leute spüren, vor allem im Land, die Unabhängigkeit zu erreichen. Das ist ein Problem für Südafrika geworden. Die Streikaktionen, die Schulboykotte zeigen, daß die Leute tätig werden wollen.

Das !Ai-//Gams-Aktionskomitee, eine Aktionseinheit, der neben den Kirchen, politischen Parteien und Befreiungsbewegungen auch die SWAPO angehört, hat eine Petition, die von 160 000 Leuten unterzeichnet worden ist, an die UNO

und den US-amerikanischen Kongreß gesandt, in der die sofortige Durchführung der UN-Resolution 435 verlangt wurde. Der Widerstand im Land wird immer stärker.

Auch der bewaffnete Kampf der SWAPO hat einen Beitrag geleistet. Die Leute fühlen, wenn einige kämpfen, müssen wir im Land auch etwas tun. Der bewaffnete Kampf muß durch Aktionen im Land unterstützt werden. Und das passierte.

Das fürchtet Südafrika. Südafrika hat eine Menge Geld verloren und sie haben an Ansehen verloren, auch in Namibia. Festzuhalten ist: Südafrika will die Unabhängigkeit Namibias nicht, sie sind allein durch die Umstände in diesen Prozeß gezwungen worden.

Versuche, die DTA zu stärken

Die Tatsache, daß sie sich sogar vorbereitet haben, Regierungsgruppen wie die DTA zu finanzieren, zeigt, was sie vorhaben. Diese Gruppen haben 240 Millionen Rand für die Wahlen erhalten. Die Hälfte des Geldes kommt aus Südafrika, die andere Hälfte kommt aus der BRD, Frankreich, Holland und England. Sie machen alle Anstrengungen, um sicherzustellen, daß ihre Leute die Wahlen gewinnen. Auch die Bedingungen, die der südafrikanische Generalgouverneur für die Wahlen setzen will, zeigen die Art, wie er versucht, sie zu majorisieren. Er will z.B. das Wahlalter auf 21 Jahre festlegen, weil er fürchtet, daß die jungen Leute zwischen 18 und 21 Jahren sehr radikal sind. Sie werden die Gruppen, die mit Südafrika zusammenarbeiten, nicht unterstützen. Diese Gruppe macht etwa 20% der Wahlberechtigten aus. Zum anderen sollen alle Leute, die erst seit einem Jahr in Namibia leben, wahlberechtigt sein. Dies zieht insbesondere auf die über 50 000 UNITA-Leute, die in Nord-Namibia leben. Es ist klar, daß UNITA nicht für die Befreiungsbewegung stimmen wird. Südafrika versucht alles, um sicherzustellen, daß seine Gruppen die Wahl gewinnen.

Selbst die Armee, die zum Teil demo-



Erneut sind südafrikanische Soldaten in Nordnamibia.

bilisiert wird, greift in die Wahlen ein. Die Südafrikaner starten eine Kampagne WHAM (Winning Hearts and Mind — Herzen und Köpfe gewinnen). Diese Kampagne wird vor allem von Soldaten geführt. Sie verteilen Essenspakete, kümmern sich um die Sorgen der Leute wie Sozialarbeiter. Sie bieten sogar an, zerstörte Dörfer wieder zu reparieren. Das soll die Leute beeinflussen, für die DTA zu stimmen. Zum Teil mußten Leute sogar auf die Bibel schwören, daß sie für die DTA stimmen werden. Gegen diese Art von Kampagnen mußten wir antreten. Sie fingen letzten November mit dieser Kampagne an, denn sie haben eine Menge Geld.

Die meisten von uns haben kein Geld, so lange Kampagnen zu führen. Wir haben jetzt angefangen. Wenn die Politik und das Programm in Ordnung ist, aber kein Geld vorhanden ist, das Programm den Leuten nahezubringen, ist das ein großes Problem. Wir haben nichts gegen finanzielle Hilfe. Aber wir wünschen keine Unterstützung, an die Bedingungen geknüpft sind. Das ist verschiedenen Befreiungsbewegungen in Afrika so ergangen. Sie haben Hilfe akzeptiert und damit Herren erhalten, die ihnen Bedingungen diktierten. Das wünschen wir nicht. Wer uns helfen will, soll das tun, weil er glaubt, daß wir die richtige Linie haben und einen Beitrag leisten können, Namibia zu retten.

Die Rassisten wollen eine Regierung, die sie kontrollieren können. Dabei spielt der Hafen Walvis Bay eine wichtige Rolle. Sie erklärten gegenüber der jetzigen sogenannten Regierung: „Wenn ihr euch benehmt, können wir über Walvis Bay diskutieren.“ Unter Benehmen verstehen sie, daß die namibische Regierung weder dem PAC noch dem ANC erlaubt, von Namibia aus zu operieren. Wenn man nicht pariert, gibt es keine Diskussion über Walvis Bay. Was Südafrika tatsächlich versucht, ist die Bedingungen unserer Unabhängigkeit zu diktieren und dabei die eigene Haut zu retten.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat Namibia noch vor Beginn des Unabhängigkeitsprozesses besucht. Wir verstehen nicht warum. Es ist ihr erster Besuch in Namibia. Woher das plötzliche Interesse an Namibia? Noch gibt es keine Regierung, mit der sie sprechen kann. Die jetzige Regierung ist von Südafrika eingesetzt. Wir können uns nur vorstellen, daß sie sicherstellen will, das Südafrika die Kontrolle über Namibia behält.

Südafrika hat ein sehr erfahrenes Team in Namibia: den Generalgouverneur Pienaar, der ehemalige UN-Botschafter, ein Mann hier aus Bonn. Wir glauben, daß dieses Team die UN ausmanövrieren kann. Die UN-Vertreter haben nichts zu befürchten. Sie erfüllen nur ihre Pflicht. Aber die Südafrikaner arbeiten für ihre eigene Zukunft. Sie sind vielmehr interessiert, ihre Kontrolle



Landraub ist die Grundlage der Kolonisierung.

über Namibia sicherzustellen.

In den ganzen Verhandlungen ist die SWAPO in eine Position gedrängt worden, in der sie nicht mit anderen kooperieren wollen. Sie glauben, daß sie gewinnen werden. Wir glauben nicht, daß es so einfach sein wird. SWAPO überschätzt ihren Einfluß. Nun ist die Situation sehr kompliziert. Die fortschrittlichen Gruppen sind gespalten. Es gibt die Kräfte von SWANU und die Kräfte von SWAPO, so daß auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte zwei Strömungen existieren. Auf seiten der Regierung jedoch besteht eine starke Bewegung, die DTA. So haben wir eine vereinigte pro-südafrikanische Gruppe gegen eine gesplante Gruppe, die für wirkliche Unabhängigkeit eintritt. Das ist eine Gefahr. So werden die Stimmen gespalte. Sie wurde hervorgerufen durch den Glauben von SWAPO, daß sie die Wahlen gewinnen werden. Wir glauben, daß wir in diesen Wahlen eine geeinte Wählerschaft brauchen für ein tatsächlich unabhängiges Namibia.

Aber es ist noch zu früh, um tatsächlich etwas über die Wahlen auszusagen. Der Wahlkampf soll im Juli beginnen. Noch ist aber nicht sicher, ob die Wahlen überhaupt stattfinden. Es kann sein, daß man eine Koalitionsregierung der fortschrittlichen Kräfte bilden muß. Es kann aber auch sein, daß die fortschrittlichen Kräfte die Wahlen als eine Gruppe bekämpfen müssen.

Wenn die pro-südafrikanischen Kräfte gewinnen, wird die Situation sehr schwierig. Dann haben wir eine pro-südafrikanische Regierung, gewählt unter der Aufsicht der UN. Das wird ohne Frage eine Marionettenregierung sein. Aber sie wird schwer zu bekämpfen sein. Weder die afrikanischen Staaten noch die internationale Gemeinschaft

werden uns unterstützen, wenn wir den Kampf fortführen.

Die National Namibia Front eint Kräfte der Befreiungsbewegung

Deshalb sagen wir zu SWAPO: Brüder, dies ist ein sehr ernstes Problem. Wir können uns nicht erlauben, die Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen. Wir sind die Leute, die gemeinsam unter ein Dach gehen müssen. Wir müssen eine Situation wie in Angola vermeiden, wie diese von Südafrika geschaffenen Savimbis. Unsere Organisation meint, die Menschen in Namibia haben lange und viel gelitten. Wir können nicht verantworten, sie noch länger leiden zu lassen. Es ist höchste Zeit, ein geeintes Namibia vorzubereiten.

Deshalb haben wir überlegt, was wir für die Lösung „Ein Namibia — eine Nation“ beitragen können. Gegen die Apartheid-Politik, die uns in den letzten 65 Jahren unterdrückt hat, müssen die Leute zusammengebracht werden. Eine Einparteien-Regierung wird nicht die ideale Regierung für ein unabhängiges Namibia sein, insbesondere in den ersten fünf oder zehn Jahren. Wir wollen alle Löcher stopfen, die es den Südafrikanern ermöglicht, Organisationen wie Renamo oder UNITA in Namibia zu gründen. Deshalb haben wir uns darum bemüht, eine Front zu gründen, die Namibia National Front. Wir haben diese Front mit fünf anderen Gruppen gebildet, die vielleicht außerhalb Namibias nicht bekannt sind. Es gibt die Pressezensur. Da ist z.B. die United Namibia People's Party, die vor allem in Nord-Namibia tätig ist. Über sie wird auch in fortschrittlichen Zeitungen nicht berichtet, weil befürchtet wird, daß sie die sogenannten Ovambo-Stimmen für SWAPO spalten könnte. Die andere wichtige Organisation, die

Grundsätze der Namibia National Front (NNF)

Die Namibia National Front wurde am 24.2.89 gegründet. Ihr gehören folgende Organisationen an: die South West Africa National Union (SWANU) (Progressives), die Namibia Independence Party (NIP), die Rehoboth Volksparty, die Mmabatho People's Party und die United Namibia People's Party (UNPP). Die NNF will an den UN-überwachten Wahlen teilnehmen. In einer Presseerklärung teilt die NNF mit:

Die NNF ist keine völlig neue Organisation. Sie bereits zwischen 1977 und 1980 aktiv, wo sie sich breiter Unterstützung erfreute wegen ihrer Militanz und ihrer konsequenten anti-südafrikanischen Politik. Die jetzige NNF wird in dieser Tradition fortfahren.

Die Wahlplattform der NNF basiert auf folgenden grundlegenden Programmpunkten:

Demokratie, das bedeutet: ein stabiles, auf mehreren Parteien fußendes, demokratisches Verfassungssystem der Regierung in einem einzigen, säkularen Staat.

Nationale Einheit, das bedeutet: der

Staat soll einheitlich sein und soll keinerlei Verwaltungsstrukturen haben, die eine Stammes-, ethnische oder „rassische“ Grundlage haben.

Freiheit, das bedeutet: verfassungsmäßig garantierte Menschenrechte und fundamentale Freiheiten.

Land, das bedeutet: Die Rückgabe aller seiner natürlichen und nationalen Ressourcen und Vermögen an das Volk von Namibia, das enteignet wurde. Dies schließt Walvis Bay, die Inseln vor der Küste, die Wasser des Orange-Flusses, das Land, das in vorkolonialer Zeit von traditionellen Eigentümern benutzt wurde, und die mineralischen Reichtümer ein.

Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, das bedeutet: vom Staat unterstützte und geplante Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität, mit besonderem Schwerpunkt der Korrektur der Einkommensungleichheiten zwischen Reich und Arm und Schwarz und Weiß, die durch die Apartheid und koloniale und ethnische Regierungssysteme hervorgerufen wurden.

Namibia Independence Party, hat ihre Basis im Süden. Die Mmabatho Peoples Party hat ihre Basis im Osten. Die Rehoboth Volksparty hat ihre Basis in Rehoboth (Südwesten). SWANU hat über 24 Gruppen im ganzen Land. So daß die Front tatsächlich im ganzen Land repräsentiert ist. Wir verhandeln noch mit anderen Gruppen über ihren Beitritt zur Front. Der Hauptpunkt, dem die Gruppen zustimmen müssen, ist, daß sie ein tatsächlich unabhängiges Namibia wollen. Wir wollen keine Bantustan-Unabhängigkeit für Namibia. Wir wollen eine echte Unabhängigkeit.

Der andere Punkt ist der der Glaubwürdigkeit. Wir wollen glaubwürdig sein. Wir wollen keine Leute, die mit dem System zusammengearbeitet haben. Das ist sehr wichtig. Wir wollen antreten und sagen können: dies ist unser Programm, die sind unsere Leute. Und in diesem ganzen Prozeß lassen wir die Tür offen für SWAPO. Sollten sie in irgendeiner Form an einer Front mitarbeiten wollen, ist das in Ordnung, so daß wir eine geeinte Front haben, um einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Dieser Feind ist stark.

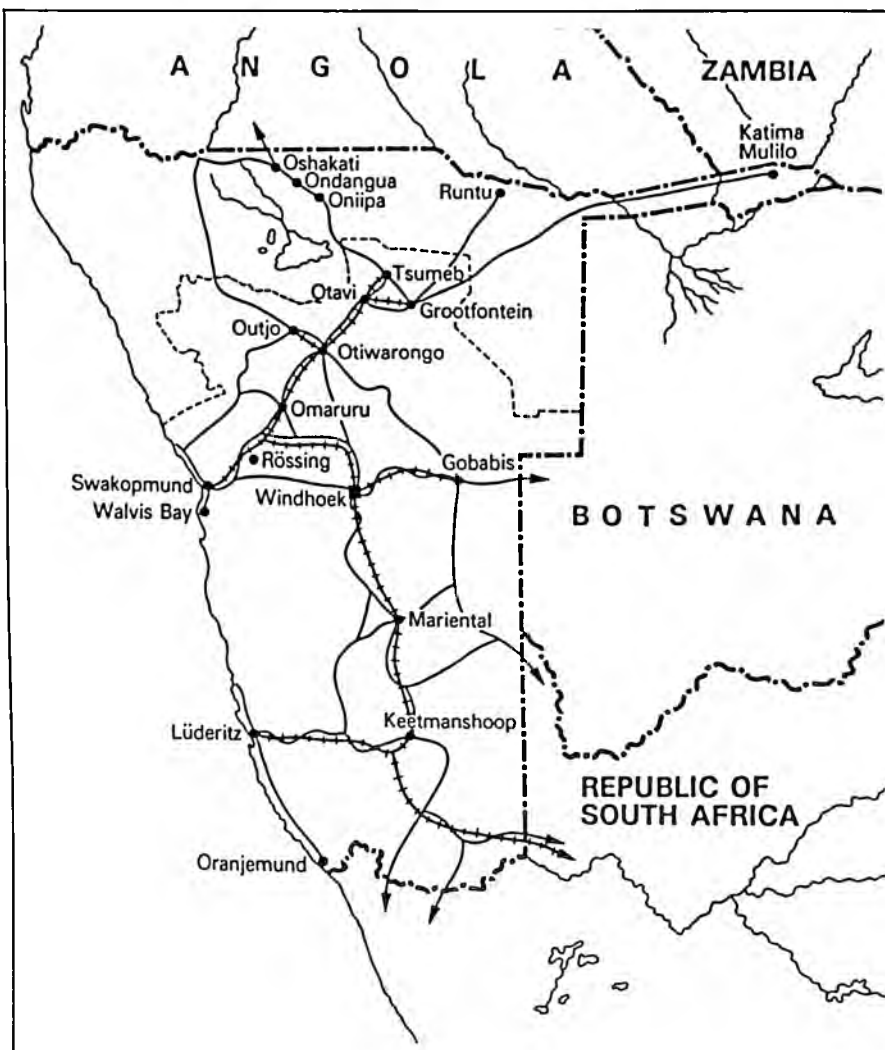
Und selbst wenn SWAPO gewinnen sollte: Wir sollten in der Lage sein, zu erklären: Die SWAPO-Regierung ist unsere Regierung. Doch das wird auch vom Verhalten dieser Regierung abhängen. Wenn eine Regierung mich nicht als Bürger behandelt, warum sollte ich sie anerkennen? Daher kommt die Gefahr. Eine Gruppe, die nicht von der Regierung beachtet wird und die die Regierung nicht anerkennt, kann sehr leicht von Südafrika benutzt werden. Um solche Probleme zu vermeiden, müssen wir zusammenkommen.

Südafrika schürt die Spaltung

Es gibt zum Beispiel jetzt eine Gruppe, die eine „Unabhängige Republik Rehoboth“ ausgerufen hat. Das ist gefährlich. Diese Leute sagen, sie wollen nicht von anderen regiert werden. Wir wissen nicht genau, wer dahintersteckt. Vielleicht solche Kräfte wie Südafrika.

Es gibt verschiedene Probleme, die SWAPO nicht berücksichtigt. Vielleicht, weil die Führung zu lange im Ausland war. Wir meinen, wir müssen zusammen kommen und hart arbeiten, damit wir die Wahlen gewinnen können. Und wir müssen verhindern, daß der ganze Prozeß gestoppt wird. Wir meinen, wenn der Unabhängigkeitsprozeß gestoppt wird, werden wir eine dunkle Zeit haben. Es wird Massaker geben. Und Südafrika wird stärker sein als vorher.

Ein großes Problem sind die Farmer. Den fortschrittlichen Organisationen, auch der NNF, ist nicht erlaubt, das Farmland zu betreten. Der Präsident der Farmerorganisation erklärte, dies sei Privatbesitz. Die Farmer können also tun oder lassen, was sie wollen. Was sie machen, ist folgendes: Sie packen alle ihre



Arbeiter auf einen Lastwagen, fahren sie zum Wahllokal und sagen den Arbeitern: „Wählt dies. Wenn Ihr dies nicht wählt, gibt es hier keinen Platz für Euch.“ Den Arbeitern ist nicht erlaubt, das Farmland zu verlassen, öffentliche Veranstaltungen zu besuchen. So werden sie gezwungen, die pro-südafrikanischen Gruppen zu wählen. Oder sie dürfen gar nicht wählen. Es gibt Farmer, die sogar der Armee mit ihrer WHAM-Kampagne verbieten, die Farmen zu betreten. Sie sind ganz rechtsgerichtete Weiße.

Eine weitere Gefahr ist, daß SWAPO die Waffen abgeben soll. Wir meinen nicht, daß das richtig ist. Man soll seine Waffen nicht abgeben, bevor nicht klar ist, wer die Macht hat, was in der Zukunft passieren wird. SWAPO wird vollständig entwaffnet sein. Sie stimmten dem selbst zu. Was wird passieren, wenn der ganze Prozeß gestoppt wird? Das ist ein großes Problem. Wir würden uns reorganisieren müssen und erneut kämpfen müssen. Südafrika hat im Protokoll von Brazzaville sehr klar gemacht, daß SWAPO und ANC in den Norden Angolas abziehen müssen, ohne Verbindung zur Nordgrenze Namibias.

Die Landfrage muß gelöst werden

Südafrika hat nahezu jeden ausmanövriert in diesen Verhandlungen. An den Verhandlungen über das Protokoll von Brazzaville hat kein Vertreter der Befreiungsbewegung teilgenommen. Sie haben beschlossen und uns mitgeteilt, nehmt es oder nicht. Das ist eine Schwierigkeit in der Durchführung der UN-Resolution 435. Aber dazu gehören noch weitere Schwierigkeiten. 1982 hat Chester Crocker, der US-Unterhändler, ein Abkommen zur Ausführung von Resolution 435 abgeschlossen, unter anderem zur Verfassung. Darin ist vereinbart, daß das Privateigentum geachtet werden muß. Das umfaßt auch das Farmland. Das heißt, eines unserer Hauptziele ist berührt: Land. Das Land ist unseren Leuten geraubt worden. Und sie wollen es zurück. Wenn man den Weißen garantiert, daß sie dieses Land besitzen dürfen, bedeutet das genauso, das Recht der Schwarzen zu garantieren, kein Land zu besitzen. Wir werden eine Regierung haben, die auf Grundsätze verpflichtet ist, die nicht gut für die schwarze Gemeinschaft sind. Die Leute werden fragen: Was ist mit unserem Eigentum, was ist mit unserem Land.

Die Landfrage wird in den kommenden Wahlen sehr, sehr wichtig sein. Die schwarzen Leute sind ihres Landes beraubt worden. Sie sind von ihrem Land vertrieben und in Reservate gesperrt worden. Das wollen die Leute beseitigt haben. Sie wollen ihr Land zurück.

Aber wie soll man das Land unter solchen Bedingungen zurückgeben? Es gibt zwei Wege. Wenn man das Land nationalisiert, verstößt man damit gegen die Prinzipien von Resolution 435. Der an-

dere ist, Kredite aufzunehmen, um dieses Land zurückzukaufen. Das können wir uns nicht leisten.

Zum anderen ist das die Frage der Bergwerke. Sie gehören samt und sonders Ausländern. Die Arbeit in den Bergwerken ist die Hauptquelle des Einkommens der Namibier. Sie sind der Reichtum des Landes. Aber man kann viele Leute leiden und hungern sehen, obwohl das Land angeblich reich ist. CDM nimmt Diamanten auf der Basis von 24 Stunden Arbeit am Tag. Wir meinen, daß das Volk der Besitzer der Reichtümer des Landes ist. Aber wie soll man vorgehen, wenn einem die Hände gebunden sind? Die Regierung muß verhandeln, einen kontrollierenden Anteil in allen Gesellschaften zu erhalten. Man könnte etwas über eine progressive Besteuerung lösen. Aber dabei muß man die Erfahrungen in Zambia berücksichtigen, wo die Gesellschaften zwei Buchführungen haben. Die richtige, die der Regierung nicht gezeigt wird. Und eine Lügenbuchhaltung für die Regierung. In dieser Lügenbilanz schreiben sie z.B.: Wir machten eine Million DM Profit. In der richtigen Bilanz sind es 50 Millionen. Deshalb meinen wir, daß die Regierung direkt an den Gesellschaften beteiligt sein muß.

Die Resolution 435 enthält nach unserer Meinung viele solche Probleme, die nicht zu lösen sind mit der Haltung, „Laßt uns nur die Regierung übernehmen, dann machen wir, was wir wollen.“ Und zu Südafrika: Wird Südafrika uns erlauben, solche Vereinbarungen zu brechen?

Und selbst wenn die Unabhängigkeit erreicht wird — unsere Wirtschaft ist so schwach und so sehr mit Südafrika verbunden, daß wir gezwungen sein werden, mit Südafrika zu handeln. Unsere nächsten Nachbarn sind durch Südafrika so zerstört, daß sie nicht in der Lage sind, uns mit den Dingen zu versorgen, die wir in Namibia benötigen. Wir haben in Namibia keinerlei weiterverarbeitende Industrie. Wir produzieren überhaupt keine Industriegüter. Sogar Hosen oder Butter müssen wir aus Südafrika importieren. Das ist sofort ein Problem nach der Unabhängigkeit. Wenn Angola so etwas herstellen könnte, würden wir es dort kaufen. Aber Angola kann nicht einmal das eigene Land versorgen.

Südafrika hat Namibia tatsächlich unterentwickelt bis zur vollständigen Abhängigkeit in jeder Sache. Es wird eine Aufgabe der ersten namibischen Regierung sein, diese Abhängigkeit zu lösen.

Unterstützt den Befreiungsprozeß!

Das berührt auch die Frage, was die Solidaritätsbewegung tun kann. Wir meinen, daß jede Unterstützung für den Befreiungskampf wichtig ist, egal für welche Organisation. Aber wir wünschen Unterstützung, die Namibia nützt, keine Hilfe, die uns spalten soll. Es gibt solche

Bemühungen. Es gibt Leute, die uns sagen, wir erkennen Euch nicht an. Wir brauchen ihre Anerkennung nicht. Wir brauchen nur die Anerkennung des namibischen Volkes. Wir brauchen Unterstützung, unser Land zu befreien, keine Unterstützung, die eine Savimbi-Situation schafft.

Die andere Sache ist: Wir meinen nicht, daß die westdeutsche Regierung in Unterstützung verwickelt sein sollte, die wir als Neokolonialismus empfinden. Wenn wir in der Geschichte zurückgehen, stellen wir fest, daß es enge Beziehungen zwischen beiden Ländern gab. Das Deutsche Reich hat Namibia kolonialisiert. Die BRD ist uns tatsächlich in einer Sache verpflichtet: das Land wiederherzustellen, das die Deutschen zerstörten. Das kann nicht gehen, in dem

Die Grundsatzdokumente der SWANU (South West Africa National Union)

Die Verfassung der SWANU
Programm für die Befreiung und
den Wiederaufbau von Namibia

Preis: 2.50 DM

*

SWANU informiert über den Befreiungskampf in Namibia

Die Geschichte Namibias
aus der Sicht der
Befreiungsbewegung
Die Entkolonialisierung Namibias

Preis: 3.00 DM

zu beziehen über:

G. Veii, Lochner Weg 4, 4100 Hilden

die BRD durch die Banken hereinkommt oder ähnliches. Wie ihr wißt, gibt es eine große Gruppe Deutschsprachiger, die sich Namibier nennen. Wir akzeptieren sie als Namibier. Wir wollen mit allen zusammenarbeiten, deren Loyalität Namibia gilt. Wir werden sie nicht für Missetaten der westdeutschen Regierung büßen lassen. Aber wir meinen, daß die Regierung keine gute Politik macht. Sie unterstützt direkt und indirekt pro-südafrikanische Gruppen wie die DTA. Dies ist sehr falsch. Den damit hilft die Regierung dabei, einen Bürgerkrieg in Namibia zu schaffen. Für uns ist völlig unakzeptabel, daß die westdeutsche Regierung Südafrika durch eine namibische Gruppe unterstützen will.

Aber wir fordern die Solidaritätsbewegung auch auf, uns insbesondere in der kommenden Wahlkampagne zu unterstützen. Wir freuen uns über jede Hilfe, die nicht mit Bedingungen verknüpft ist.

Spendenkonto:

G. Veii, Stichwort: „für NNF“

Konto-Nr. 675 124, Stadtparkasse Hilden, BLZ 303 500 20



Asylrecht: Nur für DM-Besitzer?

Die Bundesregierung hat ein neues Maßnahmenbündel zur Beschränkung des Asylrechts beschlossen. Bundesinnenminister Zimmermann hetzt, das geltende Asylrecht öffne „uferloser Einwanderung“ Tür und Tor, und die BRD könne sich „der Nichtverfolgten“ nicht mehr erwehren. Die Visapflicht für Einreisende ist ausgeweitet. Künftig muß für ein Touristenvisum aus Polen bereits ein DM-Vermögen vorgelegt werden. Die Unterbringung von Asylbewerbern ist vielfach menschenunwürdig. Zudem erörtert die Bundesregierung Gesetzesänderungen mit Hinweis auf den EG-Binnenmarkt, die die völkerrechtlich gültigen Bestimmungen über die Behandlung von Flüchtlingen in der BRD weiter außer Kraft setzen.

Polen: Wem nutzt das Abkommen vom „runden Tisch“?

Ein „enormes Anwachsen“ des Einflusses westlichen Kapitals in Polen in der nächsten Zeit sieht die westdeutsche Wirtschaftspresse in Gestalt des „Handelsblatts“ infolge der Einigung zwischen polnischer Regierung und der Opposition, vertreten durch katholische Kirche und Solidarnosc, schon kommen. Nun könne endlich die überfällige „Sanierung“ der Staatsbetriebe beginnen, die Privatisierung unrentabler Unternehmen und ähnliche Reformen. „Viele Opfer“ kämen jetzt auf die Bevölkerung zu, ein „Rückgang der Reallöhne“ sei unvermeidlich. Wem nutzt der Kompromiß zwischen Solidarnosc und katholischer Kirche einerseits und der polnischen Regierung auf der anderen Seite?



Die SPD und ihr Ausstieg aus der Atomenergie

Die SPD-Landesregierung Schleswig-Holstein hat vor ihrer Wahl 1988 versprochen, sie wolle binnen zweier Amtsperioden aus der Atomenergie aussteigen. Nicht der Kampf auf der Straße, sondern ein gezielt geführtes juristisches Verfahren sei dafür die einzig richtige Methode. Nun versucht Sozial- und Energie-Minister Jansen den Anschein zu erwecken, als würden die dazu notwendigen Maßnahmen stark von CDU- und BRD-Seite behindert. In Wirklichkeit tut er selber alles nur Erdenkliche — z.B. im Fall des Klägers Hinrichsen gegen das AKW Brokdorf —, um den Ausstieg aus der Atomenergie zu verschleppen. Verschiedene Bürgerinitiativen wollen sich den Herren im April und Mai vorknöpfen.

Gründung der IG Medien

In der Woche vom 8. bis zum 15. April findet in Hamburg der Gründungskongreß der Industriegewerkschaft Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst statt. 182000 Mitglieder wird die neue DGB-Gewerkschaft haben. Die Existenz von großen Medienkonzernen, neue Kommunikationstechnologien und die damit verbundene Auflösung der alten Facharbeitertätigkeiten im Organisationsbereich der alten IG Druck und Papier machen die Gründung der IG Medien dringend nötig. Kommt es zu Fortschritten bei der Entwicklung einer Bündnislinie zwischen Druckern, Schriftstellern, Journalisten, Musikern, Beschäftigten der Papierverarbeitung und Theaterleuten in der Debatte um Satzung und Anträge?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie
— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM
Mittelungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie
— Nachrichten Chemische Industrie. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 393600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.